

Über den Apparat und die
Arbeitsmethoden der SED

Inhaltsverzeichnis

<u>I. Einleitung</u>	Seite 1 - 5
<u>II. Zum Aufbau der SED und ihres zentralen</u> <u>Apparates</u> (Zum Aufbau der SED, zum Apparat des ZK der SED)	" " 5 - 12
<u>III. Die Arbeitsprinzipien</u> (Zur Rolle der Be- schlüsse, zur Kritik und Selbstkritik, zur Frage der "Verbindung zu den Massen", über den "Konkretivismus" in der Berichterstattung, über das "Kettenglied" als Arbeitsmethode, zur Arbeitsplanung des ZK der SED, zur Rationali- sierung der Arbeit, über die Parteiorganisation im ZK der SED, zur politischen und fachlichen Qua- lifizierung der Mitarbeiter des ZK der SED)	" " 13 - 32
<u>IV. Über die praktische Anwendung der Arbeitsmetho- den in der SED</u> (Zu den Instruktoren des ZK und ihren Einsatzmethoden, das neben- amtliche Aktiv, ZK - Organisatoren, über die publizistischen Organe der SED im Hinblick auf die Arbeitsmethoden, die Methode der schriftlichen Anweisung, über Tagungen, Konferenzen, Beratungen, Beratungen bei Ulbricht, Arbeitstagungen und Lehrgänge, Arbeitsberatungen der Abteilungen des ZK, Arbeitskommissionen, Spezialkonferenzen, Arbeitsseminare, Lektionen und Parteikabinette)	Seite 33 - 51

V. Die Zusammenarbeit mit den Stellen
der UdSSR

Seite 52 - 59

VI. Die Arbeit mit den Kadern (Zentrale

" " 59 - 88

Kaderregistratur, die Entwicklungs-
kartei der Kadersektoren in den
Abteilungen des ZK, die Kadervorlage,
das Verhältnis des ZK zu den Bezirks-
leitungen, Überprüfungen der Kader und
Ermäuerungen, Kaderpolitische Richt-
linien, die Rolle der ZPKK, Kaderpolitik
auf Internatschulen, die Rolle der Fra-
gebogen und Personalakten, kaderpolitische
Sonderaufgaben)

VII. Die Technik und Arbeitsorganisation

im Apparat des ZK der SED

Seite 89 - 111

(Wie entsteht eine Beschluss Vorlage,
wie entsteht ein Arbeitsplan, das
Beschlussprotokoll, die Arbeit des Büros
des Politbüros und des Sekretariates des
ZK, die Kontrolle der Abteilungen durch
das Sekretariat, die Arbeitsorganisation
der Abteilungen, der Kurierapparat des ZK
und das Fernsprechsystom, die technischen
Mitarbeiter, das Ausweis, Einlass - und
Sicherheitssysteme)

Über den Apparat und die Arbeits-
methoden der SED.

I. Einleitung

Trotz einer Reihe wesentlicher Veränderungen im politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Gefüge des Ostblockes, hat sich im Aufbau und der Methodik des Parteiapparates der Kommunistischen und Arbeiterparteien wenig geändert, da sie nach wie vor das Rückgrat des gesamten öffentlichen Lebens sind. Das wird besonders deutlich, wenn man die offiziellen Partei-erklärungen sowohl Ohruschschows wie besonders auch der SED in der letzten Zeit zu den Fragen der organisatorischen Arbeit betrachtet. Genau wie Stalin misst Ohruschschow der festen Organisiertheit des Parteiapparates, der unbedingten Einhaltung des Parteistatuts, grösste Bedeutung bei. In seinem Rechenschaftsbericht auf dem 20. Parteitag (in der broschürten Ausgabe des Dietz-Verlages auf Seite 136/137) sagt er dazu u.a.: "Es geht darum, die Parteiarbeit auf die Organisation und Erziehung der Massen, auf die Verbesserung der Anleitung der Wirtschaft...auszurichten, um die organisatorische Arbeit auf den Stand der vor der Partei stehenden Aufgaben zu heben, muss man den Parteiapparat in jeder Weise vervollkommen." Auch Ohruschschow misst gleich Stalin der rücksichtslosen Kontrolle der Durchführung der Beschlüsse grösste Bedeutung zu, indem er an anderer Stelle in Bezug auf die Überprüfung der von den Kollektivwirtschaften und Partei-Einheiten übernommenen Verpflichtungen ausführt: "Und wird die Erfüllung dieser Verpflichtungen überhaupt noch kontrolliert? Nein, sie wird in der Regel nicht kontrolliert. Niemand ist verantwortlich für die Nichterfüllung von Verpflichtungen,

Approved For Release : CIA-RDP78-00915R001100130002-3

weder materiell noch moralisch."

Das ist an sich genau das gleiche, was Stalin in seinem Rechenschaftsbericht an den 18. Parteitag der KPdSU, 1938, ausgedrückt hat, als er sagte: "Eine richtige politische Linie ist notwendig, nicht um sie zu deklarieren, sondern um sie in die Tat umzusetzen, sonst läuft man Gefahr, dass die richtige politische Linie auf dem Papier bleibt. Ist eine richtige politische Linie gegeben, so entscheidet die Kontrolle der Beschlüsse über den Bestand dieser Linie."

Daraus ist eindeutig ersichtlich, dass auch nach dem 20. Parteitag die stalinschen Grundsätze zur organisatorischen Leitung des Apparates nach wie vor gültig sind.

Schurichschow führt in seinem Rechenschaftsbericht weiterhin aus: "Im Kampf für eine allseitige Verbesserung der organisatorischen und politischen Arbeit der Partei misst das Zentralkomitee der Auslese und Verteilung der Kader, ihrer ideologischen Stählung und der Erhöhung ihrer fachlichen Qualifizierung besondere Bedeutung bei. In der Tätigkeit vieler Parteiorgane wurde die Forderung der Partei vergessen, dass es neben der richtigen Verwendung der alten Kader auch nötig ist, junge, in der Praxis bewährte Kräfte in leitende Funktionen aufzurücken zu lassen".

Diese grundsätzliche Feststellung in der Kader- und Personalpolitik der KPdSU deckt sich ebenfalls vollkommen mit dem stalinschen Prinzip der Personalpolitik, über die dieser auf dem 18. Parteitag sagte: "Um aber die richtige politische Linie in die Tat umzusetzen, braucht man Menschen, die die politische Linie der Partei verstehen, die diese Linie als ihre eigene Linie betrachten, die bereit sind, sie in die Tat umzusetzen, die es verstehen, sie auch praktisch zu verwirklichen, und die fähig sind, diese Linie zu verantworten,

- 3 -

zu verfechten, für sie zu kämpfen. Von besonderer Bedeutung ist hier die Frage der kühnen und rechtzeitigen Beförderung der neuen, der jungen Kader".

Die Erhaltung der stalinschen Leitungsmethoden ist, darauf berufen sich die Führer der KPdSU und der SED, letzten Endes auf das leninsche Organisationssystem der bolschewistischen Partei zurückzuführen, das sich auf "die Prinzipien des Zentralismus, mit einem einheitlichen Statut, einer einheitlichen Disziplin, einem einheitlichen führenden Organ an der Spitze, mit Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit, der einzelnen Organisationen unter das Zentrum, der unteren Organisationen unter die oberen" erstreckt. (Lenin: "Ein Schritt vorwärts - zwei Schritte zurück".) An anderer Stelle führt Lenin zu dieser Frage aus: "Jetzt sind wir eine organisierte Partei geworden und dies eben bedeutet die Schaffung einer Macht, die Verwandlung der Autorität der Ideen in eine Autorität der Macht, die Unterordnung der unteren Parteikörperschaften unter die höheren". (Lenin: Sämtliche Werke, Band 6, Seite 291, russisch).

Aus dieser bedingungslosen Unterordnung der Minderheit, der bedingungslosen Anerkennung des Statuts, entwickelten sich jene stalinschen Organisationsprinzipien, die jeden Widerspruch und jede freie Diskussion in der Partei erdrosselten und die auch heute noch dazu benützt werden sollen, um die in Bewegung geratene Parteimitgliedschaft wieder in die Gewalt der Führung zu bringen. Dies wird besonders deutlich in der Erklärung des Politbüros des Zentralkomitees der SED, mit dem Titel "Zur Diskussion über den 20. Parteitag der KPdSU und die 3. Parteikonferenz der SED", die vom Zentralorgan der SED- "Neues Deutschland" in der Nr. 162 vom 8. Juli 1956 veröffentlicht wurde. Hier heisst es u.a., nachdem vorher zaghaft erklärt wird, dass eine freie Meinungsäusserung in der Partei jetzt

in Grenzen statthaft sei: "Das bedeutet natürlich nicht, dass Verleumdungen gegen die Partei oder Diskussionen, die der Gegner lenkt, geduldet werden können. Die Partei hat sich ein Statut gegeben, dass die Rechte und Pflichten der Parteimitglieder klar umreißt und auf den jahrzehntelangen Erfahrungen der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung beruht. Die Einhaltung dieses Statuts ist und bleibt für jedes Parteimitglied Gesetz. Dazu gehört auch die Wahrung des Prinzips des demokratischen Zentralismus, der unter anderem besagt, dass alle Beschlüsse der höheren Parteiorgane für jede untere Organisation verbindlich sind und jedes Parteimitglied verpflichtet ist, aktiv für die Durchführung der Parteibeschlüsse zu kämpfen."

Es kann also festgestellt werden, dass sich an der Struktur und den Methoden des gewaltigen bürokratischen Parteiapparates trotz des 20. Parteitages nichts Wesentliches geändert hat. Um das Ausmass und die Bedeutung dieses Apparates ermessen zu können, um eine Vorstellung von den bis ins einzelne ausgefeilten Leitungsmethoden zu gewinnen, die die Parteiführung in die Lage versetzen, zentralistisch den Staatsapparat, die Wirtschaft und das gesamte öffentliche Leben eines Staates zu kontrollieren und anzuleiten, ist es erforderlich, sich mit dem Aufbau der SED und ihres zentralen Apparates, den Arbeitsprinzipien, Arbeitsmethoden, der personalpolitischen Auswahl und der Technik der Arbeitsorganisation im einzelnen zu beschäftigen. Nur wenn man den Umfang dieses, auf der gesamten Bevölkerung lastenden, gewaltigen Apparates erkennt und seine Methoden studiert hat, wird man begreifen, dass es keinesfalls genügt, den Personenkult abzuschaffen, um das stalinistische System zu beseitigen und einen wirklichen Prozess der Demokratisierung einzuleiten. Erst wenn die in folgendem Material aufgezeigten starren Formen des Aufbaues und der Methodik des Parteiapparates ge-

lockert und demokratisiert werden, die Mitbestimmung der Werktätigen an der Produktion gesichert ist und die Auslese der Menschen die Machtpositionen der Apparatschiks nicht mehr unterstützt, kann von einem wirklichen Prozess der Entstalinisierung, der das System mit einbezieht, gesprochen werden.

II. Zum Aufbau der SED und ihres zentralen Apparates

Es ist erforderlich, kurz den Aufbau der SED zu erläutern, weil ohne ihn und sein Grundprinzip, den sogenannten demokratischen Zentralismus, alle anderen Methoden kaum möglich wären. Hierbei muss kurz erwähnt werden, dass im Laufe der Jahre, insbesondere von 1948 - 1953 wesentliche Veränderungen prinzipieller Natur vor sich gingen. Sie bestanden im Wesentlichen in der Liquidierung anfänglich gemachter Konzessionen, die an die Adresse der SPD gerichtet waren, um ihr die Vereinigung mit den Kommunisten zu erleichtern.

Zum Aufbau der SED

Während das erste Parteistatut der SED von 1946 den unteren Gliederungen der Partei noch eine verhältnismässig grosse Selbständigkeit gewährte, die Pflichten der Parteimitglieder nur sehr allgemein formulierte und den Fragen der Rechte eines jeden Parteimitgliedes verhältnismässig grossen Raum einräumte, hat das Statut der SED von 1951 die Gewichte völlig zu Gunsten einer straffen und zentralen Führung verlagert. Während z.B. in dem ersten Statut von 1946 noch eine verhältnismässig breite innerparteiliche Demokratie erkennbar war, - Parteitage sollten damals noch jährlich durchgeführt werden, schränkt das Parteistatut von 1951 diese innerparteiliche Demokratie entscheidend ein, was z.B. darin zum Ausdruck kommt, dass Parteitage nur noch alle 4 Jahre durchgeführt werden sollten.

Dies gibt der Parteiführung die Möglichkeit, vier Jahre uneingeschränkt über die Partei zu herrschen, ohne dass die Parteimitgliedschaft die Möglichkeit besitzt, etwa durch Neuwahlen die Politik der Parteiführung nennenswert zu beeinflussen. Diese Veränderungen haben keinesfalls nur formalen Charakter. Mit

dem Statut der SED vom Juli 1950, das auf dem 3. Parteitag beschlossen wurde, wurde eine neue straffere Ära eingeleitet, die kurz unter dem Begriff "Die Schaffung der Partei neuen Typus" bekannt wurde. Dieser "neue Typus" bestand im wesentlichen darin, die noch vorhandenen sozialdemokratischen Elemente in der Führung der SED so gut wie gänzlich auszuschalten und nach stalinistischem Prinzip die SED systematisch der russischen Partei gleichzuschalten. Der Parteivorstand wurde in das ZK umgebildet, das bisherige leitende Organ, das zentrale Parteisekretariat, wurde in ein Politbüro und ein Arbeitssekretariat neu gegliedert, die Parteipresse und die Landesorganisationen ebenfalls diesen neuen Anforderungen angepasst. Die später erfolgte Reorganisation der Verwaltungsstruktur der Zone, durch die die Länder und die Landtage aufgelöst wurden und 16 Bezirke mit Bezirksräten geschaffen wurden, war ebenfalls ein weiterer wesentlicher Schritt zur Sowjetisierung der SBZ. Durch diese Verwaltungsreform wurde parallel zur Veränderung der Parteistruktur die Rechte der einzelnen Länder weiterhin beschnitten, eine noch stärkere Zentralisierung und Kontrolle ermöglicht, noch vorhandene bürgerliche Kräfte ausgeschaltet und der SED alles überschattende Machtbefugnisse eingeräumt.

Der Aufbau der SED, wie er nach der Reorganisation sichtbar wurde, sieht im wesentlichen folgendermassen aus:

Nach aussen hin gilt als höchstes Organ der SED die alle 4 Jahre durchzuführenden Parteitage. Diese Parteitage wählt das ZK als das Gremium, bestehend aus 100 bis 120 Mitglieder, das zwischen den Parteitagen die Geschäfte der Partei führen soll. Dieses ZK wählt dann aus seiner Mitte das Politbüro und das Sekretariat des ZK, 2 Arbeitsgremien, die zwischen den einzelnen in der Regel alle 4 Monate stattfindenden ZK-Sitzungen die Geschäfte der Partei führen sollen und die dem ZK gegenüber rechenschaft-

pflichtig sind. In der Praxis allerdings ist das Politbüro und das Sekretariat des ZK uneingeschränkt allein Beherrscher der Partei. Das Politbüro bereitet die ZK-Sitzungen vor, arbeitet die Dokumente aus und schlägt auch den Parteitag alle Mitglieder und Kandidaten vor, die in das ZK gewählt werden. Mehr noch, das Politbüro und das Sekretariat des ZK, das sich eines grossen hauptamtlichen Apparates bedient, bestätigt vorher schon vor der Wahl dieser Leitungsorgane die zu wählenden Funktionäre nach einer gründlichen personalpolitischen Überprüfung, so dass nur solche Funktionäre in das ZK oder die anderen Organe gewählt werden können, die den Mitgliedern des Politbüros, in Wahrheit dem Generalsekretär Walter Ulbricht, genehm sind.

Das Politbüro und das Sekretariat bedienen sich eines fast tausend Personen umfassenden Apparates des ZK, der von niemandem gewählt wird und dessen einzelne Funktionäre vom Abteilungsleiter bis zur Scheuerfrau nach personalpolitischer Überprüfung eingesetzt werden. Die personalpolitische Arbeit des ZK, durch die am deutlichsten der diktatorische Charakter der Partei zum Ausdruck kommt, wird Gegenstand eines besonderen Abschnittes sein.

Neben dem Politbüro und dem Sekretariat "wählt" das ZK auf dieselbe Art und Weise auch noch die Zentrale Parteikontrollkommission und beschliesst ihre Zusammensetzung. Diese ZPKK hat die Aufgabe, jegliche Opposition in der SED zu unterdrücken, durch engste Zusammenarbeit mit den Staatssicherheitsorganen alle anders denkenden Parteifunktionäre zu liquidieren und moralische und andere Verfehlungen von leitenden Parteifunktionären zu verfolgen.

Das ZK setzt weiterhin die Redaktionskollegien der publizistischen Zentralorgane ein und bestimmt die Parteiorganisatoren in den Schwerpunktbetrieben der Zone.

Seit 1950 wurde neben den Parteitagen noch der Begriff der

Approved For Release : CIA-RDP78-00915R001100130002-3

Diese Parteikonferenzen haben laut Statut nicht die Möglichkeit, kaderpolitische Veränderungen im ZK vorzunehmen. Diese Konferenzen haben die Aufgabe, besonders bedeutsame Beschlüsse der Parteipolitik zu "beraten", die so schwerwiegenden Charakter haben, dass es selbst dem Politbüro der SED ratsam erschien, sie einem grossen Forum vorzulegen und durch dieses "beschliessen zu lassen". Diese Konferenzen, die zu jeder beliebigen Zeit einberufen werden können, werden auch mit Delegierten besetzt, die von den einzelnen Leitungen von der Basis aufwärts durch bewährtes Prinzip ausgewählt werden.

Sowohl für die Parteikonferenzen als auch für die Parteitage werden vom ZK, d.h. in Wahrheit vom Politbüro des ZK, genaue Richtlinien aufgestellt, die von vornherein durch Teilnahme nur linientreuer Funktionäre zu diesen entscheidenden Konferenzen sichern. In diesen Richtlinien ist genau enthalten, welcher Kreis von Funktionären und Mitgliedern für die Wahl als Delegierter in Frage kommt. Bisherige politische Zuverlässigkeit, vor allem gegenüber der Sowjetunion, Vorbildlichkeit auf dem Gebiete der verschiedensten Ausbeutungssysteme, Verhältnis zu den "nationalen Streitkräften" und viele andere politische Voraussetzungen sind Vorbedingung für die Delegierung zu einem solchen Kongress. Treffen solche Dinge nicht auf den einzelnen Delegierten zu, haben die unteren Leitungen, deren hauptamtliche Funktionäre ja völlig von der übergeordneten Leitung abhängig sind, immer noch die Möglichkeit, den einen oder anderen Delegierten zurückzuhalten. Aber nicht nur die politische Auswahl erfolgt auf Grund der Richtlinien, sondern in ihnen ist auch neben der Gesamtanzahl der Delegierten des jeweiligen Bezirks genau aufgeschlüsselt, wie viele Frauen, Männer, Jugendliche, wie viele Arbeiter, Angestellte, Ingenieure, Wissenschaftler, Bauern usw. in der Delegation zu sein haben. Es unterliegt

Approved For Release : CIA-RDP78-00915R001100130002-3
keinem Zweifel, dass so zusammengeschobene ~~politische~~ Dole -

Approved For Release : CIA-RDP78-00915R001100130002-3

gationen nichts mehr mit freigewählten Delegierten zu tun haben, die die wirklichen Interessen und Wünsche der Mitgliedschaft zum Ausdruck bringen können.

Ausser diesen bereits geschilderten Machtmitteln des Politbüros, die unter dem Deckmantel der innerparteilichen Demokratie getarnt sind, leitet das Politbüro unmittelbar eine Reihe von Schlüsselstellungen im Wirtschafts- und Staatsapparat. So unterstehen die Politabteilungen bei den MTS, die Parteisekretäre der grössten Betriebe der Zone und die gesamten bewaffneten Kräfte ausschliesslich dem Politbüro der SED und ihre leitenden Funktionäre werden durch das Politbüro eingesetzt und angeleitet.

Zur weiteren Sicherung seiner wirtschaftlichen Macht und zur Zusammenfassung aller ökonomischen Basen der Partei verfügt das Politbüro über eine Zentrale zur Steuerung sämtlicher Parteibetriebe. Dieser Verwaltungsapparat, der unter dem Namen "Zentrag" bekannt ist, vereinigt in sich das Eigentum an sämtlichen Parteihäusern, Parteischulen, Parteigütern, Hotels und Gaststätten, Parteikinos, Verlage, Druckereien, Erholungsheimen usw. Damit ist auch auf diesem Gebiet die wirtschaftliche Machtstellung des Politbüros souverän. Es liegt auf der Hand, dass es nur dann für ein kleines Gremium möglich ist, einen solch gewaltigen Apparat zu lenken und zu kontrollieren, wenn es über grosse Hilfsorgane in Form eines umfangreichen Apparates verfügt.

Zum Apparat des ZK der SED.

Der Apparat des ZK der SED, der dem Politbüro untersteht, gliedert sich in Abteilungen. Es bestehen mehr als 25 verschiedene Abteilungen des ZK: Die Propaganda-Abteilung, die Abteilung für

Massenorganisation, Abteilung für ...
Approved For Release : CIA-RDP78-00915R001100130002-3

der Partei- und Massenorganisationen, Abteilung für Staatliche Verwaltung, Abteilung Wissenschaft und Hochschulen, Abteilung für gesamtdeutsche Arbeit, Abteilung für schöne Literatur und Kunst, Abteilung Planung und Finanzen, Abteilung M (die Militärabteilung), Abteilung für internationale Zusammenarbeit und viele andere mehr, um nur einige von ihnen zu nennen. Diese Abteilungen werden in der Regel von einem Abteilungsleiter und von einem oder mehrer stellvertretenden Abteilungsleitern geleitet. Die Anzahl der stellvertretenden Abteilungsleiter richtet sich nach der Grösse und der Gliederung der einzelnen Abteilungen. So hat z.B. die Abteilung leitende Organe für Partei- und Massenorganisationen mindestens 3 stellvertretende Abteilungsleiter, die sich bei dieser entscheidendsten Abteilung des ZK in einzelne Arbeitsgebiete dieser Abteilung wie z.B. Leben der Partei, Information, Massenorganisationen usw. aufteilen. Andere Abteilungen, wie z.B. Abteilung Planung und Finanzen hat nur einen stellvertretenden Abteilungsleiter, der sich speziell mit einem Arbeitsgebiet dieses Sektors beschäftigt. Es gibt aber auch Abteilungen, die nur über einen Abteilungsleiter ohne Stellvertreter verfügen, wie z.B. die Abteilung für gesamtdeutsche Fragen (die Westabteilung). Im Rahmen der einzelnen Abteilungsbereiche gibt es dann Sektoren, die mit einem Sektorleiter und einer unterschiedlichen Anzahl von Mitarbeitern und Instruktoren besetzt sind. Ein entsprechender Sektor umfasst, wie aus dem Namen schon hervorgeht, ein Spezialgebiet der jeweiligen Abteilung. So gliedert sich z.B. die Abteilung Landwirtschaft u.a. in einen Sektor für MTS, einen Sektor für landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften, einen Sektor für Erfassung und Planung, einen Sektor für staatliche Güter usw.

Seit 1952, Anfang 1953, wurde den meisten Abteilungen nach

sowjetischem Vorbild, neben den Fachgebieten noch Sektoren für Kader angegliedert, während bis dahin die gesamte personalpolitische Arbeit in einer Abteilung konzentriert war. Die Kaderabteilung wurde dezentralisiert, damit sich jede Abteilung ausschliesslich mit den personalpolitischen Fragen auf ihrem Gebiet beschäftigen konnte. Dieses System besteht bis zum heutigen Tag. Es gilt nun zu untersuchen, mit welchen Methoden das Politbüro und das Sekretariat des ZK der SED die Anleitung dieser Abteilungen bis zum letzten Instrukteur sichert, das Arbeitsergebnis der Abteilungen auf die unteren Organisationen der Partei, auf die staatlichen Organe und Massenorganisationen überträgt und das Ergebnis dieser Tätigkeit laufend und systematisch kontrolliert.

III. Die Arbeitsprinzipien

Wenn man das Gesamtproblem der Arbeitsorganisation und der Arbeitsmethodik der kommunistischen Organisationen einigermaßen prinzipiell und gründlich behandeln will, so muss grundlegend zwischen den prinzipiellen klassischen Arbeitsmethoden der kommunistischen Bewegung, die in ihren Grundlagen von Lenin und Stalin formuliert wurden, und zwischen der Arbeitsweise, der Arbeitstechnik und Organisation unterschieden werden, die zwar in ihren wesentlichen Grundlagen auf den erwähnten Arbeitsprinzipien basieren, doch aber nicht so prinzipiell, dogmatisch und unabänderlich sind, wie das bei den klassischen Arbeitsmethoden der Fall ist.

Jene klassischen Arbeitsmethoden des Kommunismus, diese besonders ausführlich von Stalin auf dem 17. und 18. Parteitag der KPdSU behandelt wurden, aber doch schon vorher von Lenin bei der Bildung der Kommunistischen Partei und den Auseinandersetzungen zwischen den Bolschewiki und den Menschewiki formuliert wurden, sind das eigentlich Gerüst der Organisationsarbeit aller marxistischen Parteien und sind auch in der Periode der Entstalinisierung voll gültig.

Zur Rolle der Beschlüsse

Eine der wichtigsten Fragen auf diesem Gebiet ist zweifellos die dogmatische und unabänderliche Durchführung von höheren Leitungen gefasster Beschlüsse. Die gesamte kommunistische Tätigkeit sowohl auf politischem wie auf organisatorischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet, besteht in der Durchführung der vom ZK gefassten Beschlüsse. Das ganze Gerippe der organisatorischen Tätigkeit erstreckt sich im wesentlichen darauf, die von den höchsten Organen gefassten Beschlüsse, Entschliessungen oder richtunggebende Anweisungen durch eine syste-

matische und planmässige Organisationspolitik bis in die letzte Einheit der kommunistischen Organisationen hineinzutragen, die dortigen Mitglieder von der Wichtigkeit der gefassten Beschlüsse mit allen Mitteln zu überzeugen, die Durchführung der Beschlüsse zu gewährleisten, ihre Ausführung zu überwachen und durch eine entsprechende Berichterstattung nach oben das Ergebnis, d.h. die Auswirkung zu melden. Auf Grund der erhaltenen Bericht ist es der Führung möglich, neue Entscheidungen zu treffen, die dann wiederum in neuen Beschlüssen ihren Niederschlag finden.

Diesem sehr allgemeinen Anleitungsgewüst sind im wesentlichen alle anderen Fragen der Arbeitsmethodik untergeordnet. Die Worte von Stalin "Ist einmal eine richtige politische Linie gegeben, so entscheidet die Organisation alles" oder Lenins Worte, die noch weitergehen "Organisation ist alles", weisen klar darauf hin, dass die Kommunisten sehr wohl erkannt haben, dass den Arbeitsmethoden und insbesondere der Durchführung der gefassten Beschlüsse die entscheidendste Bedeutung zukommt.

Diese geschilderten Prinzipien sind keinesfalls sowjetische oder marxistische Erfindungen. Sie wurzeln vielmehr in Prinzipien rationell geleiteter Betriebe. Nicht umsonst hat Stalin in seiner Rede als ein besonderes Ziel für die kommunistischen Funktionäre herausgestellt: "Den revolutionären kommunistischen Plan mit der kühlen Sachlichkeit und Wirtschaftlichkeit des amerikanischen Geschäftsmannes vereinen."

Trotzdem ist es verständlich, dass in einem System, in dem jede private Initiative zwangsläufig in Wegfall kommen muss, besondere Methoden gefunden werden müssen, um jene erwähnte Sachlichkeit, Konkretheit und ein entsprechendes Verantwortungsbewusstsein zu erreichen. A. Shdanow sagte auf dem 18. Parteitag der KPdSU u.a. dazu folgendes: "Die Kontrolle der Durchführung ist das

wichtigste Mittel gegen Stagnation in der Arbeit, gegen Verschimmelung. Sie ist das wichtigste Mittel, um der Schädlingsarbeit vorzubeugen. Wo die Kontrolle der Durchführung richtig organisiert ist, dort ist der Schädling lahmgelegt." (Broschüre Dietz-Verlag Seite 48)

Zur Kritik und Selbstkritik

Eines der entscheidendsten Mittel, um dies zu erreichen, ist die laufende kritische Betrachtung der eigenen Arbeit, im kommunistischen Jargon ausgedrückt: Die Anwendung von Kritik und Selbstkritik. Auf Grund der durchaus nicht neuen Erkenntnis, dass eine Sache nur dann gründlich und gut erledigt werden kann, wenn alle Mängel und Schwächen bei ihrer Durchführung rechtzeitig erkannt werden, ist eines der Hauptprinzipien der Arbeitsmethoden die laufende kritische Behandlung der Durchführung der jeweiligen Beschlüsse. Dabei braucht kaum erwähnt zu werden, dass unter Kritik in diesem Falle keinesfalls die Kritik an den Beschlüssen selbst verstanden werden darf. Die vom ZK gefassten Beschlüsse sind für alle Funktionäre tabu, eine Änderung ihres Inhalts ist unmöglich. Das ist im Statut der SED festgelegt und wird mit dem Begriff des demokratischen Zentralismus getarnt. Die erlaubte Kritik besteht allein in der Kontrolle der Mitglieder der untergeordneten Leitungen oder Einheiten, ob die verantwortlichen Funktionäre die Beschlüsse der zentralen Führung ordnungsgemäss erfüllen. Sie sollen sie dazu bewegen, selbstkritisch Stellung zu nehmen, wenn ein zentraler Beschluss nicht den Erfolg zeitigt, den sich die zentrale Führung von ihm versprochen hat. Die so angewandte Kritik und Selbstkritik führt letzten Endes zu einer gegenseitigen Bespitzelung zwischen den untergeordneten Funktionären und Mitgliedern und den übergeordneten Leitungen, erzieht jene Disziplin, welche auch als Untertanengeist bezeichnet werden

Approved For Release : CIA-RDP78-00915R001100130002-3

kann, die die kommunistische Führung braucht, um ihre gegebene politische Linie durchzusetzen und die vielbesprochene Linientreue zu erzielen. Da es unmöglich ist, an den gegebenen Direktiven zu rütteln, verlagert sich zwangsläufig alle Verantwortung für ihre Durchführung auf die untergeordneten Organe, so dass jede auftretende Panne, die dann durch Äusserungen zur Selbstkritik auf die unteren Funktionäre abgewälzt wird, zu Selbstkasteiungen führt, die für einen normal denkenden freiheitlichen Menschen oft kuriose Formen annimmt. Dieses Prinzip der Kritik und Selbstkritik ist eines der wesentlichsten Stützen des kommunistischen Systems. Durch seine Anwendung entsteht notwendigerweise eine glänzende Überprüfungs- und Einschätzungsmöglichkeit der unteren Funktionäre durch die übergeordnete Leitung. Auch werden durch dieses Prinzip alle abhängigen Organe in einer ständigen Unsicherheit gehalten, was den Machthabern die Beherrschung ihres Apparates erleichtert. Das Prinzip von Kritik und Selbstkritik geht durch jahrelange Erziehungsarbeit den einzelnen Menschen in Fleisch und Blut über. In ihm ist ein wichtiges Mittel der Beherrschung des Einzelnen zu sehen.

Diese Methode der Kritik und Selbstkritik spielt auch eine wichtige Rolle bei der Auswahl der Funktionäre für entsprechende Funktionen und ist der eigentliche Ansporn für die Erfüllung und Übererfüllung bestimmter Planziele. Kritik und Selbstkritik werden nicht nur im stillen Kämmerlein oder aber vom Vorgesetzten zum Untergebenen, vom Mitarbeiter zum Mitarbeiter abgelegt, sondern vielmehr in Versammlungen, grossen Konferenzen, ja sogar auf Kundgebungen geübt, so dass sich die entsprechend Verantwortlichen vor ihrem ganzen Betrieb, ihrer ganzen Umgebung blossgestellt fühlen und auch die Presse, der Rundfunk und andere Publikationsmittel verbreiten derartige "Selbstkritische Erklärungen". So sehr eine solche Situation den Betroffenen zuwider sein muss, bleibt ihnen, da eine

Approved For Release : CIA-RDP78-00915R001100130002-3

Kritik an den Beschlüssen der übergeordneten Leitungen nicht zulässig ist, vor der Öffentlichkeit einfach nichts anderes übrig, als alle Schuld auf sich zu nehmen, wenn sie ihre Stellungen, Freiheit, oder (je nach Lage des Falles) ihr Leben erhalten wollten. So wird das sog. Prinzip der Kritik und Selbstkritik zu einem teuflischen Druck für den einzelnen Beteiligten, hilft die Autorität der Führung sichern und trägt auch dazu bei, dass gelegentlich Erfolge erzielt werden, die nach aussen hin als freiwillige Leistungen ausgegeben werden, in Wirklichkeit aber unter dem stärksten politischen Druck erzielt wurden. Es ist verständlich, dass somit das Prinzip der Kritik und Selbstkritik einer der wichtigsten Bestandteile der Durchführung der kommunistischen Politik, also der kommunistischen Arbeitsmethodik darstellt. Dazu kommt noch, dass bei den Mitgliedern der SED, indem sie zur Anwendung der Kritik veranlasst werden, der Eindruck einer freiheitlichen demokratischen Betätigungsmöglichkeit entsteht, in der sie glauben, ihre Meinung "offen" zum Ausdruck bringen zu können. Damit erreicht das System noch zusätzlich, bei den Menschen freiheitliche Empfindungen zu erwecken, die in der Tat gar nicht bestehen.

Zur Frage der "Verbindung mit den Massen"

Dabei lieben es die Kommunisten sehr, die Notwendigkeit der Kritik und Selbstkritik mit einer starken Verbindung der Führung zu den Massen des werktätigen Volkes zu begründen. In dem Standardwerk des Kommunismus: "Kurzer Lehrgang zur Geschichte der KPdSU" Seite 450 und in einer Anzahl von Reden von Lenin, taucht immer wieder jenes Beispiel von Antaeus auf, der seiner Stürker verlustig ging, als er die Berührung mit der Erde verlor. Dieses Beispiel wird immer wieder gebracht, um die Menschen zur Kritik und Selbstkritik anzuspornen. Aber das Prinzip der Verbindung

zu den Massen spielt nicht nur in Bezug auf die Kritik und Selbstkritik eine Rolle. Das Problem der Verbindung zu den Massen ist auch als Teil der Arbeitsmethoden deshalb von hervorragender Bedeutung, weil die Kommunisten darunter die Erforschung der Stimmung der Massen in der Richtung verstehen, wie diese auf den einen oder anderen Beschluss des ZK reagieren. Dies nicht etwa, um gegebenenfalls den Beschluss prinzipiell zu ändern, das würde gegen die kommunistischen Prinzipien verstossen und als "zurückweichend von der Stimmung der Massen" als "Defaitismus" und "Nachtrabpolitik" bezeichnet werden, sondern nur, um den Beschluss taktisch den Stimmungen der Massen anzupassen bzw. ihn mit verstärkter Agitation oder auch mit Gewalt durchzusetzen. Die Losung "das Ohr ständig an den Massen" haben, hilft von einer anderen Ebene her das Prinzip der Kritik und Selbstkritik der kommunistischen Führung ihre taktischen Schwachzüge zu verbessern, verstärkt in der Bevölkerung die Unsicherheit und Angst und trägt so im ganzen dazu bei, die Durchführung der Beschlüsse besser zu kontrollieren bzw. letzten Endes zu sichern.

Auch der Prozess der Entstalinisierung ist letztlich so zu verstehen. Er erwuchs aus innen- und aussenpolitischen Erwägungen nach Stalins Tod, weil nach Erforschung der Haltung der Mitglieder der KPdSU und der anderen kommunistischen und Arbeiterparteien festzustellen war, dass die Opposition einen grossen Umfang angenommen hatte. Die Führung der KPdSU kam deshalb zu der Schlussfolgerung, dass ohne eine Lockerung des stalinschen Kurses ihre eigene Existenz bedroht sein würde. Deshalb warf sie allen stalinistischen Ballast über Bord, um sich selbst behaupten zu können und ihre grundsätzliche Politik, die Anstrengung der Weltrevolution, in neuem Gewande fortsetzen zu können.

Über den "Konkretivismus" und die Berichterstattung

Ein anderes Prinzip der Arbeitsmethoden des ZK, das ebenfalls von erheblicher Bedeutung ist, ist der sog. Konkretivismus. Als eine der wesentlichsten Arbeitsmethoden vom ZK der SED wird "Konkretheit" bei der Durchführung von Beschlüssen verlangt. Unter "Konkretheit" versteht man dabei sachliche genaue Fakten aneinander zu reihen, um die Durchführung eines Beschlusses überprüfen zu können.

Als ein wichtiges Arbeitsprinzip der SED wird sowohl bei der Formulierung eines Beschlusses wie bei der Berichterstattung über seine Durchführung Sachlichkeit, Genauigkeit und Exaktheit verlangt. Auf Grund der Lehren, die die KPdSU aus ihren Fehlern gezogen hat, ist die SED ebenfalls zu der Feststellung gekommen, dass nur dann ein Beschluss seinen Zweck erreicht, wenn er exakt und genau formuliert ist, damit die untergeordneten Leitungen ihn nicht auslegen können, wie sie wollen, sondern an die genaueste Durchführung gebunden sind.

Auch bei der Berichterstattung wird die Forderung nach Genauigkeit erhoben. Die Berichte dürfen nicht allgemeine Formulierungen enthalten, sondern müssen konkret und sachlich darüber berichten, wie Punkt für Punkt des entsprechenden Beschlusses erfüllt wurde. Diese Forderung ist eine der Ursachen des in der SED herrschenden Fragebogenunwesens. Für jeden Beschluss wurden von den entsprechenden Abteilungen häufig Fragebogen mit 50 und mehr Fragen ausgearbeitet, die diese "Konkretheit" der Berichterstattung sichern sollten, da aber viele Beschlüsse ideologisch politische Aufgaben zum Inhalt haben und ihre Erfüllung auf Grund formaler Fragebogen überprüft werden sollen, geschieht es oft, dass diese Berichte am Kern des Problems vorbeigehend und in ihnen statistische Ergebnisse erscheinen, die zur wahren Lage im bedeutenden wider-

spruch stehen. Es ist z.B. häufig vorgekommen, dass Berichte über das Parteilehrjahr zwar feststellten, dass sich im Bezirk X 180 000 Genossen am Studium beteiligen, die in 900 Zirkeln zusammengefasst sind, welche von 600 Referenten besucht werden, die in 60 Referentenaktivs zusammengefasst sind. Dass weiterhin so und so viele Referentenschulungen durchgeführt wurden, auf denen eine bestimmte Anzahl von Referenten gehalten wurden, dass folgende wesentlichen Fragen während der Zirkelabenden auftauchen und dass eine durchschnittliche prozentuale Beteiligung von so und so viel Prozent vorhanden war. Diese Berichte mögen statistisch eine bestimmte Bedeutung haben. Sie entsprechen auch vollkommen der Forderung nach bürokratischer Konkretheit. Trotzdem aber führen sie zu völlig falschen Schlussfolgerungen, da aus ihnen nicht hervorgeht und auch gar nicht hervorgehen kann, welche eigentliche Meinung die einzelnen Schulungsoffer zu den aufgeworfenen Problemen hatten, welche sie in Wirklichkeit haben, wie rege ihre Mitarbeit war und welche Schlussfolgerungen daraus zu ziehen sind. Dies ist schon deshalb nicht möglich, da sich bis zum 20. Parteitag niemand getraut hat, seine wahre Meinung zu sagen, da er dadurch befürchten muss, als Parteifeind behandelt zu werden und somit schweren wirtschaftlichen, ja persönlichen Gefahren ausgesetzt sind.

Auch nach dem 20. Parteitag ist es noch nicht möglich, offen das System zu kritisieren. In der Erklärung des Politbüros der SED "Neues Deutschland" vom 8.7.56, heisst es dazu wörtlich: "In der gegnerischen Propaganda wird die Behauptung aufgestellt, dass die Fehler Stalins im sowjetischen System, in dessen gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung und im Marxismus-Leninismus überhaupt wurzeln...Dies bedingt den entschlossenen Kampf gegen...jeden Einfluss der bürgerlichen Ideologie auf die

Parteimitglieder und die Werktätigen". Ein Artikel der Prawda vom 16.7.56, der am 18.7.56 vom "Neuen Deutschland" übernommen wurde, geht noch weiter. Dort wird behauptet, dass die grundsätzlichen Auseinandersetzungen in Ungarn "unter dem Einfluss imperialistischer Kreise von aussen" stünden. Damit werden die Grenzen der Diskussionsfreiheit erneut gezogen und nach wie vor Kritik nur zu den Problemen gestattet, die der SED-Führung genehm sind.

Über das "Kettenglied" als Arbeitsmethode

Ein wichtiges anderes Problem der Arbeitsmethodik ist das Herausfinden des sog. "Kettengliedes" in der Arbeit. Auch diese Methodik stützt sich auf eine stalinsche Theorie und ist heute genau so aktuell wie früher. Stalin hat einmal die Bedeutung der "Ergreifung des entscheidenden Kettengliedes in der Arbeit" einer Leitung besonders betont. Im Prinzip geht es hierbei um folgendes: Aufgrund des kommunistischen Systems, welches versucht, alle gesellschaftlichen Beziehungen einheitlich zentral zu lenken, ergibt sich es zwangsläufig, dass alle prinzipiellen Beschlüsse einen gewaltigen Umfang haben, mehr oder weniger alle Fragen des menschlichen Zusammenlebens behandeln und deshalb von einer Vielzahl von Aufgaben strotzen, die alle nun von einer Leitung durchgeführt werden sollen. In einem normalen demokratischen Staate würde die Mehrheit dieser Fragen der privaten Initiative bzw. dem selbstverständlichen Zusammenleben der Menschen untereinander überlassen sein. In der SBZ aber, wo alles geplant und gelenkt ist und die SED selbst eifrig darüber wacht, bei allen diesen Fragen die Führung und Kontrolle in der Hand zu behalten, ist es keine Seltenheit, dass auf einer Sitzung des Sekretariates oder des Politbüros 60 ja manchmal 70 bis 100 mehr oder weniger umfangreiche Be-

schlüsse gefasst werden, die dann letzten Endes bei den kleinsten Einheiten landen, die für ihre eigentliche Durchführung verantwortlich sind. Es leuchtet auch den kommunistischen Machthabern ein, dass eine Kreisleitung oder gar eine Grundorganisation, die häufig nicht mehr Mitglieder zählt als eine einzige Abteilung des ZK an Mitarbeitern, unmöglich in der Lage ist, alle jene Beschlüsse gleichmässig in Angriff zu nehmen. Deshalb gewinnt die stalinsche Forderung nach Ergreifung des richtigen Kettengliedes bei den Arbeitsmethoden der SED so grosse Bedeutung. Damit ist gemeint, dass die Aufgabe der untergeordneten Leitung darin besteht, aus der Fülle der von ihnen gestellten Aufgaben, die sie durch die Beschlüsse erreichen, das entscheidende Kettenglied herauszufinden, das sie aufgrund der dialektischen Methode in die Lage versetzt, mit der Lösung dieser Hauptaufgabe, - nämlich diesem Kettenglied - eine Vielzahl anderer Aufgaben mit lösen zu können.

Selbst Chruschtschow nahm auf dem 20. Parteitag in ähnlicher Form Stellung. Trotzdem kann es aufgrund des Systems nie gelingen, die Vielzahl der von der Führung gestellten Aufgaben zu bewältigen. Der Widerspruch liegt im System und nicht in der Methode. So lange die Partei an dem strengen zentralistischen System festhält, alles und jedes zentral steuern will, ist es unmöglich, die Überlastung der unteren Leitungen zu beseitigen.

Zur Arbeitsplanung des ZK der SED

Es ist verständlich, dass eine Parteiführung, die gleichzeitig einen gesamten Staatsapparat und alle in ihm wirkenden gesellschaftlichen Kräfte beherrscht, nicht nur mit einzelnen mehr oder weniger zufälligen Beschlüssen arbeiten kann, sondern, dass die Tätigkeit der verschiedenen leitenden Organe sich auf der Basis bestimmter Pläne vollzieht. Das System der Planung hat

in den Jahren von 1949 bis 1956 eine vielseitige Wandlung durchgemacht. Während man zuerst auf der Basis von Jahresplänen arbeitete, kam man nach dem 3. Parteitag auf der Grundlage des sowjetischen Prinzips zur Umstellung auf Quartalsarbeitspläne, die in Monatsplänen mündeten. In diesen Plänen waren und sind im Prinzip die wichtigsten Aufgaben des Politbüro und des Sekretariats des ZK auf das kommende Quartal für alle Gebiete des politischen, gesellschaftlichen, staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens enthalten. Diese Pläne bilden die Grundlage für die Arbeitsplanung der einzelnen Abteilungen, die dann den Leitungsgremien (Politbüro und Sekretariat) auf der Grundlage dieser Pläne ihre Vorlagen einreichen. Durch diese Pläne wurde das alte Schema der in der KP bis 1945 üblichen Improvisation durch eine konkrete Arbeitsmethodik der Planung abgelöst. Die Aufstellung von Rahmenplänen, Perspektivplänen, Quartalsplänen, Staats- und Wirtschaftsplänen schuf oft eine masslose Verwirrung in den Leitungen der SED, der Regierung und der Massenorganisationen, so dass es einfach zur zwingenden Notwendigkeit wurde, auf der im Juni 1953 stattgefundenen Organisationskonferenz ein einheitliches System der Arbeitsplanung und Koordinierung zwischen Partei, Staatsapparat und gesellschaftlichen Organisationen zu schaffen, das auch heute noch gültig ist.

An der Spitze der Pläne steht der Quartalsarbeitsplan des Politbüros des ZK. Dieser Quartalsarbeitsplan enthielt die wesentlichen sichtbaren Beschlüsse, Kampagnen und Daten des kommenden Quartals und musste wenigstens ein Monat vor Beginn des Quartals fertiggestellt sein. Ein solcher Quartalsplan z.B. im 2. Quartal, stützte sich auf die Vorbereitung der Frühjahrsbestellung, die Durchführung des 1. Mai usw., also auf Ereignisse und Massnahmen der entsprechenden Periode, die routinemässig immer wiederkehren. In diesem Quartalsplan des Politbüros stellt das Politbüro dem Sekre-

Approved For Release : CIA-RDP78-00915R001100130002-3

tariat, den Bezirksleitungen und den Abteilungen termingemäss die bedeutenden prinzipiellen Aufgaben des kommenden Quartals, die durch das Politbüro entschieden werden müssen. Auch in diesen Quartalsplänen des Politbüros sind schon Termine enthalten und personelle Verantwortlichkeit verteilt.

Auf diese Quartalspläne des Politbüros nun haben das Sekretariat und die einzelnen Abteilungen ihre Quartalspläne aufgebaut. Obwohl auch die im Prinzip genau so angelegt sind, ist ihr Inhalt wesentlich ausführlicher und umfasst bereits organisatorische Fragen zur Verwirklichung der einzelnen Aufgaben. Im Quartalsarbeitsplan des Politbüros z.B. ist zur Frühjahrsbestellung lediglich ein bestimmter Termin festgehalten, an dem die Vorlage über den Aufruf des ZK und ein Gesamtplan zur Mobilisierung aller entsprechenden Reserven ausgearbeitet sein soll. Im Quartalsplan des Sekretariats ist schon ausführlicher zu diesen Punkten enthalten, welche Abteilungen im Ministerium, gesellschaftlichen Organisationen, zu welchem Zeitpunkt Vorlagen zu bestimmten Einzelfragen (MTS, LPG, usw.) auszuarbeiten haben. Der Quartalsplan der Abteilung Landwirtschaft z.B. aber sieht noch ausführlicher vor, welche Instruktoreinsätze, was für Untersuchungen usw. was für Vorlagen und Massnahmen bis ins einzelne getroffen werden müssen, um die globale Aufgabe im Quartalsplan des Politbüros zu konkretisieren. Diese Quartalspläne wurden auch den Bezirksleitungen zugestellt, die ihre Pläne wiederum auf ihnen aufbauen.

Da die Pläne der Abteilungen durch ihre Ausführlichkeit sehr umfangreich wurden, ging man mit der Zeit dazu über, die Quartalspläne in Monatspläne zu gliedern. Jeder einzelne Mitarbeiter der Abteilungen, jeder Sektorleiter arbeitete jetzt aufgrund der vorliegenden Quartalspläne die Monatspläne seines Sektors und seinen persönlichen Plan aus.

Approved For Release : CIA-RDP78-00915R001100130002-3

Es wurde angestrebt, da es am Anfang zu einer häufigen Über-
sättigung der Pläne kam, die Pläne mit viel Spielraum aufzubauen,
damit sienooh genügend Möglichkeiten bieten, Aufgaben, die ausser-
halb der Pläne auftreten, elastisch in sie einzuarbeiten. Dies
ist deshalb notwendig, weil die Quartalspläne nur die feststehen-
den Rahmenaufgaben beinhalten, im Laufe eines Quartals aber eine
Vielzahl von Fragen auftauchten, die oft nicht in den Pläne vor-
gesehen sind, ja die Planaufgaben in der besonderes Gewicht ge-
legt wird, auf die persönlichen Tagespläne der einzelnen Mitarbei-
ter gelegt. Diese Tages- oder auch Wochenpläne sollen bis ins
einzelne beinhalten, was der einzelne Funktionär aufgrund der
Abteilungsplanung jeden Tag vorhat. Damit wird ein Schema ent-
wickelt, das dem einzelnen Funktionär wenig schöpferische Initi-
ative und Spielraum überlässt. Es dient aber gleichzeitig dazu,
eine möglichst lückenlose Kontrolle der Tätigkeit der einzelnen
Funktionäre durch die übergeordneten Stellen zu gewährleisten.
Durch das straffe System der Planung, auch im Rahmen der schwer
zu planenden politischen Tätigkeit, wird eine starke bürokratische
formale Schlusserfüllung begünstigt. Die einzelnen Mitarbeiter
sind aus Furcht vor Kritik stark daran interessiert, den Plan
formal zu erfüllen, als auf die gründliche Durchführung der Ein-
zelbeschlüsse und Planteile wert zu legen. So melden sie häufig
Erfolge und Planerfüllung, obwohl in der Tat von ihrer Seite nur
Anweisungen ergangen sind, ohne dass die Durchführung der einzel-
nen Massnahme auch wirklich überprüft wurde. Auch stellt die
straffe Planung ein ernstes Hindernis zur Entfaltung des Einzelnen
dar, da ihm die Pläne keinen Spielraum für eigene Gedanken lassen.
Nicht zuletzt für die Überlastung der Pläne zur oberflächlichen
Durchführung der Aufgaben, zu einer wahren Hetze für den Einzel-
nen und zur Unterschätzung der Rolle der Persönlichkeit. Für das
System der SEG aber bedeutet die Planung ein wesentliches Mittel

zur Erhaltung ihres bürokratischen Apparates, zur Unterversicherung der eigenen Meinung, zur Verhinderung von ideologischen Abweichungen - kurz zur Aufrechterhaltung ihres zentralistischen Machtapparates.

Zur Rationalisierung der Arbeit

Auch heute noch bemüht sich die SED die stalinsche Forderung zu verwirklichen "den revolutionären Elan der Kommunisten mit amerikanischer Sachlichkeit und Nüchternheit zu verbinden", um jene konkrete Arbeitsmethode zu finden, die exakt, nüchtern, rationell die gestellten Aufgaben verwirklichen hilft. Es ist klar, dass diese an sich allgemein gültige Forderung besonders im Apparat, vor allem aber in der Wirtschaft von ausserordentlicher Bedeutung ist. Deshalb muss als eine wichtige Arbeitsmethode der SED-Führung die Frage der Sparsamkeit, des rationellen Einsatzes der Mittel, der Schnelligkeit in Verbindung mit sich ständig entwickelnden sog. "Neuerer Methoden" angesehen werden. Die Losung "Spare mit jedem Gramm, jeder Minute, und jedem Pfennig" ist kennzeichnend für diese Methodik. Sie soll sowohl aus dem Apparatfunktionär, dem staatlichen Angestellten, wie dem Produktionsarbeiter jene letzten Mittel herauspressen, so dass er faktisch mit geringsten Mitteln in schnellster Zeit die grösstmögliche Leistung vollbringt.

Auch heute noch ist das System unverändert. Nicht zuletzt soll durch diese hohe Anspannung der Kräfte verhindert werden, dass die Funktionäre zum Nachdenken kommen, sich in gründliche Diskussionen einlassen und etwa Muße zum Studium von Werken von Marx und Engels haben, die im Schulungsplan nicht vorgesehen sind.

Über die Parteiorganisation im ZK der SED.

Während dies in der Produktion im allgemeinen durch das sog. Leistungsprinzip, die verschiedensten Wettbewerbe, das Prämiensystem, durch Wandzeitungen, Kontrollposten und sog. Produktionsberatungen usw. zu erreichen versucht wird, werden innerhalb der Apparate der Partei, so auch im Apparat des ZK andere Methoden der Leistungssteigerung angewandt. Neben herkömmlichen und allgemein bekannten Formen der Belobigung und der Kontrolle durch die jeweiligen Vorgesetzten verdient in diesem Zusammenhang das System der Parteiorganisationen innerhalb des ZK der SED besondere Beachtung. Auf der Grundlage des stalinischen Prinzips, dass jedes Parteimitglied dort in der Grundorganisation organisiert werden muss, wo es gesellschaftlich tätig ist, wurden im Jahre 1950 beim ZK und auch bei allen übrigen Parteiapparaten, sowie den Apparaten der Massenorganisationen und der staatlichen Verwaltungen Grundeinheiten der SED gebildet, in denen alle im jeweiligen Apparat tätigen SED-Mitglieder organisiert sind, ihre Beiträge entrichten und zu laufenden Parteiversammlungen zusammentreten.

Dieses System ist auf die Bildung der Zellen in der KPD in den zwanziger Jahren zurückzuführen, die von Ulbricht auf Weisung Stalins eingeführt wurden, um jede Diskussionsfreiheit in der KPD zu unterdrücken. Auch heute noch sind diese Organisationsformen unangetastet und verfolgen denselben Zweck. So lange sie bestehen und es möglich ist, eine andere Meinung zu vertreten, als es die Leitungen dieser Organe tun, kann von einer wirklichen Meinungsfreiheit in der SED nicht gesprochen werden. Diese Grundeinheiten waren bis Anfang 1953 nicht etwa der jeweiligen Parteileitung unterstellt, in deren Apparat ihre Mitglieder arbeiteten, also im Falle des ZK dem ZK der SED, sondern der jeweiligen Kreisleitung, in deren geographischem Bereich

sich der entsprechende Parteiapparat befand. Beim ZK der SED ist dies wie bei den Parteigrundeinheiten der Regierung der DDR, des Zentralrates der FDJ usw, die Kreisleitung der SED-Berlin-Mitte. Erst im Laufe des Jahres 1953 wurde bei der Bezirksleitung der SED Gross-Berlin in Verbindung mit der dortigen Abteilung "Leitende Organe" eine Stelle geschaffen, die die Grundeinheiten der SED beim ZK, die Grundeinheiten der Regierung und auch der zentralen Führung der Massenorganisationen in Berlin anleiten sollte.

Der prinzipielle Gedanke dieser Massnahmen hat vor allem arbeitsmethodische Bedeutung. Diese Parteieinheiten wurden im Bestreben aller kommunistischen Führungen geschaffen, eine vielfache Kontrolle aller Leitungen zu sichern und einen möglichst vielseitigen Druck auf alle ihre Mitarbeiter auszuüben, die ein Ausweichen nach irgendeiner Richtung unmöglich machten und die kleinsten politischen und moralischen Abweichungen aufdecken helfen sollte. Ihre Aufgabe besteht dar nicht so sehr darin, den Mitarbeitern des ZK eine Direktive für ihre Arbeit zu geben. Diese Arbeitsanleitung erhalten sie von ihrem Vorgesetzten aufgrund der Beschlüsse des Politbüros und des Sekretariats. Die Grundeinheiten der Partei im ZK haben vielmehr die Aufgabe, die Arbeitsdisziplin der einzelnen Funktionäre zu überwachen, ihre politische und moralische Haltung ständig zu kontrollieren, ihr Zusammenleben mit den übrigen Arbeitskollegen zu beobachten, abweichende Funktionäre zur Rechenschaft zu ziehen, durch laufende Parteiversammlungen die Stimmung der Mitarbeiter zu erforschen, einen entsprechenden Druck auf sie auszuüben, und ihr "marxistisches" Studium laufend im Auge zu behalten. Auf den periodisch stattfindenden Parteiversammlungen werden die aktuellen Fragen der Partei besprochen, alle Fragen, der Verbesserung der Arbeitsmethodik der Abteilung behandelt, scharfe Kritik an einzelnen Genossen geübt und in entsprechenden

Fällen den übergeordneten Stellen des ZK Meldung erstattet. Durch dieses System werden die einzelnen Mitarbeiter des ZK nicht nur durch ihre direkten Vorgesetzten, Sektorenleiter, Abteilungsleiter oder gar Sekretäre des ZK angeleitet und überprüft sondern es ist sozusagen eine Gegenkontrolle geschaffen, die den einzelnen Parteifunktionären während ihres ganzen Lebens einschliesslich der privaten Sphäre beobachtet, kontrolliert und auch bespitzelt. Die Tatsache, dass in diesen Parteilgruppen (jede der Abteilung des ZK bildet jeweils eine Parteilgruppe, die im gesamten ZK-Maßstab zu einer Grundeinheit zusammengefasst sind) die Stenotypistin neben dem Sektorleiter, und dem Sekretär sitzt, ergibt die Möglichkeit, die einzelnen Funktionäre unabhängig von ihrer Funktion im ZK gegeneinander auszuspielen, sie zu demütigen und letzten Endes natürlich auch zu kontrollieren. Dieses System hat sich, obwohl es zum Teil gewaltige Überschneidungen hervorrief, doch so gut bewährt, dass bereits im Jahre 1951 hauptamtliche Parteisekretäre im ZK eingestellt wurden, da mehrere Personen mit der Überprüfung der Arbeitsmethoden vollständig ausgefüllt waren. Die Überschneidungen wurden vor allem deshalb hervorgerufen, weil die politischen Direktiven der Bezirks- und der Kreisleitung rein zeitlich veraltet waren und deshalb hinter den gegebenen Aufgaben der Mitarbeiter des ZK hinterher hinkten. Zum anderen gab es auch Überschneidungen deshalb, weil die Leitungen der Parteilgruppen der jeweiligen Abteilungen des ZK fast nie mit den entsprechenden Abteilungsleitungen identisch waren und somit naturgemäss der Abteilungsleiter der Abteilung, der ja letzten Endes für die Arbeit der Abteilungen ausschliesslich verantwortlich war, einen anderen Überblick und eine andere Auffassung hatte als der jeweilige Leiter der Parteilgruppe, der in

seiner hauptamtlichen Tätigkeit im ZK häufig zur Instrukteur, manchmal auch nur technische Kraft war. Durch diese Überschneidungen wurde in der Tat die Führung der einzelnen Abteilungen sehr häufig desorientiert und in ihrer Arbeitsintensität gehindert. Trotzdem aber hat man dieses System nicht nur nicht abgebaut, sondern sogar noch erweitert, woraus sichtbar wird, dass die Kontrolle und Bespitzelung eines jeden Funktionärs den leitenden Kräften der SED bedeutsamer erschien als eine reibungslose einheitliche Lenkung ihrer Mitarbeiter.

Im Rahmen der Behandlung der Arbeitsmethoden der SED ist es deshalb wichtig, die Rolle der Parteieinheiten im ZK zu behandeln, weil, wie bereits erwähnt, neben der Bespitzelung, der Kontrolle der Schulung einige ihrer Hauptaufgaben darin bestand, die Arbeitsmethoden der jeweiligen Abteilung laufend zu überprüfen und zu verbessern. Auf den jeweiligen Parteiversammlungen wurden in der Regel unpünktliche Funktionäre gerügt, nicht erfüllte Aufträge gerügt, Erfahrungen im bürotechnischen Ablauf ausgetauscht, Mängel durch übergeordnete Funktionäre zur Diskussion gestellt und aufgrund dieser Beratungen Beschlüsse gefasst, die für alle Mitglieder der Parteiorganisationen der jeweiligen Grundeinheit oder Parteigruppe bindend waren und sie somit zur verstärkten Arbeitsintensität anhielten. Gab es zwischen einzelnen Mitgliedern der Parteigruppen ernsthafte Differenzen, so wurde von deren Leitungen entsprechende Anträge auf Bestrafung, Versetzung oder Entlassung an die zuständige Parteikontrolle, die Sicherheitsorgane und auch an die Abteilungsleitung gegeben, die bei der Behandlung der jeweiligen Frage bedeutendes Gewicht hatte. So spielt die Grundorganisation mit ihren untergliederten Gruppen im Rahmen des ZK der SED eine bedeutende Rolle bei der Kontrolle der Durchführung der Beschlüsse, der Verbesserung der Arbeitsmethoden des Apparates

und der Bespitzelung der Funktionäre.

Zur politischen und fachlichen Qualifizierung der Mitarbeiter
des ZK der SED

Ein wichtiger Grundsatz bei der Behandlung der Arbeitsmethoden der SED ist die laufende politische und fachliche Qualifizierung der Mitarbeiter ihres Apparates. Der leninsche Grundsatz: "Um aufzubauen muss man etwas wissen, muss man die Wissenschaft meistern, um aber etwas zu wissen, muss man lernen, hartnäckig, geduldig lernen..." wurde im ZK der SED und von allen Kommunisten der Zone vor allen Dingen dahingehend ausgelegt, den Marxismus-Leninismus gründlich zu studieren, um gegen evtl. Abweichungen gefeit zu sein und die Arbeitsmethodik des Kommunismus beherrschen zu lernen. Es würde in diesem Rahmen zu weit führen, alle Formen der Parteischulung im Rahmen des Parteilehrjahres, der Grund- und Fortgeschrittenen Zirkel, der Kreisabendschule, der Abenduniversität, des organisierten Selbststudiums, des Fernunterrichtes am Institut für Marxismus-Leninismus an der Parteihochschule Karl-Marx und an vielen Akademien Hochschulen und Parteikabinetten ausführlich zu behandeln. Es ist aber unmöglich, die Arbeitsmethoden des ZK und der SED überhaupt zu behandeln, ohne das Parteistudium zu erwähnen. Neben den rein theoretischen Fragen werden doch auch auf den verschiedensten Ebenen des Parteilehrjahres die Fragen der Arbeitsmethoden besonders aufgrund der Erfahrungen der sowjetischen Partei behandelt, so dass das Studium während des Parteilehrjahres zur Vertiefung des kommunistischen Arbeitsstil wesentlich beiträgt. Die Ausführung Stalins auf dem 17. und 18. Parteitag, die Reden und Aufsätze Kalinins zur kommunistischen Erziehung, die gesamte revolutionäre Entwicklung des Bolschewismus und vieles andere sind wesentliche Bestandteile der Arbeitsmethoden

Approved For Release : CIA-RDP78-00915R001100130002-3

beim ZK der SED.

IV. Über die praktische Anwendung der Arbeitsmethoden in der SED

Nach der Behandlung der wesentlichen kommunistischen Arbeitsmethoden, die keinesfalls Anspruch auf Vollkommenheit besitzen, ist zu untersuchen, mit welchen praktischen Formen man bemüht ist, die Prinzipien der Arbeitsmethodik in die Praxis anzuwenden.

Der Kern der Dinge ist dabei am leichtesten zu erfassen, wenn man sich wiederum ins Gedächtnis zurückruft, dass alle folgenden Methoden von dem einen Wunsch ausgehen, die in der Spitze gefaßten Beschlüsse bis in die letzte Einheit hineinzutragen, eine systematische Kontrolle ihrer Durchführung sicherzustellen und eine rückläufige Berichterstattung zu gewährleisten, die wiederum die Führung in die Lage versetzt, die Auswirkungen ihrer Maßnahmen schnell, gründlich und exakt zu analysieren.

Zu den Instruktoren des ZK und ihren Einsatzmethoden

Eine der wesentlichsten Methoden auf diesem Gebiete sind die verschiedensten Formen von Instruktoreinsätzen.

Instrukteure der Abteilung LPMO

Das ZK bedient sich einer Anzahl hauptamtlicher Instruktoren des ZK, die in der Abteilung leitende Parteiorgane und Massenorganisationen (LPMO) zusammengefasst sind und dort unter Leitung eines stellvertretenden Abteilungsleiters einen speziellen Sektor bilden. Hierbei handelt es sich um die allgemeinen Instruktoren, deren Aufgabe darin besteht, in den einzelnen Bezirksorganisationen der SED Überprüfungen über die Durchführung der Beschlüsse durchzuführen und darüber zu berichten. In diesem Sektor der Abteilung LPMO sind ca. 16 - 20 Instruktoren zusammengefasst wobei meistens jeder Instrukteur einen Bezirksverband als ständiges Einsatzgebiet besitzt. Auch wenn er sich nicht in diesem Bezirk befindet, hat er Einblick in alle vom Bezirk an das ZK ab-

gesandten Berichte, kennt selbst alle leitenden Kader der entsprechenden Bezirksleitung und registriert in einem Instrukturbuch sorgsam alle wesentlichen Veränderungen, die in diesem Bezirk vorsichgehen. Der Einsatz dieser Instruktoren erfolgt in der Regel auf Beschluss der Abteilungsleitung und dürfte im Monat durchschnittlich 30 - 50 % der Zeit in Anspruch nehmen. Die Einsätze erfolgen aber keinesfalls planlos, sie werden durch einen Instrukturauftrag geregelt, der sich entweder bei bestimmten Fragen auf alle Instruktoren erstreckt, manchmal aber auch nur entsprechend dem Charakter des Beschlusses in manchen Länder durchgeführt wird. Diesen Instrukturauftrag arbeitet der Instrukteur selbst aus, nachdem er von seinem Vorgesetzten über Ziel, Dauer und allgemeine Methoden des Einsatzes informiert wurde. Der Instrukturauftrag enthält auch nach seiner Fertigstellung die Dauer des Einsatzes, die zu überprüfenden Fragen, die jeweils aufzusuchenden Leitungen und Organisationen, die Teilnahme an entsprechenden Konferenzen und Versammlungen und in den meisten Fällen auch einige Maßnahmen, womit der Instrukteur auf diesem oder jenem Gebiet an Ort und Stelle selbst praktische Beispiele durchführen soll, aufgrund derer die entsprechenden Leitungen erkennen sollen, dass der jeweilige Beschluss durchführbar ist und wie man seine Durchführung am besten bewerkstelligt. Nachdem der Instrukteur seinen Einsatz durchgeführt hat, erstattet er zuerst mündlich Bericht, fertigt aber dann anschliessend in den meisten Fällen noch einen schriftlichen ausführlichen Bericht an, der je nach seiner Bedeutung manchmal nur der Abteilungsleitung, manchmal aber auch dem Sekretariat oder sogar dem Politbüro vorgelegt wird.

Spezialinstruktoren

Neben diesen allgemeinen Instruktoren, die sich bei ihren

Einsätzen häufig mit allen Fragen sowohl auf organisatorischem wie auf ideologischem Gebiet befassen, haben die einzelnen Abteilungen Spezialinstruktoren, die in ähnlicher Form Untersuchungen anstellen und Berichte anfertigen, allein mit dem Unterschied, dass sie sich bei ihren Einsätzen vor allem auf ihr Spezialgebiet, z.B. Landwirtschaftsfragen, propagandistische Fragen usw. beschränken. Hier handelt es sich nicht immer um operative Instruktoren, wie das in der Abteilung LPMO der Fall ist, sondern in den meisten Abteilungen üben die einzelnen Mitarbeiter und Fachfunktionäre häufig diese Aufgabe aus. Der Begriff "Instrukteur" zerfällt überhaupt in zwei Kategorien. Einmal gibt es ständig operativ arbeitende Instruktoren, wie sie in der erwähnten Gruppe der Abteilung LPMO zusammengefasst sind, zum anderen aber gibt es jene erwähnten Fachinstruktoren, die an sich im ZK ein bestimmtes Fachgebiet bearbeiten, aber von dem Standpunkt aus, ein Drittel am Schreibtisch, zwei Drittel unter den Massen, häufig die erwähnten Einsätze durchführen. Sie tragen den Namen Instruktoren als Bezeichnung im Stellenplan, in dem der Begriff "Instrukteur" für einen der untersten politischen Funktionäre der einzelnen Leitungen angewandt wird. Der Name wurde nicht zuletzt deshalb gewählt, um durch ihn die Beweglichkeit und Operativität eines grossen Teiles der hauptamtlichen Mitarbeiter zu unterstreichen und den zentralistischen Charakter der Leitungen durch ihr Recht, "zu instruieren", zum Ausdruck zu bringen.

Brigadeeinsätze

Eine andere Form der Instruktoreneinsätze ist die Zusammenstellung von bestimmten Brigaden zur Untersuchung spezifischer Fragen. Diese Brigaden werden immer dann eingesetzt, wenn das von ihnen zu erstellende Material für eine prinzipielle Untersu-

chung benötigt wird, die häufig dann in Entschliessungen oder auch in Referaten führender Politiker ihren Niederschlag findet. Bei diesen Brigaden handelt es sich meistens um sog. gemischte Brigaden, d.h. sie setzen sich je nach der Zielsetzung ihres Auftrages sowohl aus einer Anzahl von Spezialinstruktoren wie auch einigen allgemeinen Instruktoren und sogar auch leitenden Funktionären zusammen. Die Leitung einer solchen Brigade hat häufig einen Sekretär des ZK, mindestens aber ein Abteilungsleiter. Zu diesen Brigaden werden auch nebenamtliche Funktionäre, z.B. gewählte Leitungsmitglieder des ZK und manchmal auch je nach dem Charakter des Auftrages Funktionäre des ZR der FDJ, des Bundesvorstandes der Gewerkschaften oder des DFD hinzugezogen. Solche Brigaden, die manchmal bis zu 15 Mitglieder umfassen können, werden vor ihrem Einsatz zusammengefasst. Auf diesen Einsatzbesprechungen wird der gemeinsame Einsatzplan festgelegt und jedem entsprechend seinen Spezialkenntnissen seine konkrete Aufgabe zugewiesen. Im Ergebnis der Besprechungen erstellt dann der Leiter der Brigade den Gesamteinsatzplan, während die einzelnen Brigademitglieder ihre Teilpläne schriftlich erarbeiten. Die Einsatzdauer erstreckt sich meistens auf 3 - 4 Wochen, kann aber auch bei bestimmten komplizierten Fragen mehrere Monate dauern, wobei es nicht immer der Fall zu sein braucht, dass die einzelnen Brigademitglieder die ganze Zeit ununterbrochen am Einsatzort weilen, sondern nach einer entsprechenden Anfangstätigkeit wieder ins ZK zurückkehren, um aber laufend von Zeit zu Zeit die eingeleiteten Massnahmen an Ort und Stelle zu überprüfen. In der Regel erstreckt sich der Einsatz einer solchen Brigade nur auf einen Bezirksverband, um durch eine konzentrierte Untersuchung den entsprechenden Bezirksverband von der Bezirksleitung bis zur Grundeinheit auf

allen Gebieten des politischen, staatlichen und kulturellen Lebens zu prüfen. Es kommt auch vor, dass solche Brigaden sogar nur auf einen Kreis oder auch nur auf einen einzigen Betrieb konzentriert werden, wenn es eben gilt, eine solche entsprechende Untersuchung anzustellen. Die Einsatzpläne sind ähnlich wie dies bei den anderen Instruktoren der Fall ist. Ein nennenswerter Unterschied besteht nur darin, dass ein breiter Raum in diesen Plänen der Schaffung praktischer Beispiele durch die Brigademitglieder gewidmet ist.

Diese Brigaden nun "überfallen" einen entsprechenden Bezirksverband, nehmen an allen Ereignissen innerhalb der einzelnen Organeteil, organisieren selbst bestimmte Dinge, wohnen allen Sekretariatssitzungen teil und treffen sich von Zeit zu Zeit um ihre Erfahrungen mit einander auszutauschen und bestimmte Änderungen in der Planung vorzunehmen. Am Ende des Brigadeinsatzes findet in der Regel zuerst eine Gesamtbesprechung der Brigade statt, auf der die Linie ihres weiteren Vorgehens festgelegt wird. Dann wird eine gemeinsame Sitzung der Brigade mit dem Bezirkssekretariat des entsprechenden Bezirkes durchgeführt, auf der die Brigade ihre Erfahrungen zur Diskussion stellt und nicht selten auch harte Kritik übt. Dieser Bericht wird diskutiert, ohne ein abschliessendes Ergebnis herbeizuführen. Danach kehrt die Brigade ins ZK zurück und stellt ihren Gesamtbericht schriftlich zusammen. Je nachdem nun wofür der Bericht benötigt wird, findet seine weitere Bearbeitung statt. War er dazu gedacht, als Grundlage für eine ZK-Entscheidung zu dienen, so wird das Material einfach im Entscheidungsentwurf verarbeitet. Häufig aber kommt es vor, dass diese Brigadeberichte zur Klärung bestimmter Fragen, auch zur Massregelung bestimmter Funktionäre verwendet werden. Dann ist der Verlauf ungefähr folgendermassen:

Die Brigade erstellt ihren Bericht und fasst ihre Schlussfolgerungen in einer Entschliessung zusammen. Bericht und Entschliessung gehen im Entwurf an alle Politbüromitglieder und an alle Sekretariatsmitglieder der entsprechenden Bezirksleitung. Dann wird eine gemeinsame Sitzung zwischen dem Politbüro und dem Bezirkssekretariat anberaumt, an der, wenn es sich um besonders wichtige Fragen handelt, auch noch die 1. Sekretäre aller anderen Bezirksleitungen teilnehmen. Zu dieser Sitzung bereitet das Bezirkssekretariat in der Kenntnis des vorliegenden Materials der Brigade einen sog. Gegenbericht vor, indem sie die Fragen von ihrem Gesichtspunkt aus behandelt und evtl. auch anders darstellt, als dies von der Brigade getan wurde. Diese Möglichkeit aber ist im wesentlichen theoretisch, da sich die meisten Bezirksleitungen im eigenen Interesse hüten werden, die Ergebnisse der Brigaden zu bestreiten, da dadurch zu allem anderen negativen auch noch Verleugnung der Selbstkritik, Überheblichkeit usw. kommen würde. Auf der gemeinsamen Schluss-Sitzung nun berichtet zuerst der Brigadeführer und dann der Bezirkssekretär, wobei letzterer sich stets bemüht, in Selbstkritik zu zerfliessen, damit das abschliessende Gewitter der Diskussion nicht zu gefährlich ausfällt. Nachdem Berichte gegeben und die Diskussion beendet ist, fasst dann der 1. Sekretär das Ergebnis der Besprechungen zusammen, man stimmt in der Regel dann über die von der Brigade vorgelegte Entschliessung ab. Die Entschliessung wird dann meistens allen Bezirksleitungen zugestellt, häufig auch im "Neuen Deutschland" veröffentlicht und ist in jedem Falle für alle Einheiten der SED, der Massenorganisationen und Verwaltungen bindend.

So war z.B. die Absetzung des sächsischen Parteisekretärs, Ernst Lohagen, und die damit verbundene Entschliessung

das Ergebnis einer solchen Untersuchung. Auch in diesem Falle musste die Entschliessung in der gesamten Partei durchgearbeitet werden. Auch die Untersuchung einer Anzahl von LPG's wurde im Jahre 1953 auf ähnliche Art und Weise durchgeführt, was dann zu dem Beschluss führte, die weitere Gründung von LPG's zu stoppen und eine Reihe struktureller Veränderungen in den LPG's vorzunehmen. Die Grosse Reinigung im Ministerium für Versorgung, die auch u.a. zur Verhaftung von leitenden Funktionären z.B. des Leiters der staatlichen Handelsorganisation, Bender, führte, war das Ergebnis einer ähnlichen Untersuchung, genau so wie entsprechende Massnahmen im EKOJW Stalin. Dabei ist es klar, dass bestimmte technische Unterschiede in der Zusammensetzung der Brigade vorhanden waren, die sich nach der Struktur des zu untersuchenden Objektes richteten.

Diese Brigadeeinsätze gibt es auch heute noch. Gerade in der gegenwärtigen Periode der Entstalinisierung spielen sie eine besondere Rolle. Sie untersuchen die Stimmungen der Parteimitglieder und der Bevölkerung, versuchen alle zu weit gehenden Diskussionen zu bremsen und informieren die Parteiführungen und sind der verlängerte Arm des Politbüros zur Durchsetzung der zentralen Politik. Ihr Schwerpunkt sind z.Zt. die Grossbetriebe, in denen rege Diskussionen über das kollektive Führungsprinzip im Gange sind und die sich von der diktatorischen Ein-Mann-Führung durch den Betriebsleiter befreien wollen, für unabhängige Gewerkschaften eintreten usw. So lange solche Brigaden mit enormen Vollmachten ausgestattet, im Lande schalten und walten können, besteht das stalinistische Arbeitssystem nach wie vor, ist jeder Erklärung über Demokratisierung und Dezentralisierung eine Phrase.

Das nebenamtliche Aktiv

Eine andere Form der Arbeitsmethoden auf diesem Gebiet ist der Einsatz von nebenamtlichen Instruktoren unter Hinzuziehung der gewählten ZK-Mitglieder, von SED-Funktionären, die im Staatsapparat tätig sind. Diese Gruppen werden häufig als nebenamtliches Aktiv des ZK der SED bezeichnet. Hier handelt es sich um eine Zusammenfassung von ZK-Mitgliedern, die in der Verwaltung, der Produktion, der Landwirtschaft und auf anderen Gebieten tätig sind. Sie erhalten häufig Parteaufträge des Sekretariats, des Politbüros, aber auch, bei untergeordneten Fragen, von einzelnen Abteilungen. Dabei ist es häufig so, dass die einzelnen Abteilungen entsprechend ihrem spezifischen Aufgabengebiet ein solches nebenamtliches Aktiv besitzen, das sich aus Fachkräften zusammensetzt, die die gleiche Fachrichtung vertreten, wie die entsprechende Abteilung. Die Abteilung Landwirtschaft z.B. bedient sich eines nebenamtlichen Aktivs, in dem einige linientreue SED-Mitglieder mitarbeiten, die hauptberuflich im Ministerium für Landwirtschaft arbeiten, erfolgreiche LPG-Vorsitzende, Politleiter von MTS-Stationen, Agronomen usw. sind. Einige "gewählte" ZK-Mitglieder dieser beruflichen Richtung gehören meistens ebenfalls diesem Aktiv an. Die Abteilung erteilt nun mehreren oder einzelnen Mitgliedern dieses Aktivs je nach dem Charakter des Einsatzes einen Parteauftrag mit dem Ziel, eine oder mehrere bestimmte Fragen an einem bestimmten Ort zu untersuchen, bestimmte Missstände abzustellen und einen entsprechenden Bericht anzufertigen. Der Einsatz dieser nebenamtlichen Aktivs weicht in der Regel wenig von den bereits geschilderten Einsätzen ab.

ZK - Organisatoren

Eine andere wichtige Arbeitsmethode des ZK zur Kontrolle der

Durchführung der Beschlüsse ist die Arbeit mit den ZK-Organisatoren. Dieser Methode wird soviel Bedeutung beigemessen, dass sie sogar ausdrücklich im Parteistatut verankert ist. (Kapitel IV Artikel 45 im Statut der SED, beschlossen auf dem 3. Parteitag vom 20. - 24. Juli 1950 und Kapitel IV Artikel 47 a im Statut der SED, beschlossen auf dem 4. Parteitag am 5.4.1954.)

Die Parteiorganisatoren sind eigentlich nichts anderes als die ersten Sekretäre der Parteiorganisationen, der grossen Schwerpunktbetriebe, der grössten MTS und LPG's und der bedeutendsten Hochschulen. Um einige Beispiele zu nennen: im Eisenhüttenkombinat "Stalin", im Stahlwerk Riesa, in den Buna- und Leunawerken in Halle usw., im ganzen in ca. 40 - 60 Großbetrieben setzt das ZK von sich aus unter geringer Beachtung der entsprechenden Bezirksleitungen die ersten Sekretäre der dortigen Parteileitungen ein und bestätigt sie als Organisatoren des ZK. Damit sind sie verpflichtet, über ihre gesamte Tätigkeit zuerst ans ZK zu berichten, sie erhalten von dort ihre prinzipiellen Direktiven, werden von dort besoldet und können auch von dort jederzeit abberufen werden. Das dies mit innerparteilicher Demokratie nichts mehr zu tun hat und nur der straffen Zentralisation und dem Machtapparat des ZK dient, liegt auf der Hand. Diese Organisatoren werden häufig nach Berlin berufen, um vor dem Sekretariat, einer Abteilung oder auch vor dem Politbüro über die Durchführung bestimmter Beschlüsse zu berichten.

Manchmal erhalten sie auch Aufträge des ZK, bestimmte Kontrollen in ähnlich gearteten Betrieben durchzuführen. Ihre schriftlichen Berichte werden laufend von einzelnen Abteilungen ausgewertet. Auch die Organisatoren spielen trotz Entstalinisierung nach wie vor eine grosse Rolle. Aufgrund der erregten Diskussionen in den Betrieben kommt ihnen noch grössere Bedeutung zu. Durch die weitere Existenz der Organisatoren wird erneut demonstriert

dass es der SED-Führung in Wahrheit mit der Entstalinisierung nicht ernst ist. Die Organisatoren des ZK widersprechen dem angeblich neuerdings angestrebten Prinzip der Dezentralisierung, weil sie der typische Ausdruck des zentralistischen Machtapparates der SED sind. Mit ihrer Hilfe ist es dem Zentralkomitee der SED möglich, über die 60 grössten Betriebe der Zone zu herrschen, ohne sogar die Bezirksleitungen der eigenen Partei zu befragen, geschweige denn die Werktätigen der Betriebe selbst. So lange es Organisatoren des ZK gibt, die mit den gegenwärtigen Machtbefugnissen ausgestattet sind, existiert der zentralistische stalinistische Machtapparat und kann von einer Dezentralisierung der Industrie, wie etwa in Jugoslawien nicht die Rede sein. Im Gegenteil, in der gegenwärtigen Periode sind die Parteiorganisatoren der SED die verlängerten Arme des Politbüros zur Unterdrückung der Diskussion in den Schwerpunktbetrieben, in denen sich die Werktätigen mit den wirklichen Konsequenzen der Entstalinisierung auseinandersetzen.

Über die publizistischen Organe der SED im Hinblick auf die Arbeitsmethoden.

Ein anderes wichtiges Mittel der Anleitung und Beschlusskontrolle ist der Einsatz aller publizistischen Organe der SED und die Entwicklung der Volkskorrespondenten. Alle publizistischen Organe der SED, begonnen beim "Neuen Deutschland", "Der Einheit", besonders aber "Der neue Weg" und alle übrigen zentralen und Bezirksorgane dienen vor allem der Durchführung der Beschlüsse aber auch ihrer Kontrolle. Mehr als 50 % des "Neuen Weges" z.B. behandelt direkt oder indirekt die Fragen der Beschlusstreue, der Beschlusskontrolle, kritisiert mangelhafte Beschlusserfüllung, veröffentlicht Beispiele über erfolgreiche Beschlussdurchführung, undbringt kritische Leser-

stimmen zu Fragen der Beschlusserteilung. Neben dem Einsatz der Journalisten und Reporter der einzelnen Organe bedienen sie sich einem breiten Netz von Volkskorrespondenten. Das sind nebenamtliche freie Mitarbeiter, die von Zeit zu Zeit den Auftrag bekommen, zu dieser oder jener Frage aus ihrem unmittelbaren Arbeitsbereich zu schreiben ohne dabei ihre direkten vorgesetzten Stellen zu informieren. Dadurch sollen Mängel aufgedeckt werden, die der Verwirklichung der Beschlüsse hinderlich sind und der Eindruck einer breiten demokratischen Mitarbeit von unten entstehen. Dass die Kritik der sog. Volkskorrespondenten natürlich nur auf der Linie der gefassten Beschlüsse erfolgen kann, während sie an den Beschlüssen selbst nicht rütteln dürfen, ist selbstverständlich. Das ZK aber schafft sich mit diesen Volkskorrespondenten, wie überhaupt mit den publizistischen Organen eine wirksame Waffe zur Übermittlung und Erläuterung ihrer Beschlüsse sowie zu ihrer Kontrolle und Durchführung. Wie in einem anderen Abschnitt schon erwähnt, werden auch die Wandzeitungen in den Dienst der Arbeitsmethoden und der Erfüllung der Beschlüsse gestellt. Jede Abteilung des ZK muss eine solche Wandzeitung anfertigen, auf denen sie die einzelnen Mitarbeiter zu den Fragen der Arbeitsmoral und der Beschlussstreue Stellung nehmen, sich gegenseitig kritisieren und ihre Bespitzelungsergebnisse veröffentlichen.

Die Methode der schriftlichen Anweisung

Eine Hauptmethode, die Beschlüsse und Richtlinien des ZK, der Partei und allen Gliederungen zugänglich zu machen, ist natürlich die Form der Direktiven, Rundschreiben und schriftlichen Anweisungen. Diese werden in der Regel im Sekretariat und Politbüro, genau wie die Quartalsarbeitspläne und Monats-

pläne beschlossen und dann als unumstössliche Anweisung durch Kuriers des ZK den Bezirksleitungen zugeleitet. In besonders wichtigen und eiligen Fällen werden solche Direktiven auch unmittelbar über die Köpfe der Bezirksleitungen hinweg vom ZK aus direkt den Kreisleitungen zugestellt. Dieses Rundschreibensystem hat, hervorgerufen wurde es durch die starke Zentralisierung, derartig überhand genommen, dass sogar die sonst nicht sehr mutigen Bezirksleitungen dem Druck nicht mehr standhalten konnten und sich offen gegen diese Rundschreibensintflut zur Wehr gesetzt haben. (25. Plenum des ZK der SED - Parlament v. 21.3.56.) Bis dahin war es an der Tagesordnung, dass wöchentlich 50 - 60 verschiedene Direktiven vom ZK aus in die Bezirke und Kreise gelangten, wobei manche 20 - 30 Seiten umfassten. Diese Fülle von Anweisungen, die sich häufig noch überschneiden, da sie ja nicht mehr zu überblicken waren, führten zu einer grossen Lethargie und Abgestumpftheit bei den unteren Organen, so dass die Autorität des ZK allein dadurch ernsthaft gefährdet schien. Deshalb wurde ein entsprechender Stop eingeführt, die Herausgabe von Rundschreiben wurde streng zentralisiert, den einzelnen Abteilungen das Recht genommen, von sich aus bindende Anweisungen an die Bezirke zu geben und nur noch die wichtigsten Dinge in Direktiven zusammengefasst, die dann über das Sekretariat des ZK oder über das Büro des Politbüros an die Bezirke gegeben wurden. Trotzdem gelingt es nicht, eine generelle Änderung herbeizuführen und trotz Einschränkung der Direktiven sind sie immer noch so zahlreich, dass ein Überblick und eine planmässige Durchführung nicht möglich ist. So lange sich die SED-Führung annimmt, in alle Dinge des öffentlichen Lebens zentral einzugreifen und begonnen von den Aufgaben des Staatsapparates bis zu den Fragen der Familie, der Mode usw. das gesamte Leben zu bestimmen, werden diese bürokratischen Methoden unumgänglich sein.

Über Tagungen, Konferenzen, Beratungen usw.

Eine andere einheitliche Methode des ZK besteht in der Durchführung einer Vielzahl von Konferenzen, Arbeitsbesprechungen und Spezialtagungen auf allen Ebenen des Parteiapparates, der Wirtschaft, der Kulturpolitik und der Massenorganisationen. Diese Beratungen, Tagungen und Konferenzen tragen einen sehr unterschiedlichen Charakter in der Anzahl, Zusammensetzung und dem Tagungsziel. Da die Formen der Tagungen sich ausschliesslich nach der Zielsetzung der jeweiligen Zusammenkunft richtet, ist es schwer, gültige Formen auf diesem Gebiet aufzuzeigen. Es ist hier nur möglich, die typischen dazulegen.

Beratungen und Konferenzen beim 1. Sekretär des ZK und den übrigen Politbüromitglieder und Sekretären.

Periodisch findet beim 1. Sekretär Walter Ulbricht Besprechungen der 1. Sekretäre der Bezirksleitungen statt. Auf diesen Besprechungen werden alle aktuellen Fragen beraten und häufig auch interne Probleme besprochen, die nicht einmal auf ZK-Sitzungen gestellt werden. Darunter fallen bestimmte interne Werbesolis für die bewaffneten Streitkräfte, den SSD usw., bestimmte Kaderpolitische Veränderungen im ZK, die der Öffentlichkeit verborgen bleiben sollen usw. Diese Beratungen bei Walter Ulbricht sind der beste Beweis, für die Alleinherrschaft Ulbrichts, der auch heute noch viele Fragen über den Kopf des Politbüros entscheidet. Schon nach dem 17. Juni 1953 stand diese Arbeitsmethode Ulbrichts im Mittelpunkt der Kritik durch die Mitglieder des Politbüros Herrstadt und Zaissner. Auch die Beschlüsse des 28. Plenums, auf dem nur Ackermann, Jendretzki, und Ellé Schmidt rehabilitiert wurden, Zaissner und Herrstadt aber nicht und selbst die Rehabilitierten nicht wieder in ihre alten Funktionen eingesetzt wurden, beweisen aufs neue, dass Ulbricht jede

Konkurrenz im Politbüro fürchtet und offensichtlich von seinen Machtbefugnissen nicht aus der Hand geben will.

So führt der 1. Sekretär Ulbricht eine Fülle von Besprechungen und Konferenzen durch, mit dem Ziel, in seiner Hand nach Möglichkeit den gesamten Partei- und Staatsapparat zu konzentrieren und einen Überblick über alle wichtigen Fragen zu behalten. Da gibt es Besprechungen mit den Leitungen der Massenorganisationen, die von Zeit zu Zeit bei ihm durchgeführt werden und auf denen er unabhängig von zentralen Beschlüssen seine privaten Meinungen darlegt, die genau so gut wie ein Gesetz sind. Weiterhin führt Ulbricht laufend wöchentlich Beratungen mit den führenden Offizieren der bewaffneten Streitkräfte durch. Fast alle Ministerien werden monatlich einmal, zumindest durch ihre führenden Vertreter von Ulbricht empfangen, wo alle wichtigen Entscheidungen getroffen werden. Nur ein Teil von ihnen gelangt ins Politbüro, so dass es auch heute trotz angeblicher Abkehr vom sog. Personenkult nicht ~~es~~ selten vorkommt, dass Politbüromitglieder, die für einen bestimmten Sektor der Verwaltung verantwortlich sind, erst von dritter Seite erfahren müssen, welche entscheidenden Massnahmen über ihren Kopf hinweg von Ulbricht getroffen wurden. Diese Beratungen bei Ulbricht strecken sich auch auf die meisten Fragen des kulturellen Lebens aus. So führt er periodisch Beratungen mit den leitenden Parteiarchitekten durch (Architektur ist ja sein besonderes Steckenpferd) ruft bestimmte Gruppen von Künstlern zu sich und kontrolliert laufend das Staatliche Komitee für Sport und Körperkultur, die GST usw. Diese Beratungen bei Ulbricht, die hier noch lange nicht vollständig aufgeführt sind, sind durchaus nicht zufällig, sondern entspringen einem festen Plan und die auf ihnen gegebenen Anweisungen tragen den Charakter von Beschlüssen. Auch zahlreiche staatlichen Verordnungen sind nicht

im Politbüro entstanden, sondern auf jenen Beratungen. Solche ähnlichen Besprechungen, wenn auch keinesfalls in einem vergleichbaren Umfang wie bei Ulbricht werden auch von den übrigen Politbüromitgliedern und Sekretären auf ihrem speziellen Arbeitsgebiet durchgeführt, Beratungen in kleinem MaBstab in den Büros der einzelnen Leitungsmitglieder, Konferenzen mit ihren Spezialfunktionären in den einzelnen Bezirken oder auch Gesamtkonferenzen auf grosser Ebene z.B. Agitatorenkonferenzen, Organisationsfunktionärstagungen, tagungen der Finanzfunktionäre usw. Die Materialien, Entschliessungen und Reden für solche grossen Konferenzen sowie den Beschluss ihrer Durchführung überhaupt werden je nach ihrer Bedeutung entweder im Politbüro oder im Sekretariat des ZK beschlossen.

Arbeitstagungen und Lehrgänge

Neben diesen Konferenzen werden häufig unter Leitung der leitenden Funktionäre Arbeitstagungen und Lehrgänge der verschiedenen Spezialfunktionäre durchgeführt, die von 4 Tagen angefangen bis zu einem Monat dauern könnten. Als Tagungsort für solche gründlichen Arbeitskonferenzen und Lehrgänge werden häufig Internatsschulen, manchmal auch die Parteihochschule oder die Verwaltungsakademie Walter Ulbricht benutzt.

Arbeitsberatungen der Abteilungen des ZK

Ausser diesen genannten offiziellen Besprechungen, Konferenzen und Tagungen führen die einzelnen Abteilungen des ZK laufend Arbeitsberatungen mit ihren entsprechenden Abteilungen der Bezirksleitungen aber auch mit einer Anzahl untergeordneter Funktionäre aus einigen Schwerpunkten an der Basis durch. So gibt es einmal periodische Arbeitsberatungen beispielsweise aller

Mitarbeiter der Abteilung Landwirtschaft aus den Bezirken bei der entsprechenden Abteilung des ZK der SED.

Arbeitskommissionen

Darüberhinaus bestehen bei den einzelnen Abteilungen Kommissionen die sich aus einer Anzahl von Experten der einzelnen Gebiete zusammensetzen, die laufend von der jeweiligen Abteilung zusammengefasst werden, um eine bestimmte Aufgabe durchzuführen oder auch um einen wissenschaftlichen Beirat für die Abteilung zu bilden. So gibt es z.B. bei der Abteilung zum Schutze der Volkswirtschaft (Abteilung M) eine Werbekommission zur Werbung von Volkspolizisten oder aber bei der Abteilung Wissenschaft und Kunst eine Anzahl von verschiedensten Kommissionen der wissenschaftlichen und künstlerischen Fachgruppen, die sozusagen einen bestimmten wissenschaftlichen Beirat für die einzelnen Sektoren der Abteilung darstellen. Diese Kommissionen aber haben selbstverständlich keinerlei Rechte und auch nicht die geringste Möglichkeit, etwa in die Politik des ZK oder seiner Abteilungen einzugreifen. Sie sind lediglich beratende Organe, die bestimmte Aufträge entgegennehmen und auszuführen haben oder deren Meinung man dort entgegennimmt. Wieweit man diese aber berücksichtigt, liegt bei den leitenden Funktionären des ZK.

Einzelberatungen, besonders zur Anleitung der Massenorganisationen, der Verwaltung usw.

Es ist bekannt, dass neben diesen aufgeregten Zusammenkünften natürlich auch eine Vielzahl von Einzelbesprechungen von Seiten der Abteilungen des ZK mit einzelnen Mitarbeitern ihrer nachgeordneten Abteilungen oder ihnen unterstellten Verwaltungen bzw. Organisationen stattfindet. Die Abteilungen des ZK haben jederzeit das Recht, entsprechende Mitarbeiter aus den

Massenorganisationen, den Ministerien und anderen Verbänden, die entsprechend dem Charakter ihrer Abteilung ihnen unterstehen, zu sich zu beordern, ihnen die Ausarbeitung von Berichten auferlegen und ihnen Anweisungen erteilen. In diesem Zusammenhang ist es erwähnenswert, dass sich die einzelnen Abteilungen periodisch die Mitarbeiter aus dem DFD, der FDJ, die in diesen Organisationen auf dem gleichen Arbeitsgebiet tätig sind, zusammenholen, von ihnen Berichte verlangen und ihnen Anweisungen erteilen. Alle wichtigen Entscheidungen, die die Massenorganisationen treffen, müssen, soweit sie nicht überhaupt von der SED ausgehen, den zuständigen Abteilungen beim ZK vorgelegt werden, bevor sie in den Leitungen der Massenorganisationen zur Abstimmung kommen. Der genaue Weg in diesem Falle ist ungefähr folgender: Beabsichtigt beispielsweise die Abteilung "Arbeit" des ZK der FDJ eine Beschlussvorlage für das Sekretariat des ZR über die Verbesserung der Arbeit in den Grundstoffbetrieben auszuarbeiten, so berät sich zuerst der verantwortliche Funktionäre der FDJ für diese Tätigkeit mit dem Leiter oder einem Mitarbeiter der Abteilung Grundstoffindustrie beim ZK der SED. Nachdem die prinzipiellen Fragen zwischen diesem Funktionär besprochen wurden, erstellt der verantwortliche FDJ-Sekretär mit seinen Mitarbeitern den Entwurf einer Vorlage. Bevor diese Vorlage dem Sekretariat des ZR vorgelegt wird, spricht er sie wiederum mit dem entsprechenden Funktionär beim ZK der SED durch und nimmt die von dort gewünschten Änderungen vor. Erst dann geht die Vorlage zur Beratung ins Sekretariat des ZR der FDJ und wird dort formal beschlossen. Es ist klar, dass diese Beschlussfassung rein formalen Charakter trägt, da eine Änderung der vom ZK gebilligten Vorlage nicht mehr möglich ist. Dieses geschilderte Beispiel trifft auf alle übrigen Massenorganisationen, Ministerien, Verwaltungen und sämtliche anderen

anderen wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Einrichtungen zu. Bei besonders wichtigen prinzipiellen Beschlüssen oder entscheidenden Massnahmen irgendeiner der erwähnten Organisationen werden zwar die Beschlussvorlagen auch erst mit der entsprechenden Abteilung des ZK abgestimmt, dann aber vor der Beschlussfassung in der entsprechenden Leitung der jeweiligen Organisation je nach ihrer Bedeutung dem Sekretariat des ZK oder aber sogar dem Politbüro vorgelegt. Erst wenn dort der entsprechende Beschluss gefasst worden ist, geht er an die jeweilige Organisation oder Institution zurück und wird dort noch einmal formal bestätigt. Auch hier sind selbstverständlich Änderungen an dem vom Führungsgremium der SED gebilligten Beschluss unmöglich, es sei denn, es handelt sich um kleine stilistische Dinge, die keinerlei Einfluss auf den Inhalt des Beschlusses haben. Daraus ist ersichtlich, dass alle Entschliessungen und prinzipiellen Dokumente irgendeiner in der SBZ bestehenden zentralen Institution vor ihrer eigentlichen Beschlussfassung durch das zuständige Gremium bereits durch eine Leitung des ZK gebilligt wurde und somit für alle Parteimitglieder bindend ist. Da auf den entsprechenden Konferenzen die Parteimitglieder aber immer, zum mindesten in der Mehrheit sind, ist die Annahme eines solchen Beschlusses rein formaler Natur und hat mit Demokratie und Mitbestimmung nichts zu tun.

Spezialkonferenzen

Eine wichtige Arbeitsmethode des ZK ist die Durchführung von Spezialkonferenzen. Während man in den ersten Jahren nach 1945 die Anleitung im wesentlichen durch allgemeine Konferenzen und Versammlungen durchführte, wurden, begonnen 1952, immer mehr Konferenzen mit Spezialisten durchgeführt, Konferenzen von Agronomen, Arbeitsberatern von Schnelldrehern, Schriftstellern

usw. Auf diesen Konferenzen wurden dann die Erfahrungen ausgetauscht und Entschliessungen angenommen, die im wesentlichen vom ZK schon vorbereitet sind und dann für alle Mitglieder der entsprechenden Berufsgruppe bindend sind.

Arbeitsseminare

Eine weitere Form der Arbeitsmethodik, die in einem bestimmten Zusammenhang mit dem Vorhergesagten steht, ist die Durchführung von Arbeitsseminaren. Hierbei handelt es sich um Zusammenkünfte eine Anzahl bedeutender Spezialisten eines bestimmten Gebietes, auf denen bestimmte politische oder fachliche Themen durchberaten werden, um ein Konzentrat der besten Erfahrungen dann allen Spezialisten dieser Fachrichtung zu übermitteln. Diese Seminare werden am häufigsten auf dem Gebiet der Wirtschaft, aber auch auf künstlerischem oder kulturellen Sektor durchgeführt.

Lektionen und Parteikabinette

Besonders auf theoretischem Gebiet werden zur Anleitung häufig Lektionen gehalten, vor allem in den bestehenden Parteikabinetten, die oft mit Anschauungsmaterial und Ausstellungen ergänzt werden. Solche Lektionen werden oft von maßgeblichen Theoretikern im Parteikabinett Berlin gehalten, der entsprechende Vortrag erscheint dann gedruckt und dient als Grundlage zur Behandlung der entsprechenden Frage in der gesamten Partei. Auch der Film und Lichtbilder werden als Methodik bei diesen Lektionen verschiedentlich mit angewandt.

~~Die Zusammenarbeit mit den Stellen der UdSSR~~

V. Die Zusammenarbeit mit den Stellen der UdSSR

Bis zur sog. Souveränitätserklärung der Sowjetunion gegenüber der SBZ wurden alle Beschlüsse, Dokumente, Berichte und Vorlagen den entsprechenden politischen Abteilungen der SMK automatisch übermittelt. Wenn auch danach sich die Namen geändert haben, so ist das Prinzip der konkreten Einflussnahme und Kontrolle der SED-Führung durch Vertreter der KPdSU nach wie vor bestehen geblieben.

Die sowjetischen Kommunisten, die jetzt im Rahmen der Botschaft tätig sind, nahmen nach wie vor alle Vorlagen, Dokumente, Beschlüsse und Berichte des ZK der SED entgegen, versehen sie mit entsprechenden Bemerkungen, die dann in diese Beschlüsse eingearbeitet worden. Neben diesen schriftlichen Materialien entsenden die politischen Abteilungen der UdSSR zu allen wesentlichen Beratungen der SED-Führung entsprechende Vertreter. Der 1. Sekretär des ZK hat laufend mit dem ausserordentlichen Botschafter der UdSSR, Puschkin, und seinem Vertreter Besprechungen über die Politik der SED. Entweder der 1. Sekretär wird zu Puschkin bestellt oder einer seiner Stellvertreter sucht den 1. Sekretär des ZK auf, wenn es gilt, wichtige Frage zu entscheiden. Von Zeit zu Zeit fährt der 1. Sekretär des ZK zu Puschkin oder seinem Vertreter, um ihm seine nächsten Schritte zu unterbreiten und auch um ihm Formulierungen aus seinen grundsätzlichen Referaten vorzulegen. Für die übrigen Politbüromitglieder ist es unmöglich, grundsätzliche Änderungen vorzuschlagen, wenn die Ausführungen des 1. Sekretärs sich auf eine solche Beratung mit den sowjetischen Kommunisten stützt.

Darüber hinaus entsenden die sowjetischen Funktionäre von Zeit zu Zeit Untersuchungskommissionen, die bestimmte Fragen der SED überprüfen und ihr Untersuchungsergebnis zur Grundlage eines

berichten an den 1. Sekretär der SED machen.

Häufig werden auch direkte Direktiven in russischer Sprache an den 1. Sekretär gesandt. Diese lässt er dann übersetzen und reicht sie ohne prinzipielle Änderungen dem Politbüro als Vorlage ein. Dies trifft vor allen Dingen in allen ausserpolitischen Fragen zu. Wenn es die sowjetischen Aussenpolitik in Moskau für ratsam hält, in der Deutschlandfrage ein bestimmtes Problem aufzuwerfen, so erhält der 1. Sekretär der SED häufig zur gleichen Zeit wie die Frage in Moskau veröffentlicht wird, eine entsprechende Anweisung, an der prinzipielle Änderungen unmöglich sind.

Ausserdem ist es bekannt, dass der 1. Sekretär des ZK und auch der Vorsitzende der SED periodisch zur Entgegennahme von Befehlen nach Moskau fährt.

Allein aus diesen praktischen Tatsachen heraus, ist die völlige Abhängigkeit der SED von der sowjetischen KP bewiesen. Es kommt auch vor, dass ausser den geschilderten Methoden bei besonders wichtigen Aktionen direkt Vertreter aus den Sowjetunion nach Berlin kommen, um der SED Anweisungen zu erteilen. Dies geschieht, wie z.B. bei der Vorbereitung der letzten Bundestagswahlen, intern, manchmal aber auch in Verbindung mit offiziellen Besuchen anlässlich einer bestimmten Sache, wie z.B. bei Parteitag usw. Als Verbindungsmitglied zwischen dem ZK der SED und den sowjetischen Stellen fungiert eine allgemeine Abteilung des ZK. Tatsache ist, dass alle beschlossenen Vorlagen, Beschlüsse, protokolle, Dokumente usw. in einer Abschrift mehr hergestellt und den sowjetischen Stellen übersandt werden.

So steht das ZK der SED unter der direkten Kontrolle der sowjetischen KP und ist in allen wichtigen Entscheidungen von dieser abhängig.

Wenn Chruschtschow auch auf dem 20. Parteitag den sogenannten

unabhängigen Weg zum Sozialismus proklamiert hat, so ist die Abhängigkeit der SED von der sowjetischen KP nach wie vor als gegeben zu betrachten. Nicht umsonst wurde gerade in den letzten Tagen, vor allem durch das Parteiorgan der KPdSU, die "Prawda", die SED-Führung ganz besonders gelobt, die in ihrer Erklärung am 8. Juli 1956 im "Neuen Deutschland" u.a. wörtlich erklärte: "...dass die kommunistischen Partei der Sowjetunion der Vortrupp der internationalen Arbeiterbewegung auf dem Wege zum Sozialismus und Kommunismus war und ist". Am 16. Juli veröffentlichte die "Prawda" einen grundsätzlichen Artikel, der am 18. Juli vom "Neuen Deutschland" übernommen wurde und der sich in seiner Tendenz scharf gegen die Unabhängigkeitserklärungen bestimmter kommunistischer Parteien wendet. Die "Prawda" spricht in diesem Zusammenhang von "Feinden der Werktätigen", die angeblich ihre Hoffnung auf bestimmte Kräfte innerhalb der kommunistischen Parteien setzen würden und zwar auf jene, die sich für einen "nationalen Kommunismus" aussprechen. In diesem Sinne bezeichnet die "Prawda" diese Unabhängigkeitsbestrebungen als parteifeindlich und lobt besonders die Parteien von Korea, Albanien und der Sowjetzone, die Parteien jener Länder, in denen die Entstalinisierung und die Unabhängigkeitsbestrebungen von Moskau bisher die geringsten Fortschritte gemacht haben. Wie scharf die Ausfälle der "Prawda" sind, ist an der Einschätzung der Entwicklung in Ungarn festzustellen. Sie behauptet, dass die Auseinandersetzungen vor allem im Petöfi-Zirkel in Budapest "unter Einfluss imperialistischer Kreise von aussen" stehen würden. Auch die Erklärungen Walter Ulbrichts auf dem 28. Plenum des ZK der SED, dass der Wirtschaftsplan ausschliesslich mit sowjetischer Hilfe erfüllt werden könne, ist ein weiterer Beweis der Abhängigkeit Pankows von Moskau.

So ist eindeutig ersichtlich, dass trotz verschiedener Lockungen im Zeichen der Entstalinisierung die Sowjetführung die Zügel in Ostberlin nach wie vor in der Hand hält und auch vorläufig nicht gewillt ist, ihren Einfluss in der Zone aufzugeben.

Über das Beispiel der KPdSU für die Arbeitsmethoden der SED

Die Erfahrungen der russischen KP spielen bei der Anwendung der Arbeitsmethoden des ZK die entscheidende Rolle und dürfen keinesfalls übersehen werden. Oft ohne die besondere Situation in Deutschland zu berücksichtigen, werden in kritikloser Anbetung die Methoden der Sowjetpartei im ZK der SED übernommen und es ist lebensgefährlich, etwa diese oder jene Methode für die deutschen Verhältnisse nicht anerkennen zu wollen. In den Fragen der Kritik und Selbstkritik, der Arbeitsplanung, der Parteiorganisation, der Berichterstattung, der Schulung, ja selbst auf dem Gebiete der Technik (Aufstellung von Karteien, Fragebogen usw.), entspringen die Arbeitsmethoden des ZK der SED dem sowjetischen Vorbild und werden kritiklos nachgeahmt. Dies trifft nicht nur für die Vergangenheit, sondern auch für die Gegenwart zu. D.H. nicht nur die revolutionären Erfahrungen der KPdSU der Vergangenheit, etwa z.Zt. der dreissiger Jahre, als sich die SU auf einem ähnlichen Entwicklungsstand befand, auf dem sich heute die SBZ befindet, sondern auch die neuesten "Errungenschaften" der sowjetischen Partei werden automatisch durch das ZK der SED übernommen, obwohl zu ihnen oft weder historisch noch praktische Beziehungen bestehen.

Ein typisches Beispiel hierfür waren z.B. einige besondere Ausbeutungsmethoden. Um die Mitarbeiter gegeneinander auszuspielen und sowohl in den Betrieben wie in der Verwaltung einen sog. Wettbewerbsgeist zu erzielen, wurden häufig in der Sowjetunion

- 56 -

Wandzeitungen dazu benutzt, die Arbeitsleistungen der einzelnen Kollegen an Hand von Tabellen und graphischen Darstellungen mit dem Namen der einzelnen aufzuzeigen. Da in der Sowjetunion in der entsprechenden Periode ein Teil der in Frage kommenden Arbeiter nicht lesen und schreiben konnten und auch sonst sehr primitiv waren, konnte man sich nicht einfach graphischer Darstellungen bedienen, sondern ersetzte diese durch verschiedene Tierarten, deren Lauftempo auch einem primitiven Menschen bekannt war. So kam es vor, dass ein besonders guter Arbeiter in Form eines Hirsches, Rentieres oder Hundes dargestellt wurde, während ein fauler Kollege sich an der Wandzeitung in eine Schnecke oder Schildkröte verwandelte. Durch die götzenhafte Anbetung der sowjetischen Methoden nun wurde auch dieses primitive System durch das ZK, die Verwaltungen und Massenorganisationen übernommen, so dass es vorkam, dass sich plötzlich hochgebildete Techniker und Ingenieure, wissenschaftlich qualifizierte politische Funktionäre an den Wandzeitungen als Ochsen, Pferde, Autos, Flugzeuge (in dieser Richtung hatte man modernisiert) oder auch als Schnecken wiederfanden. Es ist verständlich, dass ein solches System nicht zur Steigerung der Arbeitsfreude beitrug.

Ein anderes treffendes Beispiel auf diesem Gebiet ist die Planung im ZK selbst. So wurden innerhalb von 2 Jahren 5 verschiedene Formen von Arbeitsplänen eingeführt, wieder abgesetzt und durch neue ersetzt, mehrere Male die Anzahl, die Namen und die Gliederungen der Abteilungen im gleichen Zeitraum geändert, die verschiedensten Formen von Berichterstattungsmethoden ausprobiert ohne dass überhaupt Zeit vorhanden war, die einzelnen Methoden auf ihre Erfolge oder Misserfolge hin zu untersuchen. Sie wurden immer dann geändert, wenn ein neuer Funktionäre der ZKK aus der SU eintraf, der eine andere Methode der Planung

und Berichterstattung mitbrachte. Für die einzelnen Mitarbeiter war es unmöglich, daran Kritik zu üben, weil darin eine sowjetfeindliche Haltung gesehen worden wäre.

Auch die Einführung der kollektiven Führung und die Umstellung aller Leitungen auf kollektive Leitungsmethoden ist unter diesem Gesichtspunkt zu betrachten. Abgesehen von der unbestreitbaren Unpopularität Walter Ulbrichts in ganz Deutschland und der Einwirkung der Ereignisse des 17. Juni 1953 sind sie eine unmittelbare Auswirkung der sich anbahnenden Änderungen auf diesem Gebiete in der Sowjetunion, die sich bereits nach Stalins Tod abzuzeichnen begannen. Wenn auch nach aussen hin dadurch die einzelnen Funktionäre im Fall der SED besonders Walter Ulbricht nicht mehr so in den Vordergrund treten, so hat sich zum mindesten in der Zone auf diesem Gebiet im Prinzip fast nichts verändert. Die Arbeitsmethoden sind die gleichen geblieben, alle bisher erwähnten Formen haben ihre Gültigkeit behalten und werden es wahrscheinlich auch in der Zukunft tun. Rein optisch gesehen, ist nach aussen hin die Verantwortlichkeit in der Spitze auf breitere Schultern gelegt worden, nicht zuletzt um die eigentlich treibenden Kräfte vor der Öffentlichkeit verschleiern zu können und so auch bestimmte kritische Stimmen leichter abfangen zu können.

Hier sind die wesentlichsten Arbeitsmethoden des ZK der SED, die alle das eine Ziel verfolgen, die Politik der SED so weit wie möglich in alle Kandle des öffentlichen Lebens hineinzuleiten, die Durchführung der Beschlüsse zu sichern, eine entsprechende Kontrolle auszuüben und die Ergebnisse der Politik schnell, umfassend und gründlich zu analysieren. Die Arbeitsmethoden aber wären unvollständig, würden sie nicht besonderes Gewicht auf die Auswahl, den Einsatz und die laufende Überprüfung der Menschen legen. Das Schicksal eines Beschlusses, ob er erfolgreich durch-

geführt wird oder nicht, hängt nach den Erkenntnissen der Kommunisten einmal von der genauen Formulierung des Beschlusses ab, zum anderen davon, dass er so schnell wie möglich und so breit wie möglich an alle zuständigen Stellen gelangt und dritten davon, dass er dort auf jene Menschen trifft, die die Fähigkeiten und die Bereitschaft mitbringen, den Beschluss auch im Interesse der Parteiführung zu verwirklichen. Deshalb legt die SED-Führung so entscheidenden Wert auf die personal-politische Arbeit oder wie es im kommunistischen Sprachjargon heisst: auf die Arbeit mit den Kadern. Dabei ist dieser Begriff durchaus nicht zufällig, sondern lehnt sich bewusst an den militärischen Begriff "Kader" an, weil in ihm allein schon der Charakter der Parteifunktionäre, die notwendige Disziplin, Opferbereitschaft und der bedingungslose Gehorsam zum Ausdruck kommt.

Dieser Begriff ist auch in der Periode der Entstalinisierung nicht verändert worden. Nach wie vor gelten die gleichen Kader-richtlinien, wird der gleiche Maßstab an die Qualitäten und Charaktereigenschaft der einzelnen Funktionäre gelegt, wird von ihnen die gleiche, bedingungslose Parteiverbundenheit und -disziplin verlangt und geschieht ihr Einsatz und ihre Versetzung mit den gleichen rücksichtslosen und bürokratischen Methoden wie bisher. Die Marx'sche Forderung der Sorge um den Menschen spielt immer noch eine untergeordnete Rolle und muss hinter dem obersten Grundsatz der Stalinisten, "was der Partei dient, ist richtig" zurücktreten.

Deshalb ist an der Auswahl, dem Einsatz und der Beurteilung der Kader, d.h. an der personalpolitischen Arbeit der SED mit am deutlichsten das Weiterbestehen des stalinistischen Apparates sichtbar.

VI. Die Arbeit mit den Kadern

Eine der entscheidendsten Fragen, wenn nicht überhaupt die entscheidendste organisatorische Frage der SED ist das Problem der Arbeit mit den Kadern, d.h. die personalpolitische Auswahl, der Einsatz und die Kontrolle der SED-Funktionäre. Entsprechend der leninischen These, dass die Durchführung der Beschlüsse von der Auswahl und der Erziehung der Menschen abhängt, wird der personalpolitischen Arbeit der SED von seiten der führenden Organe entscheidendste Bedeutung beigemessen. Andererseits gibt es kein Problem der Arbeitsmethoden, aus dem deutlicher und umfassender die autoritäre und diktatorische Grundhaltung der SED-Führung hervorgeht wie aus ihrer personalpolitischen Arbeit. Durch die Anwednung der verschiedensten Methoden auf diesem Gebiete wird deutlicher denn je, dass auch die letzte Phase der innerparteilichen Demokratie anabsurdum geführt wird.

Die Beherrschung des gewaltigen Partei- und Staatsapparates sowie der gesellschaftlichen Organisationen auf politischem und kulturellem Gebiet setzt zwangsläufig voraus, dass die Auswahl, der Einsatz und die Kontrolle der Funktionäre im Rahmen des ZK der SED zentralisiert wird. Nur durch diese zentrale personalpolitische Lenkung wird letzten Endes die einheitliche Führung von Partei, Staatsapparat und Massenorganisationen gewährleistet.

Bis zum Jahre 1952 bediente sich das ZK zu diesem Zweck einer grossen sog. Kaderabteilung, in der die Spitzen des ZK, der Regierung, der Massenorganisationen usw. auf Grund der Unterlagen zusammengefasst wurden, ihre personellen Überprüfungen stattfanden die entsprechenden Einsatzvorschläge dem Sekretariat und Politbüro zur Beschlussfassung unterbreitet und auch Untersuchungen zur Masseregulung von Funktionären geführt wurden. Vom Jahre 1953 an wurde diese grosse Kaderabteilung reorganisiert und dezen-

tralisiert. Die Abteilung wurde aufgelöst, nach sowjetischem Vorbild wurden allen wesentlichen Abteilungen des ZK Sektoren für Kaderarbeit zugeteilt, die auf ihrem Arbeitsgebiet den Einsatz und die Kontrolle der entsprechenden Funktionäre bearbeiteten.

Die zentrale Kaderregistratur

Übrig

blieb lediglich eine zentrale Kaderregistratur, in der alle in das Bereich des ZK fallenden Funktionäre aktenmässig erfasst waren und die sich im Jahre 1953 darum bemühte, die einzelnen Personalunterlagen der entsprechenden Funktionäre, die auf Grund früherer Funktionen auf anderer Ebene lagerten, in der zentralen Kaderregistratur des ZK zu konzentrieren.

Massgebend für die zentrale Kaderregistratur wie überhaupt für die Methodik der personalpolitischen Arbeit des ZK war die vom Sekretariat des ZK beschlossene "Nomenklatur leitender Kader" der SED. Das Wort Nomenklatur bedeutet eine Verteilung des Zuständigkeitsbereiches der einzelnen Gliederungen der SED (z.B. ZK, Bezirksleitung) für die verschiedenen Funktionen. Dementsprechend gibt es eine Kadernomenklatur des ZK, der Bezirksleitungen, der SED, der Kreisleitungen und der Grundeinheiten. Am Rande erwähnt sei noch die Nomenklatur des ZK, in der eine Anzahl westdeutscher KP-Funktionäre erfasst ist, sowie die Nomenklatur des Parteivorstandes der KPD, der Landes- und Kreisorganisationen der KPD.

Die Nomenklatur des ZK umfasst alle Mitglieder des ZK, alle Mitarbeiter des ZK, die Mitglieder der Bezirksleitungen sowie deren Mitarbeiter bis zum Abteilungsleiter, die Mitglieder der Regierung der DDR, die Staatssekretäre mit selbständigem bzw. eingegliedertem Geschäftsbereich, die zentralen Sekretariate aller Massenorganisationen, die Organisatoren des ZK der SED, eine

bedeutende Anzahl leitender Wissenschaftler, Dekane und Hochschulprofessoren, die Leiter und leitenden Mitarbeiter einer Anzahl zentraler Verwaltungen (Staatliches Komitee für Sport und Körperkultur, Staatliches Institut für Volkskunst, Schriftstellerverband usw.) eine Anzahl leitender Ingenieure und Techniker der grössten Betriebe, alle Kreissekretäre der SED, die Betriebsleiter der grössten volkseigenen Schwerpunktbetriebe, sämtliche Generale, Stäbe und Kommandeure der bewaffneten Streitkräfte und der VP, die leitenden Kräfte auf kulturellem Sektor, wie Intendanten der Theater der Zone, Schriftsteller, Bildhauer usw., soweit sie der SED angehören, die Schulleiter und Lehrer sämtlicher Parteischulen, begonnen bei der Parteihochschule, sämtliche Politleiter der MTS sowie die Leiter der grössten LPG's, eine bedeutende Anzahl von Bürgermeistern, zum mindesten aller grossen Städte, (Leipzig, Magdeburg, Halle, Weimar, Erfurt usw.) alle Indentanten des Rundfunks, alle Chefredakteure der offiziellen und inoffiziellen SED-Publikationen, alle bedeutenden Parteijuristen, Ärzte und andere Wissenschaftler, alle Botschafter und wesentlichen Mitarbeiter im Auswärtigen Dienst, die leitenden Mitglieder der Politabteilungen der Deutschen Reichsbahn, des Post- und Fernmeldewesens, soweit sie nicht schon unter die bereits erwähnten Regierungsvertreter fallen, die Leiter sämtlicher Lehrinstitute, wie Institut für Zeitgeschichte, Publizistik usw., alle Leiter von Museen, wissenschaftlichen und meteorologischen Instituten usw. So konzentrieren sich in der zentralen Kaderregistratur der SED sämtliche leitenden Kräfte der Zone auf politischem, kulturellem, wirtschaftlichem und allgemein gesellschaftlichem Gebiet.

Zusammengefasst kann man sagen, dass es keine bedeutende Organisation, Vereinigung, kein Institut und keine Verwaltung in der Zone gibt, deren leitende Personen soweit sie der SED angehören,

nicht in der zentralen Kaderregistratur erfasst sind. Daneben gibt es noch, allein dem 1. Sekretär des ZK zugänglich, eine Kadernomenklatur aller jener leitender Funktionäre der erwähnten Gebiete, die nicht Mitglied der SED, sondern parteilos sind bzw. den sog. bürgerlichen Parteien der Zone angehören. Ergänzend wäre noch zu erwähnen, dass selbstverständlich alle Nationalpreisträger, Helden der Arbeit, verdiente Lehrer und Ärzte des Volkes, soweit sie nicht bereits unter die erwähnten Kategorien fallen, kurzum alle mit bedeutenden Auszeichnungen bedachten Menschen, ebenfalls in der erwähnten zentralen Kadernomenklatur auf der Grundlage von Personalunterlagen erfasst sind.

Die Entwicklungskartei der Kadersektoren der Abteilungen des ZK

In der zentralen Kaderregistratur lagern alle Personalakten über den erwähnten Personenkreis. Daneben besitzen die Kadersektoren der einzelnen Abteilungen Karteien, und Listen aller jener Funktionäre dieser Nomenklatur, die in ihr Arbeitsbereich fallen. Ihre Aufgabe besteht darin, ständig die Kontrolle darüber auszuüben, ob jene in ihren Aufgabenkreis fallenden Funktionen besetzt sind, ob die dort arbeitenden Kräfte ihrer Aufgabe genügen und ob entsprechend der Perspektivpläne ein genügender Nachwuchs vorhanden ist. Um letzteres zu erfüllen, gibt es besondere Nachwuchskarteien (Entwicklungskarteien), die in ihrer Vollendung das Ziel verfolgen, für jede besetzte Stelle auf dem entsprechenden Gebiet mehrere Nachwuchskräfte zu haben, deren Qualifizierung und Entwicklung laufend kontrolliert und vervollkommen werden sollen. Mit diesen Entwicklungskarteien ist, wie der Name schon sagt, beabsichtigt, die politische und fachliche Entwicklung eines jeden unter die Nomenklatur des ZK fallenden Funktionärs festzuhalten und laufend zu ergänzen. In dieser Entwicklungs-

kartei werden sämtliche von dem einzelnen Funktionär besuchten Schulen und Lehrgänge, seine gesamte fachliche und politische Grundausbildung, sämtliche Funktionen, die er ausgeführt hat und ausführt sowie bestimmte Perspektivvorschläge, d.h. Bignungsvorschläge für die weitere Entwicklung und Qualifizierung des entsprechenden Funktionärs festgehalten. Diese Entwicklungskartei ist heute in den Händen der Kadersektoren der einzelnen Abteilungen, nachdem es sich herausgestellt hat, dass es für eine zentrale Stelle unmöglich ist, eine solche Entwicklungskartei rein technisch führen zu können. Wird nun ein entsprechender Funktionär für eine Funktion gebraucht und es ist kein natürliches Wachstum möglich, (natürliches Wachstum heisst, dass bei einem Funktionswechsel stets der nächste Untergebene nach Überprüfung aufrückt), so wählt der entsprechende Funktionär des Kadersektors der jeweiligen Abteilung aufgrund der Entwicklungskartei jene Kräfte aus, die entsprechend der dort festgehaltenen Fakten für die zu besetzende Funktion am meisten geeignet erscheint. Mit ihnen führt er persönliche Aussprachen herbei, untersucht noch die bisherigen Arbeitsleistungen, überprüft gründlich die vorliegenden Personalakten und sucht aus dem infrage kommenden Kreis mit diesen Methoden den geeigneten Vorschlag aus.

Die Kadervorlage

Auf Grund der Unterlagen erstellt dann der Funktionär eine Vorlage. Diese Vorlage beinhaltet zusammengefasst in ihrem ersten Teil alle wesentlichen Personalangaben, wie Name, Alter, Herkunft, Beruf und Berufsausbildung, Familienstand, Herkunft der Familie, fachliche und politische Ausbildung, Mitgliedschaft in politischen Organisationen und Parteien, Auslandsaufenthalte, Gefangenschaft usw. Im zweiten Teil der Vorlage wird eine Charakteristik des

Funktionärs, vor allem aufgrund seiner bisherigen Tätigkeit gegeben und der dritte Teil der Vorlage stellt den Einsatzvorschlag, der zu beschliessen ist, dar. Dieser Vorschlag wird an die Abteilung Kaderregistratur gegeben, die nun ihrerseits noch einmal gründlich alles durchprüft und dann von sich aus die Vorlage an die entsprechende Leitung d.h. entweder das Sekretariat oder das Politbüro gibt. Ist die Abteilung Kaderregistratur mit einem Vorschlag einer Abteilung nicht einverstanden, d.h. nimmt die Abteilung Kaderregistratur einen anderen Standpunkt als die entsprechende Abteilung ein, so gelangt die Vorlage nicht ans Politbüro oder Sekretariat des ZK, da in letzter Instanz dem Politbüro und Sekretariat gegenüber die Abteilung Kaderregistratur die volle Verantwortung für einen gemachten Vorschlag trägt. In eine Kadervorlage so weit gediehen, wird sie den Mitgliedern des Sekretariats oder dem Politbüro zur Behandlung für die nächste Sitzung zugeleitet. Der Leiter des Politbüros oder Sekretariats, in jedem Falle der 1. Sekretär bekommt noch neben der entsprechenden Vorlage die gesamte Personalakte des jeweiligen Funktionärs ausgehändigt, damit er sich über die zusammengefassten Angaben in der Vorlage hinaus noch selbständig über alle Einzelheiten, die in der Personalakte enthalten sind, informieren kann. Die Entscheidung darüber, ob eine Vorlage ins Politbüros oder ins Sekretariat kommt, richtet sich danach, für welche Funktionen der entsprechende Funktionär vorgesehen ist. Auch hier gibt es wiederum eine Unterteilung der Nomenklatur. Die Leiter der Massenorganisationen, alle Minister, Staatssekretäre, die Leiter der Bezirksorganisationen der Partei, die Abteilungsleiter und die Sekretäre des ZK, alle Generäle, kurzum alle, die einer Organisation, Verwaltung oder einem Institut als Leiter vorstehen, fallen unter die Nomenklatur des Politbüros und ihr Einsatz bzw. weitere Verwendung wird vom Politbüros beschlossen. Die übrigen erwähnten Kader der Nomen-

klatur des ZK unterliegen dann dem Sekretariat zur Beschlussfassung.

Das Verhältnis des ZK zu den Bezirksleitungen

Wenn man die Prinzipien der Nomenklatur des ZK behandelt, muss erwähnt werden, dass es auf diesem Gebiet zwischen dem ZK und den Bezirksorganisationen bestimmte Überschneidungen gibt. Diese resultieren daraus, dass prinzipiell der Grundsatz Anwendung findet, dass alle in einem Bezirk vorhandenen Kader der entsprechenden Bezirksleitung der SED, d.h. ihrer Nomenklatur unterliegen. Dazu kommt noch, dass die ausserhalb Berlins in der Nomenklatur des ZK erfassten Menschen im ZK nur registriert, ihr Einsatz beschlossen und ihre Tätigkeit überprüft wird. Im Rahmen ihrer Tätigkeit aber unterliegen diese der Anleitung der jeweiligen Bezirksleitungen, da es rein organisatorisch unmöglich ist vom ZK aus einen derartig grossen Funktionärskörper anzuleiten. Auf Grund dieser Gegebenheiten entstehen viele Kompetenzstreitigkeiten, Reibereien und Missverständnisse, da es sehr häufig vorkommt, dass aufgrund der erwähnten Nomenklatur des ZK Funktionäre aus den Bezirken abberufen werden, obwohl die Bezirksleitungen ganz andere Pläne mit dem entsprechenden Funktionär hatten, häufig auch eine andere Einschätzung von ihm besitzen, da sie täglich mit ihm arbeiten, während er im ZK nur durch einen toten Aktendeckel repräsentiert wird.

Am Prinzip der strengen Kaderführung und der unbedingten Einhaltung der Nomenklatur des ZK ist wiederum deutlich zu erkennen, dass die albrichtsche Führung nicht im geringsten an die Aufgabe ihrer Machtbefugnisse durch eine Dezentralisierung oder Demokratisierung des Parteiapparates denkt. Was nützt das ganze Gerede von der

- 66 -

"Verstärkung der innerparteilichen Demokratie", wenn das Politbüro, Bezirkssekretäre, die 1. Sekretäre der Kreisorganisationen die 1. Sekretäre der grössten Betriebsgruppen der SED, Bezirksratsvorsitzende und viele andere leitende Funktionäre aus den Bezirken abberufen, versetzen, und verschicken kann, ohne das Zentralkomitee, die Parteimitgliedschaft, geschweige denn die Bevölkerung zu befragen? Nach aussen hin wird von Demokratisierung gesprochen, in der Praxis aber hat sich die Struktur des Machtapparates der SED nicht verändert.

Überprüfung der Kader und Säuberungen.

Die zentrale Kaderregistratur aber hat nicht nur registrierende Aufgaben. In ihr gibt es einen speziellen Sektor, der sich mit allen vom SED-Standpunkt aus unklaren Fragen der einzelnen Funktionäre, die unter die Nomenklatur des ZK fallen, beschäftigt. Solche sog. unklaren Fragen bestehen u.a. in der Tätigkeit einzelner Kader, während der Hitlerzeit, in der Emigration, durch Vergleiche in den Angaben ihrer verschiedenen Fragebogen usw. Dieser Sektor der Abteilung Kaderregistratur arbeitet aufs engste mit dem Staatssicherheitsdienst zusammen, besitzt eine direkte Verbindung zur ZPKK und kommentiert alle personalpolitischen Vorlagen, bevor sie ins Sekretariat oder ins Politbüro zur Beschlussfassung gehen.

Kaderpolitische Richtlinien

Eine andere wichtige Methode der personalpolitischen Arbeit sind bestimmte prinzipielle Beschlüsse des Politbüros über kaderpolitische Richtlinien. Je nach den verschiedenen Massnahmen der sowjetischen Partei werden die kaderpolitischen Richtlinien des ZK der SED geändert. Als z.B. 1948 aufgrund der Resolution der

Kominform über Tito und die jugoslawische Partei der Bann e gesprochen wurde, wurden bestimmte Kaderpolitische Richtlinien durch das Politbüro erlassen, die eine gründliche Überprüfung aller Parteifunktionäre, die der Nomenklatur des ZK unterstanden, zur Folge hatte. Alle Funktionäre der SED, die der Nomenklatur des ZK unterstanden, die jemals in Jugoslawien gewesen waren, die während des 3. Reiches sich in westlicher Emigration befanden oder gar auf westlicher Seite gegen das 3. Reich kämpften, wurden herausortiert und in den meisten Fällen von einflussreichen Funktionen entfernt. Nachdem in den sog. Volksdemokratien die Prozesse gegen Rajk, Kostoff usw. ihren Abschluss gefunden hatten, kamen zu den bereits aufgezählten Merkmalen noch andere, wie z.B. die Frage der westlichen Kriegsgefangenschaft, das Verhältnis zur amerikanischen Demokraten usw. So gab es, um ein konkretes Beispiel zu nennen, nach den erwähnten Prozessen einen Beschluss des Politbüros der SED, dass alle Funktionäre, die länger als 1/2 Jahr in amerikanischer, englischer oder französischer Kriegsgefangenschaft waren, von ihren leitenden Funktionen zu entfernen sind. Auch die Rehabilitierungen einiger leitender SED-Funktionäre, wie Ackermann, Dahlem, Jendretzki und Elli Schmidt, ändern nichts wesentliches an den grundsätzlichen Kaderrichtlinien des ZK. Sie wurden weder in ihre alten Funktionen gesetzt, noch wurden jene rehabilitiert, die wie Paul Merker, Leo Bauer, Kreykemeier, Lex Ende und besonders viele westdeutsche kommunistische Führer, in den Jahren 1949 bis 1952 in Ungnade fielen. Zwar wurden eine Anzahl von Funktionären, die aufgrund ihrer westlichen Gefangenschaft gemässregelt worden waren, wieder in höhere Funktionen eingesetzt und damit das Prinzip der Entfernung aller Funktionäre, die länger als ein halbes Jahr in westlicher Gefangenschaft waren, gelockert. Aufgehoben aber wurde es nicht und alle diese Funktionäre befinden sich noch in Funktionen, die weit unter ihren

früheren liegen. Von Funktionen in der Justiz, Polizei und Armee und führenden Parteistellen sind sie nach wie vor ausgeschlossen.

Im Prinzip beinhalten die kaderpolitischen Richtlinien des ZK die genaue politische, soziale und geschlechtliche Zusammensetzung aller Leitungen der SED, der leitenden Massenorgane, der Regierungsorgane, der Verwaltungen und aller übrigen Institutionen. Es ist in ihnen genau festgelegt, dass die Mehrheit der Mitglieder solcher Leitungen sozial aus dem Arbeiterstand zu kommen haben, welchen Altergruppen die einzelnen Mitglieder angehören sollen, wieviel Frauen und Männer in den einzelnen Leitungen zu sein haben, wieviel alte Parteimitglieder und wieviel junge Kräfte zur Leitung gehören sollen und wie hoch der Anteil von Intellektuellen an den Leitungen sein darf. Dabei ist das Grundprinzip so, dass die Mehrheit der Leitungsmitglieder aus der Arbeiterklasse stammen muss, der zweitgrösste Anteil sich aus ehemaligen Kleinbauern und Landarbeitern zusammensetzen hat. Bürgerliche Elemente werden in den Leitungen nur notgedrungen geduldet und sollten nach Möglichkeit nie mehr als 1 - 2 % betragen. Ähnlich verhält es sich mit Intellektuellen, Wissenschaftlern und Kulturschaffenden. Diese Darstellung wäre unvollkommen, würde nicht darauf hingewiesen werden, dass diese Grundregel natürlich individuell angewandt wird. Es ist klar, dass z.B. in einer Leitung für ein Hochschulorgan der Partei oder für ein wissenschaftliches Institut der Anteil der Intellektuellen natürlich wesentlich grösser ist als z.B. der Anteil dieser sozialen Gruppen bei der Leitung eines Betriebes. Trotzdem wird auch in dem Falle solcher Hochschulgruppen angestrebt, dass die Mehrheit der Leitungsmitglieder aus ehemaligen Arbeitern und Bauernsöhnen bestehen, die sich erst auch im letzten Jahrzehnt für eine akademische Laufbahn entschieden haben. Obwohl nach aussen hin das Prin-

zip der Leistung in den Vordergrund geschoben wird, ist es ver-
 ständlich, dass durch solche, in der Mehrheit dogmatisch ange-
 wandte Richtlinien in den meisten Fällen die Herkunft, aber nicht
 die Leistung entscheidet, so dass Angehörige bürgerlicher Gesell-
 schaftsschichten wenig Chancen haben, sich weiter zu entwickeln.
 Bei der geschlechtlichen Zusammensetzung der Leitungen streben die
 Richtlinien an, die eine 50-%-ige Besetzung der Leitung mit weib-
 lichen Funktionären erreichen soll, um die Gleichberechtigung
 der Frauen zu dokumentieren. Da die politische Entwicklung der
 Frauen in der SED und ihren Organen stark zurückgeblieben ist,
 ergibt sich oft der Zustand, dass fachlich und politisch un-
 fähige weibliche Funktionäre in die Leitungen berufen werden,
 nur um nach aussen hin die Richtlinien ordnungsgemäss durchzuf-
 ühren. Bei der altersmässigen Zusammensetzung wird angestrebt
 mindestens 10 - 20 % Jugendliche in die Leitungen zu delegieren,
 damit das Nachwuchsproblem gesichert ist. Aufmerksam wird der An-
 teil der ehemaligen Kommunisten an den Leitungen beachtet. Man
 vermeidet in jedem Falle, dass bei Zusammensetzungen von Leitun-
 gen ehemalige Mitglieder der SPD das Übergewicht erhalten. Wenn
 dies auch in den Kaderrichtlinien nicht vermerkt ist, so gilt
 in der Praxis doch das Prinzip, dass in keiner Leitung mehr als
 1 bis 2 ehemaligen Sozialdemokraten vorhanden sein dürfen. Ehma-
 lige westliche Emigranten, Funktionäre, die längere Zeit in west-
 licher Kriegsgefangenschaft waren, sind im Jahre 1953 fast völlig
 aus den Leitungen der SED und der Massenorganisationen verschwun-
 den. In den Jahren 1954 und 1955 hat man allerdings begonnen,
 aus taktischen Gründen und aufgrund von einem akuten Funktionär-
 mangel diese Beschlüsse etwas zu lockern. In Prinzip aber hat
 man sie nicht aufzuheben. Ein anderer Grundsatz der Richtlinien
 verlangt, dass in allen Leitungen sog. Aktivisten, Neuerer, Helden der
 Arbeit vorhanden sein müssen. Damit soll den arbeit- und arbei-

tenden Menschen ein Vorbild gegeben zum anderen aber erreicht worden, dass durch diese Differenzierung erneut Unfrieden und Spaltung in die Reihen der Werktätigen getragen wird. Obwohl nach aussen hin bereits im Jahr 1950, jegliche Diffamierung ehemaliger Mitglieder und Funktionäre der NSDAP, ihrer Gliederungen und der Wehrmachtsteile des 3. Reiches verkündet wurde, ist die Fernhaltung dieser Kreise aus den Leitungen der SED und ihrer Massenorganisationen nach wie vor ein Grundsatz der Kader Richtlinien. Eine Ausnahme machen alle jene Angehörigen der genannten Gruppen, die während ihrer Kriegsgefangenschaft in der UdSSR einen halbjährigen Kursus einer Antifa-Schule mit Erfolg bestanden haben. Sie werden ohne Rücksicht auf ihre z.T. sehr hohen Funktionen im 3. Reich an massgeblichen Stellen im Staatsapparat und besonders in den bewaffneten Streitkräften eingesetzt. Trotzdem traut man auch ihnen nicht völlig. So ist es ein ungeschriebenes Gesetz, dass neben solchen Funktionären immer genügend alte Kommunisten in den Leitungen vorhanden sein müssen, die eine Möglichkeit haben, diese umgeschulten Kräfte zu überwachen. Eine besonders scharfe Auswahl sehen die Kader Richtlinien für den unmittelbaren Parteiapparat, den Staatssicherheitsdienst, die leitenden Kader der Streitkräfte, den Justizapparat und für die FDJ vor. Bei letzterer, die als unmittelbare Reserve der SED gilt, wurden die Kader Richtlinien im Jahre 1953 noch wesentlich verschärft. In diesen sog. Institutionen ist es mehr oder weniger das Ziel, ehemalige bürocratische Kräfte völlig auszuschalten, Mitgliedern der ehem. SPD sowie Angehörigen der ehemaligen NSDAP und ihren Gliederungen, den Zutritt zu diesen Organen völlig zu verschließen. Auch ehem. westliche Emigranten und Kriegsgefangene haben zu diesen Institutionen keinen Zutritt mehr, es sei denn, dass sie sich nur kurze Zeit in den Auffanglagern, z.B. in Bad Kreuznach, befunden haben. Besonders strenge Massnahmen sehen die Richtlinien

auch für ehem. Kommunisten vor, bei denen es kaderpolitische Unklarheiten in ihrer Vergangenheit, besonders in den Jahren von 1933 bis 1945 gibt. Ehemalige KPD-Mitglieder, die unter dem Druck der Verhältnisse bei der Gestapo oder in Prozessen ausgesagt haben, bzw. die durch Gnadengesuche und andere Massnahmen versucht haben, sich im 3. Reich von ihrer ehemaligen politischen Tätigkeit zu distanzieren, werden strenger behandelt als ehemalige NSDAP-Mitglieder. Sie haben fast ausnahmslos keinen Zutritt zu leitenden Organen der SED. Ähnlich verhält es sich mit Angehörigen bestimmter oppositioneller Gruppen der KPD der Weimarer Republik. Angehörigen der ehemaligen KPO, des Leninbundes, ganz zu schweigen von Trotzkisten, Brandleristen usw. Während einige von ihnen nach 1945 zur Mitarbeit herangezogen wurden, hat man sie seit dem Jahre 1951 immer mehr aus den Leitungen entfernt, so dass sie heute fast in keiner Leitung mitarbeiten können. Eine solche Vergangenheit eines Kommunisten wird mit mehr Misstrauen beobachtet, als eine frühere Mitgliedschaft in der NSDAP.

Trotz der bereits erwähnten Rehabilitierungen sind die oppositionellen kommunistischen Gruppierungen immer noch von jeder Mitarbeit ausgeschlossen. Bisher wurde weder in der Sowjetunion und schon gar nicht in der Zone ehemalige Trotzkisten, Anhänger des Brandlerismus oder anderer oppositioneller Strömungen rehabilitiert. Die Rehabilitierungen erstrecken sich noch nicht einmal auf die Mitglieder der neueren Oppositionsgruppen, deren Repräsentanten u.a. Zaisser und Herrnsdorf waren. Auch bei der Rehabilitierung von Dahlem und anderen handelt es sich um echte Stalinisten, die allein aus taktischen Erwägungen her mit der Ulbricht-Gruppe in Konflikt kamen niemals aber prinzipiellen ~~politischen~~ politischen Gruppierungen angehört haben.

Neben diesen politischen Prinzipien gibt es natürlich noch eine

Vielzahl anderer Tendenzen der Kaderpolitik der SED, die hier

alle aufzuführen zu umfangreich wären. Besonders hervorstechend ist das Prinzip der bedingungslosen Vertrauen, und der rückhaltlosen Liebe zur Sowjetunion und ihren leitenden Funktionären. Dieses Verhältnis zur UdSSR, das völlig kritiklos und bedingungslos zu sein hat, ist eines der entscheidendsten Kräfte beim Einsatz eines Funktionärs. Es ist z.B. nicht selten vorgekommen, dass ausserordentlich fähige Funktionäre, die in jeder Hinsicht nach den kommunistischen Prinzipien fragebogenmässig einwandfrei waren, die auf kommunistischen Parteischulen in der Sowjetunion hervorragende Leistungen aufwiesen, nur deshalb nicht eingesetzt, ja sogar gemässregelt wurden, weil sie aus familiären Gründen (die Frau bekam ein Kind u.dgl.m.) die Teilnahme an einer Reise nach der Sowjetunion ablehnten bzw. darum baten, sie erst bei der nächsten Delegation zu berücksichtigen.

Neben diesen feststehenden Prinzipien sehen die Kader Richtlinien der SED bei der Beurteilung und im weiteren Einsatz der Funktionäre natürlich eine umfassende politische, charakterliche, moralische und fachliche Beurteilung vor. Darunter fallen u.a.: die Beschluss-treue gegenüber den Beschlüssen der Partei, das Verhältnis der einzelnen zur Kollektivität, die bedingungslose Anerkennung der Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit, das systematische und erfolgreiche marxistische Studium des einzelnen, ihr Verhältnis zur Kritik und Selbstkritik, ihre Verbindung zu den Massen, ihr Arbeits-enthusiasmus, ihre agitatorischen und propagandistischen, organisatorischen und kulturellen Fähigkeiten, ihre fachliche Perspektive und Qualifizierung, ihr gesamtes moralisches Verhalten, worunter nicht zuletzt ihre privaten, familiären Verhältnisse verstanden werden.

Nach diesen hier dargelegten Richtlinien werden die Funktionäre der einzelnen Leitungen und Apparate ausgewählt, von den entsprechenden Kadersektoren und Kaderregistraturen überprüft, von den Sekretariaten der einzelnen Leitungen beschlossen. Nachdem dies erfolgt ist, werden die so ausgewählten Funktionäre erst den verschiedensten Delegiertenkonferenzen oder Parteitage zur Abstimmung als Kandidaten vorgelegt. Auf anderem Wege ist es unmöglich, Vorschläge für die Wahl von Leitungsmitgliedern zu machen. Daraus ist zu ersehen, dass alle demokratischen Methoden bei den Leitungswahlen rein formaler Natur sind, da in Wirklichkeit schon im engsten Kreise das Urteil über die Zusammensetzung der Leitungen vorher gefallen ist.

Die Rolle der ZPKK

Eine wichtige Aufgabe bei der Kaderpolitik der SED spielt die ZPKK und die ihr untergeordneten Organe. Im Statut der SED vom 4. Parteitag werden die Aufgaben der ZPKK folgendermassen umrissen:

"Sie schützt die Einheit ~~der~~ und die Reinheit der Partei und trägt zur Entlarvung und Vernichtung feindlicher Agenturen in der Partei bei, kämpft gegen alle fraktionelle Tätigkeit und entfernt Verräter aus den Reihen der Partei. Sie kontrolliert die Einhaltung der Parteidisziplin durch die Mitglieder und Kandidaten der Partei, zieht diejenigen zur Verantwortung, die sich der Verletzung der Beschlüsse, des Statuts der Partei, der Partei- und Staatsdisziplin oder der Parteimoral (Täuschung der Partei, Unehrlichkeit und Unaufrichtigkeit gegenüber der Partei, Verleumdung, Bürokratismus, Haltlosigkeit im Lebenswandel usw) schuldig gemacht haben...

Sie kontrolliert die Tätigkeit der Bezirks- und Kreispartei kontrollkommissionen". (Statut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, in "Neues Deutschland" Nr. 84 vom 9.4.1954.)

Aufgrund dieser eindeutigen Aufgabenstellung fällt der ZPKK und ihren untergeordneten Organen eine ausserordentliche Machtbefugnis zu. Die Mitglieder dieser Kommission entscheiden über Sein oder Nichtsein einer Vielzahl von Menschen, dies besonders deshalb, weil sie ja nicht nur einen mit den Parteigesetzen in Konflikt geratenen Funktionär aus der Partei austossen lassen, sondern weil ein derartiger Beschluss in allen Fällen wirtschaftliche Folgen nach sich zieht und das Leben die Freiheit des Einzelnen ja nach den Umständen gefährdet. Ein Ingenieur eines Betriebes, der sich gegen Parteibeschlüsse als SED-Mitglied vergangen hat, wird nicht nur aus der SED ausgestossen, sondern verliert automatisch seine Funktion und hat nur noch die Chance, als ungelernter Arbeiter tätig zu sein, wenn er nicht sogar lange Jahre hin Huchthausmauern wandert. Daraus ergibt sich eine enge Zusammenarbeit mit der ZPKK und ihrer untergeordneten Dienststellen mit den Staatssicherheitsdienst und den sowjetischen Stellen. Keine bedeutende Untersuchung der ZPKK wird isoliert von diesen Institutionen geführt. Alle Untersuchungsergebnisse und Entscheidungen werden diesen Organen mitgeteilt, die dann ihrerseits auf Anweisung der ZPKK entsprechende Massnahmen einleiten, um den einzelnen Menschen ihre Freiheit oder sogar ihr Leben zu nehmen. Mehr noch, die ZPKK und ihre untergliederten Stellen bedienen sich des Staatssicherheitsdienstes bei der Durchführung ihrer Untersuchungen. Viele routinemässigen Beobachtungen, Bespitzelungen, das Einholen von Auskünften usw. erfolgt nicht durch die ZPKK, die BPKK's usw., sondern durch die jeweiligen Organe des SSD, die einen viel grösseren Ermittlungsapparat hierzu zur Verfügung haben. Weiterhin besteht eine ständige Verbindung zwischen den ZPKK's und den jeweiligen Kaderregistraturen. Die Kontrollkommission^{en} haben das Recht, jederzeit in die Personalunterlagen, die bei den Registraturen liegen, einzusehen und umgekehrt werden die Ent-

scheidungen der Kontrollkommissionen den Personalakten beigelegt, sodass sie einen Funktionär bis an sein Lebensende begleiten.

Die Kontrollkommissionen arbeiten im wesentlichen nach Abschluss ihrer Ermittlungen auf der Grundlage von Verhören und Vorladungen, bei denen Vernehmungsprotokolle angefertigt werden. Es ist nicht etwa so, dass die ZPKK einen Funktionär zu sich lädt, gegen den eine Anzeige vorliegt, um mit ihm die Fragen offen durchzusprechen. Im Gegenteil, nach Eingang einer solchen Anzeige werden erst unter Einsatz aller Mittel umfangreiche Untersuchungen angestellt, der entsprechende Funktionär wird lange Zeit gründlich beobachtet und erst wenn ein umfangreiches Material gegen ihn vorliegt, pakokt die ZPKK zu, indem sie ihn vorlädt und ihn mit dem Resultat ihrer Untersuchungen bekannt macht. Dann hat der entsprechende Funktionär weder die Möglichkeit, sich gründlich auf seine Verteidigung vorzubereiten, noch etwa irgendwelche Hilfsmittel zu seiner Rehabilitation zur Verfügung. Durch diese Tatsache ist bewiesen, dass die Parteikontrollkommissionen nicht wie von seiten der SED behauptet wird, eine vorbeugende und erziehende Funktion besitzen, sondern ihr Charakter ausschliesslich der Parteiküberung, der Vernichtung oppositioneller Kräfte dienen.

Die Machtbefugnisse der PKK's beschränken sich aber keinesfalls nur auf den Parteiapparat der SED. Die PKK's haben auch nicht nur das Recht, alle Parteimitglieder zu kontrollieren, die in anderen Institutionen, wie z.B. den Massenorganisationen oder im Staatsapparat arbeiten. Die Tätigkeit der Kontrollkommissionen erstreckt sich auch nicht nur auf die Vergehen einzelner Funktionäre. Die Arbeit der PKK's umfasst vielmehr die Tätigkeit des gesamten öffentlichen Lebens der SBZ einschliesslich der bürgerlichen Parteien. D.h. wenn z.B. im Ministerium für Versorgung Mängel auftreten, die sich in der mangelhaften Versorgung der Bevölkerung zeigen, so ist die PKK berechtigt, sämtliche 1. Instanzen Funktionäre

diesem Ministeriums einer Untersuchung zu unterziehen und entsprechende Massnahmen vorzuschlagen. Um nun nach aussen hin die Unabhängigkeit der bürgerlichen Parteien nicht noch offener zu diskreditieren, bedient sich die ZPKK, wenn es sich um Angehörige der bürgerlichen Parteien handelt, der staatlichen Kontrollorgane, die in ihrer Spitze durch SED-Funktionäre besetzt sind und deshalb der Weisungspflicht durch die ZPKK unterliegen, wenn sie nicht selbst in die Mühlräder der ZPKK kommen wollen. So besitzt die ZPKK und alle ihr untergliederten Organe eine Schlüsselposition bei der Überwachung aller Mitarbeiter des öffentlichen Lebens der Zone.

Auch heute ist die Machtposition der ZPKK uneingeschränkt, Trotz Entstalinisierung wurden nicht einmal personelle Veränderungen in der Führung der ZPKK vorgenommen. So ergibt sich der kuriose Zustand, dass dieselben Stalinisten, wie Matern, Peffke us.w. die am Auftrage der stalinistischen SED-Führung in vielen Willkürkaten Tausende von Funktionären maßregelten, ohne ihre Freiheit und zum Teil ihr Leben nahmen, heute mit der Entstalinisierung und den sog. Rehabilitierungen beauftragt wurden. Derselbe Hermann Matern, der für alle Ungesetzlichkeiten im Auftrag Ulbrichts verantwortlich zeichnete, ist heute wiederum für die Grenzen der Rehabilitierungen der SED verantwortlich. Dass auf diese Art kein grundsätzlicher Wandlungsprozess eingeleitet werden kann, liegt auf der Hand.

Kaderpolitik auf Internatsschulen und Akademien

Es gehört nicht in den Rahmen dieses Materials, die gesamten Methoden der Arbeit an Internatsschulen, Akademien und Universitäten aufzuzeigen. Obwohl es sich bei diesen Instituten nach der offiziellen kommunistischen Terminologie um sog. "Kader~~schulen~~ schmieden"

handelt, kann hier nur die Auswahl, Überprüfung und den Einsatz der Schüler sowie ihre Kontrolle während ihrer Tätigkeit nach dem Schulbesuch behandelt werden.

Die Auswahl und Überprüfung der Schüler für die einzelnen Schulen (Kreisparteischulen, Bezirksparteischulen, Parteihochschule usw.) vollzieht sich unterschiedlich je nach dem Ausbildungsgrad der Schulen. Die Auswahl der Schüler für Kreisparteischulen wird z.B. von den Leitungen der Grundeinheiten vorgenommen, die Überprüfung der Ausgewählten findet durch Kommissionen der Kreisleitungen statt. Bei Schülern für die Bezirksparteischulen werden entsprechende Sollziffern auf die Kreise verteilt, die ihrerseits die erhaltenen Zahlen auf die Grundeinheiten aufschlüsseln. Die Grundeinheiten schlagen dann in Verbindung mit den Kreisleitungen die Kandidaten für die Bezirksparteischule vor, die von den Kreisleitungen vorgeprüft werden. Die eigentliche Aufnahmeprüfung erfolgt dann durch Prüfungskommissionen der Bezirksleitungen. Bei der Parteihochschule und bei Speziallehrgängen, die von der Propagandaabteilung des ZK durchgeführt werden, erfolgt die Auswahl folgendermassen: Das ZK erteilt allen Bezirksleitungen und den zentralen Führungen der Massenorganisationen, Ministerien usw. die Anzahl der von diesen Organen zu entsendenden Schülern mit. Die Bezirksleitungen, Ministerien usw. wählen dann nach Rücksprache mit ihren untergeordneten Leitungen bestimmte Kandidaten aus, die dann dem ZK mit den entsprechenden personalpolitischen Unterlagen mitgeteilt werden. Nachdem im ZK diese Vorschläge überprüft worden sind, werden die Kandidaten zur ordentlichen Prüfung zum ZK geladen, die die papiermässige Überprüfung bestanden haben. Dann werden sie einer gründlichen theoretischen Prüfung durch Kommissionen des ZK unterworfen, durch die festgestellt werden soll, ob sie das theoretische Niveau der Schule besitzen. Ein wesentlicher Massstab dabei ist wiederum ihre kaderpolitische Vergangenheit, da die Zusammensetzung der einzel-

nen Lehrgänge ebenfalls genau vorgeschrieben ist. Ein anderer Maßstab für die Prüfung der Kandidaten ist die Feststellung ihrer Eignung nach erfolgtem Besuch des Lehrganges. Durch eine Überprüfung ihrer beruflichen Perspektive, ihrer fachlichen Qualifikation, ihrer allgemeinen Intelligenz und ihrer vergangenen Entwicklung soll bei diesen Prüfungen festgestellt werden, welche Funktion die einzelnen Schüler einnehmen könnten, wenn sie den Lehrgang mit durchschnittlichem Erfolg bestanden haben. Als Grundlage hierfür dient der Kaderentwicklungsplan, den die einzelnen Prüfungskommissionenmitglieder besitzen. Die Kommissionen setzen sich zusammen aus Mitarbeitern der Abteilung Propaganda, der zentralen Kaderregistratur, der Abteilung LPMO und einer Anzahl von Kadersektorenleitern der wichtigsten Abteilungen. Als Kaderperspektivplan für diese Untersuchungen werden die Anforderungen benutzt, die von Seiten des ZK, der Ministerien und Massenorganisationen vorliegen, soweit diese unter die Nomenklatur des ZK fallen. Entsprechend die vor der Kommission erschienenen Kandidaten nun den gewünschten Anforderungen sowohl auf Grund ihres ideologischen Wissens, ihrer kaderpolitischen Vergangenheit der vorliegenden Perspektivpläne, so werden sie von der Kommission als Kandidaten für den Besuch der Parteihochschule bestätigt. Damit sind sie aber noch nicht Schüler der Parteihochschule. Erst wenn die Liste der so überprüften Kandidaten mit den entsprechenden Unterlagen dem Sekretariat des ZK vorgelegt und dort beschlossen wurde, sind sie endgültig als Schüler des nächsten Ein- oder Zweijahreslehrganges der Parteihochschule aufgenommen. Ähnlich erfolgt auch die Auswahl zu den wesentlichsten politischen Akademien der Zone, wie z.B. der Verwaltungsakademie "Walter Ulbricht", allein mit dem Unterschied, dass dort ein wesentlicher Teil der Vorarbeiten von den entsprechenden Ministerien durchgeführt wird. Zu den Prüfungen vor den Kommissionen des ZK müssen die einzelnen Kandidaten noch entsprechende Gesund-

heitszeugnisse, Beurteilungen ihrer Parteigrundorganisationen usw. mitbringen.

Sind die Schüler nun auf der Schule angekommen, so beginnt für sie noch immer nicht der Lehrgang. Auch auf der Schule werden sie noch einmal im Rahmen der Seminare ideologisch und kaderpolitisch überprüft. Hier bedient man sich mit Vorliebe einer kollektiven Überprüfung, d.h. im Rahmen der einzelnen Seminare erzählen alle vorhandenen Schüler ausführlich ihren Lebenslauf. Dem schließt sich ein Kreuzverhör durch alle übrigen Schüler des Seminars und der anwesenden Lehrer an. Dieses Kreuzverhör wird sehr oft heftig durchgeführt, da viel Schüler mit ihrer Teilnahme daran von vornherein ihre Linientreue unter Beweis stellen wollen. Es ist nicht selten vorgekommen, dass auf Grund dieser Kollektivprüfungen auch noch Umstände an das Tageslicht traten, die allen bisherigen Untersuchungen entgangen waren und die dazu führten, einige Schüler wieder nach Hause zu schicken.

Während des Lehrganges nun führen die einzelnen Seminarleiter, Fakultätsleiter usw. sog. Kaderbücher. In diese Kaderbücher werden alle Einzelheiten des Verhaltens der einzelnen Schüler während des Lehrganges genauestens beschrieben. Dabei werden nicht nur das Auftretender Schüler während der Lektionen, Seminare, Konsultationen also während des offiziellen Lehrplanablaufes beachtet, sondern auch ihr Verhalten während der Freizeit, der Mahlzeiten usw. findet darin ihren Niederschlag. Während des ein- und zweijährigen Lehrganges nun, finden laufend Lehrerbesprechungen statt, an denen von Zeit zu Zeit auch Vertreter des ZK der SED teilnehmen. Auf diesen Lehrerbesprechungen werden die einzelnen Schüler in ihrer Beurteilung durchberaten und Zwischencharakteristiken angefertigt. Daneben sorgt die Parteiorganisation der Schüler, die sich in Klassengruppen gliedert, dafür, dass nicht ganz linientreue Studenten laufend

zur Rechenschaft gezogen werden. Auch die Parteioorganisationen der Schüler erstellt ähnliche Zwischencharakteristiken.

Am Ende eines Lehrganges nun werden Abschluss-Charakteristiken über jeden einzelnen Schüler vom Lehrerkollektiv und von der Grundorganisation der Partei angefertigt. Unter Zuhilfenahme der Kaderbücher und der Zwischencharakteristiken wird ein schriftliches Bild über die ideologischen, fachlichen und kulturellen Leistungen sowie über das moralische und charakterliche Verhalten eines jeden Schülers angefertigt. Nachdem diese Beurteilungen fertiggestellt sind, erscheinen wiederum Kaderkommissionen des ZK auf der Parteihochschule, diesmal haben sie die Aufgabe, den Einsatz der Schüler vorläufig festzulegen. Zu diesem Zweck studieren sie die erwähnten Beurteilungen und führen einzelne Aussprachen mit den einzelnen Schülern. Als Grundlage für diese Aussprachen dienen die Personalakten der Schüler, die Beurteilung der Schule und der Kaderplan des ZK, aus dem hervorgeht, welche Funktionen in Partei-Staatsapparat und Massenorganisationen vordringlich besetzt werden müssen. Nach der Aussprache mit den einzelnen Schülern, auf der die Kommissionsmitglieder sich entsprechende Notizen machen, werden dann die Einsatzvorschläge für die Schüler ausgearbeitet. Diese Liste wird mit den Unterlagen dem Sekretariat des ZK zur Beschlussfassung vorgelegt. Nach der Beschlussfassung durch das Sekretariat begeben sich dann die Schüler an ihren neuen Arbeitsplatz. Häufig kommt es dabei zu Differenzen mit den Bezirksleitungen, den Massenorganisationen und Ministerien, da das ZK oft willkürlich aufgrund der dort vorliegenden Anforderungen über den Einsatz von Schülern beschliesst, die vor Beginn des Lehrganges von den Ministerien, Bezirksleitungen und Massenorganisationen in der Hoffnung entsandt wurden, diese Schüler nach Beendigung des Studiums wieder im Rahmen ihres Arbeitsbereiches ein-

setzen zu können. Diese Differenzen führten im Jahre 1953 zu ernsthaften Auseinandersetzungen. Die Folge davon war, dass ein Beschluss gefasst wurde, dass in der Regel die Schüler, die von den verschiedenen Institutionen entsandt wurden, auch nach Beendigung des Lehrganges wieder in diese zurückkehren sollten. Trotzdem war es nicht zu vermeiden, dass es danach auch noch Grenzfälle, Überschneidungen und Willkürliche Entscheidungen gab.

Alle Schüler, die die Parteihochschule mit Erfolg absolviert haben, unterliegen automatisch der Nomenklatur des ZK, auch wenn sie in Funktionen eingesetzt werden, die aufgrund der bestehenden Nomenklatur nicht in den Bereich des ZK fallen. Damit sichert sich das ZK einen ständigen Überblick über alle Schüler der Parteihochschule. Die Massenorganisationen handhaben dies ähnlich auf ihren zentralen Schulen. Die Bezirksleitungen und Kreisleitungen sind verpflichtet, alle personellen Veränderungen ehemaliger Parteihochschüler dem ZK zu melden, das sich seine endgültige Entscheidung vorbehält, auch wenn die einzelnen Schüler keine Nomenklaturfunktionäre des ZK sind. Die ehem. Parteihochschüler haben das Recht, sich in allen Fragen jederzeit an die zentrale Kaderregistratur des ZK zu wenden. Von Zeit zu Zeit führt die zentrale Kaderregistratur Stichproben über den Einsatz der einzelnen Parteihochschüler und ihrer Entwicklung durch. früher wurden noch häufig Schülertreffen, gegliedert nach einzelnen Lehrgängen, auf der Parteihochschule durchgeführt, um einen Gedankenaustausch über die Erfahrungen der ehem. Parteihochschüler herbeizuführen. Diese Methode wurde im Jahre 1953 verworfen, da man der Auffassung war, dass sie zu einer zu starken persönlichen Bindung zwischen den Schülern führen würde. Wenn auch gegenwärtig manches an den Lehrplänen der Internatsschulen geändert wird und manch stalinistisches Dogma aus den Lehrplänen verschwindet, so ist das System der Schülerauswahl, ihre

- 82 -

ihre personalpolitische Überprüfung an den Schulen und ihr Einsatz nach Beendigung der Schulen unverändert geblieben. Die Beschlüsse der entsprechenden Parteileitungen sind nach wie vor für jeden bindend und von persönlicher Freiheit der einzelnen Funktionäre, freier Arbeitsplatz oder Funktionswahl kann auch heute noch keine Rede sein.

Die Rolle des Fragebogens und der Personalakten

Eine wichtige Bedeutung im Leben eines jeden SED-Funktionärs spielt der Fragebogen und die über ihn in der entsprechenden Registratur vorhandene Personalakte. Es gibt keinen leitenden SED-Funktionär, der seit 1945 tätig ist und nicht mindestens 30 verschiedene ständig erweiterte Fragebogen ausgefüllt hat. Die Fragebogen der SED umfassen neben den üblichen Angaben über Name, Adresse, Alter, Geburtsort usw. genaue Auskünfte über die soziale Herkunft des Funktionärs, die Eigentums- und Besitzverhältnisse seiner Eltern, die politische Vergangenheit seiner Eltern und von ihm selbst vor 1933, nach 1933 und nach 1945, sein Verhalten während des 3. Reiches mit den entsprechenden Bemerkungen, seine genaue politische Entwicklung nach 1945 unter Angabe aller Funktionen, Organisationen und Verbände. Ausserdem enthalten die Fragebogen genaue Fragen nach eventuellen Abweichungen des einzelnen Funktionärs während seiner Parteimitgliedschaft bis 1933 (KPO usw.), Fragen nach seiner Kriegsgefangenschaft, Emigrationszeit, nach seiner politischen Schulung und vieles andere mehr. Ausserdem muss jedem Fragebogen ein ausführlicher politischer Lebenslauf beigelegt werden.

Diese Fragebogen müssen unabhängig von den bereits vorhandenen bei dem jeweiligen Funktionswechsel neu ausgefüllt werden, so dass sich die Anzahl im Laufe der Jahre vermehrt. Darüber hinaus werden von Zeit zu Zeit z.B. während der Parteiüberprüfung 1951 aufgrund gene-

reller Beschlüsse neue Fragebogen angelegt. Alle diese Fragebogen sind in der Personalakte des betreffenden Funktionärs zusammengefasst, die in derjenigen Kaderregistratur aufbewahrt und bearbeitet wird, deren Nomenklatur der jeweilige Funktionär z.Zt. untersteht. Bis zum Jahr 1953 war es so, dass bei einem Funktionswechsel der zur Folge hatte, dass der Funktionär in seiner neuen Funktion einer anderen Nomenklatur unterstand, die entsprechende neue Kaderregistratur eine neue Personalakte anlegte. Das hatte zur Folge, dass von den verschiedensten Funktionären, besonders in zentralen Funktionen, eine Vielzahl von Personalakten existierte, (z.B. bei einem Funktionär, der 1946 in einem Kreisverband gearbeitet hatte und 1950 in ZK eingesetzt war, konnte es vorkommen, dass eine Personalakte bei dem damaligen Kreisverband, die andere bei dem entsprechenden Landesvorstand und noch eine dritte jetzt beim ZK existierte.) Um soweit als möglich zu verhindern, dass Unbefugte Einblick in verschiedene Personalakten erhalten, zum anderen aber auch, um Ungenauigkeiten durch den Vergleich der zu verschiedenen Zeiten ausgefüllten Fragebogen festzustellen, wurde 1953 vom Sekretariat des ZK beschlossen, dass es in Zukunft von jedem Funktionär nur noch eine Personalakte zu geben habe, die in der Kaderregistratur aufzubewahren sei, deren Nomenklatur der Funktionär z.Zt. untersteht. Wechselt der Funktionär seine Funktion und kommt damit in das Bereich einer anderen Nomenklatur, so sollte seine Personalakte mit ihm mitwandern. Das hatte zur Folge, dass von allen Funktionären, die der Nomenklatur des ZK unterstanden, alle jene Personalunterlagen angefordert wurden, die noch in anderen Leitungen lagerten. Sie alle wurden zu einer einheitlichen Personalakte bei der zentralen Kaderregistratur zusammengefasst, verglichen und bei evtl. Ungenauigkeiten wurden die entsprechenden Funktionäre zur Rechenschaft gezogen. Trotzdem war dieser Beschluss nur theoretisch und in Wahrheit existieren auch heute noch neben dieser

Hauptpersonalakte des einzelnen Funktionärs noch mehrere illegale Personalunterlagen an anderen Stellen. Bei allen Funktionären z.B. die der Nomenklatur des ZK unterstehen, die aber einer Massenorganisation, der Regierung usw. angehören, existiert neben ihrer Personalakte bei der zentralen Kaderregistratur noch eine weitere Personalakte bei den entsprechenden personalpolitischen Abteilungen der jeweiligen Organisation. Weiterhin unterstehen diese letztgenannten Mitarbeiter der Massenorganisationen, Regierung usw. je noch den einzelnen Kadersektoren, der einzelnen Fachabteilungen des ZK, die für die Entwicklung und Kontrolle dieser Funktionäre verantwortlich sind. Diese Kadersachbearbeiter der Fachabteilungen können ihre Aufgabe nicht erfüllen, ohne dass sie entsprechende Unterlagen über die einzelnen Funktionäre sammeln und sie neben der bei ihnen vorhandenen Entwicklungskartei laufend ergänzen. Sie können schon deshalb nicht darauf verzichten, da aufgrund des Systems der SED laufend Fragen an sie über die einzelnen Funktionäre gerichtet werden und sie empfindlich zur Verantwortung gezogen werden, wenn sie diese nicht beantworten können. So besteht eine dritte Personalakte der einzelnen Funktionäre, die häufig am genauesten geführt sind, da diese Kaderinstruktoren nur einen verhältnismäßig kleinen Kreis von Funktionären betreuen und somit die Akten laufend bearbeiten können. In der Regel ist es sogar so, dass bei den Leitern und ihren Stellvertretern der einzelnen Ministerien Massenorganisationen usw. noch eine vierte Personalakte der einzelnen Funktionäre besteht. Diese setzt sich im wesentlichen aus Notizen der Leiter über die einzelnen Funktionäre zusammen. Diese Notizen sind oft sehr interessant, da sie interne Vorgänge beinhalten, die sonst kaum bekannt sind. Diese Akten treten meist dann in Aktion, wenn es darum geht, einen Funktionär abzusetzen oder zu massregeln. wozu häufig auf Dinge zurückgegriffen wird, die aus diesen Akten entnommen werden und die schon lange Zeit zurückliegen.

In die Personalakte der zentralen Kaderregistratur werden neben den erwähnten Fragebogen und Lebensläufen alle wesentlichen, den entsprechenden Funktionär betreffenden Dokumente eingeleftet. In Form von Aktennotizen wird genauestens vermerkt, wann und unter welchen Umständen mit irgendwelches amtlichen Parteistellen in Kontakt gekommen ist. Zeugnisse von politischen Schulen, bedeutende ärztliche Atteste bei offiziellen Untersuchungen, sämtliche Parteistrafen, Parteiverfahren usw., Beurteilungen und Charakteristiken bei bestimmten Aktionen, sie alle werden in der Personalakte erfasst.

Wir nun ein Funktionär aufgrund eines allgemeinen Beschlusses oder auch aufgrund von Misstrauen, das er erregt hat, näher untersucht und werden Unregelmässigkeiten in seinen Angaben festgestellt so wird er veranlasst, zu der entsprechenden Frage einen ergänzenden schriftlichen Bericht anzufertigen, der dann zusammen mit dem Vernehmungsprotokoll der Personalakte beigelegt wird. Aufgrund dieser Unterlagen arbeitet die zuständige Abteilung einen Vorschlag über die Behandlung des jeweiligen Falles aus.

Die Akten lagern in der zentralen Kaderregistratur. Prinzipiell besteht der Beschluss, dass ausser den entsprechenden Sachbearbeitern und leitenden Mitgliedern der Abteilung niemand über die Akten verfügen darf. Politbüromitglieder, Sekretäre und Abteilungsleiter dürfen in die Akten einsehen, wenn sie eine entsprechende schriftliche Notiz an die Kaderregistratur gegeben und für den Empfang der entsprechenden Akten quittiert haben. Geben sie nach kurzer Zeit die Akte nicht von selbst zurück, erfolgt aufgrund der Quittung eine entsprechende Mahnung. Mitarbeiter des SSD können, soweit sie für diese Tätigkeit zuständig sind, auf demselben Wege in Personalakten Einblick nehmen, müssen aber dazu seit 1953 die Genehmigung des Abteilungsleiters der zentralen Kaderregistratur

haben. Von allen Personalakten der Funktionäre, die der Nomenklatur des ZK unterstehen, gibt es auszugsweise Abschriften über die wichtigsten Unterlagen, die sich in den Händen der politischen Abteilung der SKK befinden.

Neben diesen erwähnten Personalakten existiert von jedem SED-Mitglied ein sog. Grundbuch. Dieses Grundbuch besteht ebenfalls aus einem ausführlichen Parteifragebogen, einem umfangreichen Lebenslauf und einem Grundbuch, das die wesentlichsten Fragen noch einmal enthält und beinahe wie ein Familienstammbuch aussieht. Diese Grundakte lagert bei der entsprechenden Kreisleitung, der die Grundeinheit untersteht, in der der jeweilige Funktionär erfasst ist. Darüber hinaus enthält diese Grundakte die Bemerkungen der Überprüfungskommission, sämtliche Parteistrafen usw. Die Grundakte wurde in Verbindung mit der Parteiüberprüfung 1951 angelegt.

Die Personalakte bei der zentralen Kaderregistratur und auch die Grundbuchakte ist mit den Lichtbildern des jeweiligen Funktionärs ausgestattet. Die Personalakten in der zentralen Kaderregistratur werden nach dem System einer Leitkartei geordnet, die das Auffinden der einzelnen Akten erleichtert und die alphabetisch geordnet ist. Sie ist durch farbige Reiter gekennzeichnet.

Der Fragebogen und das System der Arbeit mit der Personalakte spielen eine bedeutende Rolle im innerparteilichen Leben der SED. Das laufende Ausfüllen von Fragebogen, die nie endende Kontrolle und Überprüfung der Personalakte, das Verfolgen des kleinsten Widerspruches der in ihr auftaucht, erhöhen im gewaltigen Maße die Unsicherheit der einzelnen Funktionäre und stellen für sie einen ständigen Druck dar. Die Tatsache, dass die Personalakten stets mit den einzelnen Funktionären wandern und bei allen, selbst bei privaten Entscheidungen eine Rolle spielen, klassifizieren die einzelnen Funktionäre für ihr ganzes Leben.

So ist der Fragebogen und die Personalakte eines der wesentlichsten technischen Mittel zur Reinigung der SED von oppositionellen Kadern und ein bedeutendes Hilfsmittel zur Sicherung der Machtposition der SED-Führung.

Kaderpolitische Sonderaufgaben

Neben der bereits geschilderten üblichen Form des Einsatzes von Funktionären durch die entsprechenden Kadersektoren in Verbindung mit der zentralen Kaderregistratur und der Beschlussfassung durch Sekretariat und Politbüro gibt es eine Reihe kaderpolitische Sonderaufgaben, die je nach Bedarf von bestimmten Abteilungen des ZK erfüllt werden.

Einen wesentlichen Teil dieser Sonderaufgaben erledigt die Abteilung zum Schutze des Volkeigentums (Abteilung M). Dieser Abteilung unterstehen die Leitung der Hauptverwaltungen der VP, KVP mit ihren Gliederungen, des Sfs und bestimmter Abteilungen des MdI (z.B. das ehem. Institut für WWF). In den letzten beiden Fällen allerdings übt diese Abteilung vor allem nur eine verbindende Aufgabe aus, die direkte politische Leitung erfolgt durch den 1. Sekretär des ZK Walter Ulbricht. Diese Abteilung "M" nun erfüllt neben ihren militärpolitischen Aufgaben eine Reihe von kaderpolitischen Sonderaufgaben. Ihr Leiter ist Gustav Roebelen, der auch in den meisten Fällen die kaderpolitischen Sonderaufträge selbst bearbeitet.

Wenn die sowjetischen Dienststellen der Abwehr oder des Sicherheitsdienstes eine Anzahl neuer Agenten für die SBZ besonders aber für die Bundesrepublik benötigen, wenn es darum geht, besondere Funktionäre ~~xxxxxx~~ zur Überprüfung der militärischen Kader in Verbindung mit dem Sfs einzusetzen, wenn es gilt, z.B. aus den Reihen der FDJ Westdeutschlands eine Reihe von Nachwuchskräften

auszuwählen, die für Spionagezwecke benötigt werden und die eine Reihe Sonderaufträge erhalten sollen und wenn es sich um Aufgaben ähnlichen Charakters handelt, so erhält Gustav Roebelen diese Aufträge, die er von sich aus ohne schriftlichen Beschluss, sondern meist nur auf mündliche Anweisung von Ulbricht durchführt.

In einem solchen Falle setzt sich Roebelen mit den Vertrauensfunktionären der einzelnen Organisationen oder Dienststellen zusammen, aus deren Aufgabenbereich er glaubt, die entsprechenden Funktionäre gewinnen zu können. Solche Funktionäre werden, wenn sie von den entsprechenden Organen ausgewählt sind, dann von Roebelen selbst überprüft und in Verbindung mit den entsprechenden Organen eingesetzt, ohne dass sie offiziell im Sekretariat oder Politbüro beschlossen werden. In den meisten Fällen, wenn es sich um bedeutende Kräfte handelt, werden diese Dinge mit dem 1. Sekretär Ulbricht, durchgesprochen.

Ähnliche Aufträge, wenn auch nicht in dem Umfange wie bei der Abteilung M, werden auch von anderen Abteilungen durchgeführt.

VII. Die Technik und Arbeitsorganisation im Apparat des ZK der SED

Nachdem im Abschnitt IV. die praktischen Arbeitsmethoden und ihre Anwendung behandelt wurden, ist es ergänzend erforderlich, die Technik und Arbeitsorganisation im Apparat des ZK der SED darzustellen. Wenn es sich hierbei auch vor allem um den technischen Ablauf des Bürobetriebes handelt, so ist doch aus dem Zusammenwirken der Kräfte deutlich das Bestreben ersichtlich, eine möglichst lückenlose Kontrolle der Beschlüsse zu gewährleisten und einen Höchststand der Arbeitsdisziplin auch auf administrativem Wege zu erreichen.

Wie entsteht eine Beschlussvorlage

In der Regel entstehen Beschlussvorlagen auf folgendem Wege: Aufgrund des vorliegenden Quartalarbeitsplanes des Sekretariats oder des Politbüros beim ZK der SED arbeitet eine Abteilung eine Vorlage zu einer bestimmten Frage aus. Der Abteilungsleiter dieser Abteilung beauftragt einen entsprechenden Mitarbeiter mit der Herstellung eines solchen Entwurfes. Nachdem der Mitarbeiter diesen Entwurf erstellt hat, übergibt er ihn dem Abteilungsleiter, der ihn nach seiner Meinung korrigiert und dann dem zuständigen Sekretär einreicht. Häufig findet bei dem zuständigen Sekretär dann eine nachmalige Korrektur der Vorlage statt. Ist diese erfolgt, so reicht der Sekretär diese Vorlage je nach ihrer Bedeutung entweder dem Büro des Sekretariats oder dem Büro des Politbüros ein. Das entsprechende Büro stellt alle einlaufenden Vorlagen zusammen, und setzt deren Titel auf eine provisorische Tagesordnung für die nächste Sitzung der entsprechenden Gattungen (Politbüro oder Sekretariat). Die Vorlagen müssen, um auf die Tagesordnung gesetzt werden zu können, mindestens 3 Tage vor Beginn dieser Sitzung dem

entsprechenden Büro vorliegen. Diese provisorische Tagesordnung mit den entsprechenden Vorlagen wird mindestens 2 Tage vor der Sitzung dem 1. Sekretär des ZK vorgelegt. Dieser streicht, bzw. ergänzt die Tagesordnung nach der ihm erscheinenden Dringlichkeit. Nachdem der 1. Sekretär die Tagesordnung verändert und bestätigt hat, werden die jetzt auf der Tagesordnung enthaltenen Vorlagen ca. 20 mal abgeschrieben, bzw. abgezogen und mindestens 1-2 Tage vor der entsprechenden Sitzung den einzelnen Leitungsmitgliedern zur Durcharbeitung zugestellt. Die übrigen Exemplare verbleiben in dem entsprechenden Büro für die Ablage und gehen zu den sowjetischen Dienststellen. Die einzelnen Mitglieder des Sekretariats des Politbüros versehen die Vorlagen mit Bemerkungen, nachdem sie diese durchgearbeitet haben. Wird der Tagesordnungspunkt auf der entsprechenden Sitzung behandelt, was in den meisten Fällen unter Mithinziehung des entsprechenden Abteilungsleiters geschieht, in dessen Abteilung die Vorlage entstanden ist, so begründet zuerst dieser Abteilungsleiter oder auch der Sekretär oder Politbüromitglied, dem diese Abteilung untersteht, in einem kurzen 10- oder 5-minütigen Vortrag die wesentlichsten Fragen der entsprechenden Vorlage. Danach erfolgt eine Diskussion aller Leitungsmitglieder über alle strittigen Punkte. Abschliessend fasst der 1. Sekretär die aufgetretenen akzeptierten Meinungen zusammen und formuliert die entsprechenden Beschlüsse zur der Vorlage ins Protokoll. Die Vorlagen sind mit entsprechenden Nummern und Betreffsvermerken versehen. In der Regel lautet die Formulierung folgendermassen: .."Die Vorlage Nr. sowieso, betreffend... ist mit folgenden Änderungen beschlossen." Dann folgt die Aufzählung der Änderungen und abschliessend der Vermerk, welcher Funktionär oder welche Abteilung beauftragt wird, bis zu welchem Zeitpunkt dieser Beschluss durchzuführen bzw. wann der Leitung ein Zwischenbericht vorgelegt werden soll.

Solche Vorlagen entstehen aber nicht nur aufgrund der Quartalsarbeitspläne des Politbüros, des Sekretariats oder der Abteilungen. Es kommt auch häufig vor, dass eine Reihe Fragen auftauchen, die nicht in diesen Plänen enthalten sind. In solchen Fällen beauftragt der 1. Sekretär oder ein Mitglied des Politbüros oder Sekretariats eine entsprechende Abteilung von sich aus mit der Herstellung einer solchen Vorlage. Es kommt auch vor, dass die Abteilungen von sich aus bestimmte Zustände ermitteln, die es ihnen ratsam erscheinen lassen, eine entsprechende Vorlage auszuarbeiten. Dann skizzieren sie kurz ihren Standpunkt, reichen ihn dem entsprechenden Sekretär oder Politbüromitglied ein und erstellen dann die Vorlage, wenn die Idee dazu die Billigung des leitenden Funktionärs gefunden hat. Der Weg der so entstandenen Vorlagen ist der gleiche, wie der oben bereits geschilderte.

Bei normalen kurzen Beschlussvorlagen ist die Gliederung in der Regel folgende: Nach der Kennzeichnung des Inhalts der Vorlagen, dem Datum, der Bezeichnung und Nummer der Vorlage und ihre Kennzeichnung als Entwurf folgen die einzelnen zu fassenden Beschlüsse unter der Einleitung: .."Das Politbüro oder Sekretariat beschliesst 1.... 2.....3.....". Der zweite Teil der Vorlage erstellt dann eine kurze Zusammenfassung der Begründung. Bei prinzipiellen und entscheidenden Beschlüssen, die das Ergebnis langwieriger Untersuchungen sind, ist es meistens umgekehrt. An der Spitze steht eine umfangreiche Analyse, die den gegenwärtigen Zustand der entsprechenden Angelegenheit charakterisiert, dann folgen die sich daraus ergebenden Schlussfolgerungen und im 3. Teil dann die Beschlussvorschläge, die auf die Schlussfolgerung aufbauen. Es kommt auch häufig vor, dass bei prinzipiellen Entscheidungen der einzelnen Ministerien und Massenorganisationen die Vorlagen von diesen Institutionen im Politbüro bzw. im Sekretariat eingereicht werden. Dies kann

erfolgen sowohl aufgrund der bestehenden Quartalspläne wie auch auf Anforderung durch das Sekretariat oder das Politbüro oder auch im direkten Auftrag eines Politbüro- oder Sekretariatsmitgliedes und nicht zuletzt aufgrund eines selbständigen Auftrages der entsprechenden Dienststelle. Häufig werden solche Aufträge auch durch den 1. Sekretär Walter Ulbricht gegeben. Eine solche Vorlage wird dann im Entwurf von dem entsprechenden Ministerium oder der entsprechenden Massenorganisation ausgearbeitet. Dann wird diese Vorlage mit der jeweiligen Fachabteilung des ZK durchberaten und geändert. Nachdem ein solcher Entwurf vorliegt, geht die Vorlage nicht etwa in dieser Form ins Politbüro oder Sekretariat, sondern wird von der entsprechenden Fachabteilung des ZK umgeschrieben, als wäre es eine Vorlage dieser Abteilung. Diese Vorlage unterscheidet sich dann in den Formulierungen aus taktischen Gründen von den anderen Vorlagen, die den Apparat der SED betreffen. Zwar heisst es hier auch "das Sekretariat oder Politbüro beschliesst", wenn es sich um Beschlüsse handelt, die zur Unterstützung der entsprechenden Institution durch die SED gedacht sind. Sonst aber heisst es in diesen Vorlagen, wenn es sich auf die Organisation ausserhalb der SED bezieht "das Politbüro oder Sekretariat beauftragt die Genossen in der entsprechenden Organisation" oder "das Politbüro oder Sekretariat empfiehlt dem Ministerium des Inneren, dem ZK der FDJ usw.". Alle wichtigen Beschlüsse, die die Regierung und andere Massenorganisationen betreffen, sind so entstanden (z.B. die Entschliessung zum Referat des Genossen Mückenberger auf der 8. Tagung des ZK der SED vom 21. - 23.2.52 über die Aufgaben der Partei zur Förderung der FDJ). Handelt es sich aber um prinzipielle Dokumente anderer Organisationen (z.B. Entschliessungen von Bundesvorstandssitzungen des FDGB usw.) so werden diese Dokumente ebenfalls mit den entsprechenden Fachabteilungen vor-

beraten, dann aber im Originaltext den einzelnen Mitgliedern des Politbüros oder des Sekretariats eingereicht und dort genau so behandelt wie bereits bei anderen Vorlagen geschildert. Angeheftet an diese Entwürfe sind dann kurze Beschlussvorlagen, aus denen hervorgeht, dass das Politbüro oder Sekretariat den Entwurf prinzipiell bestätigt, den Genossen der Leitung der entsprechenden Organisation aber empfiehlt, notwendige Änderungen vorzunehmen. Diese Nuancierung zwischen der Formulierung "beschliesst" und "empfehlen" oder "Beauftragt" ist lediglich eine formale, der rein taktische Ursachen zugrunde liegen. Die SED-Mitglieder der entsprechenden Institutionen sind an die sog. Empfehlungen genau so vollinhaltlich gebunden, wie an Beschlüsse. Würden sie die eine oder andere Empfehlung nicht in ihre Dokumente übernehmen, so würden sie genau so zur Rechenschaft gezogen werden, als wenn sie SED-Beschlüsse nicht befolgt hätten.

Erst nachdem die so bestätigte Vorlage der entsprechenden Institution auf dem beschriebenen Wege das Politbüro oder Sekretariat des ZK der SED passiert hat, gelangt es zur Beschlussfassung in der Leitung der jeweiligen Organisation, wo dann keinerlei konstruktive Änderungen mehr möglich sind, weil alle SED-Mitglieder der jeweiligen Leitung ja an die Beschlüsse und Empfehlungen der SED gebunden sind. Dadurch ist die Beschlussfassung in diesen Organen eine rein formale Handlung. Durch dieses System ist die Abhängigkeit aller sog. Vorphilichen Organisationen eindeutig bewiesen.

Wie entsteht ein Arbeitsplan

Bis zum Jahre 1953 arbeitete der Apparat des ZK der SED mit verschiedenen Formen von Arbeitsplänen.

An der Spitze stand der Quartalsarbeitsplan des Politbüros des ZK. Dieser Quartalsarbeitsplan enthielt die wesentlichen sichtbaren Be-

schlüsse, Kampagnen und Daten des kommenden Quartals und musste wenigstens ein Monat vor Beginn des Quartals fertiggestellt sein. Ein solcher Quartalsplan z.B. stützte sich im 2. Quartal auf die Vorbereitung der Frühjahrsbestellung, die Durchführung des 1. Mai usw., also auf Ereignisse und Massnahmen, die die wichtigsten Probleme der entsprechenden Periode, die routinemässig immer wiederkehren. Nach diesem Quartalsplan des Politbüros stellte das Politbüro dem Sekretariat den Bezirksleitungen und den Abteilungen termingemäss die bedeutenden prinzipiellen Aufgaben, die in dem kommenden Quartal vorhanden waren und die durch das Politbüro entschieden werden mussten. Auch in diesen Quartalsplänen des Politbüros waren schon Termine enthalten und Verantwortlichkeiten verteilt.

Auf diese Quartalspläne des Politbüros nun bauten das Sekretariat und die einzelnen Abteilungen ihre Quartalspläne auf. Sowohl auch diese im Prinzip genau so angelegt waren, waren sie doch dem Inhalt nach wesentlich ausführlicher und umfassten bereits organisatorische Fragen zur Verwirklichung der einzelnen Aufgaben. Im Quartalsarbeitsplan des Politbüros stand z.B. unter der Frage der Frühjahrsbestellung lediglich die Aufgabe, zu einem bestimmten Termin die Vorlage über den Aufruf des LA zu erstellen, und einen Gesamtplan zur Mobilisierung aller entsprechenden Reserven auszuarbeiten. Im Quartalsplan des Sekretariats war schon ausführlicher zu diesem Punkt enthalten, welche Abteilung und welches Ministerium, welche gesellschaftlichen Organisationen, zu welchem Zeitpunkt konkrete Vorlagen zu bestimmten Einzelfragen, MTS, LPG's usw. auszuarbeiten haben. Der Quartalplan der Abteilung Landwirtschaft z.B. aber sah nun noch ausführlicher vor, welche Instruktoreinsetze, was für Untersuchungen usw., was für Vorlagen und Massnahmen bis ins einzelne getroffen werden müssen, um die

globale Aufgabe im Quartalsplan des Politbüros zu konkretisieren) Diese Quartalspläne wurden auch den Bezirksleitungen zugestellt, die ihre Pläne wiederum auf diesen aufbauten.

Da die Pläne der Abteilungen durch ihre Ausführlichkeit sehr umfangreich wurden, ging man mehr oder weniger dazu über, die Quartalspläne in Monatspläne zu gliedern. Jeder einzelne Mitarbeiter der Abteilung, jeder Sektorenleiter arbeitete aufgrund der vorliegenden Quartalspläne die Monatspläne seines Sektors und seinen persönlichen Plan aus. Es wurde angestrebt, da es am Anfang zu einer häufigen Übersättigung der Pläne kam, die Pläne mit soviel Spielraum auszubauen, dass sie noch genügend Möglichkeiten boten, Aufgaben, die ausserhalb der Pläne auftraten, elastisch in sie einzuarbeiten. Dies war deshalb notwendig, weil die Quartalspläne ja nur die feststehenden Rahmenaufgaben beinhalten, im Laufe eines Quartalsplanes aber eine Vielzahl von Fragen auftauchten, die oft nicht in den Plänen vorgesehen waren, ja die Planaufgaben in der Regel um eine Vielzahl überstiegen.

Besonderes Gewicht wurde stets auf die persönlichen Tagespläne der einzelnen Mitarbeiter gelegt. Diese Tages- und auch Wochenpläne sollten bis ins einzelne beinhalten, was der einzelne Funktionär aufgrund der Abteilungsplanung jeden Tag vorhat. Damit wurde ein Schema entwickelt, das dem einzelnen Funktionär wenig schöpferische Initiative und Spielraum gelassen hat. Es sollte aber gleichzeitig dazu dienen, eine möglichst lückenlose Kontrolle der Tätigkeit der einzelnen Funktionäre durch die übergeordneten Leitungen zu gewährleisten.

Durch das straffe System der Planung, auch im Rahmen der schwer zu planenden politischen Tätigkeit, wurde eine starke formale Schlusserfüllung begünstigt. Die einzelnen Mitarbeiter waren aus Furcht vor Kritik stärker daran interessiert, den Plan formal zu

erfüllen als auf die gründliche Durchführung der Einzelbeschlüsse und Planenteile Wert zu legen, obwohl in der Tat von ihrer Seite nur Anweisungen ergangen waren, ohne dass sie die Durchführung der einzelnen Massnahmen auch wirklich überprüften. Auch stellte die straffe Planung ein ernstes Hindernis zur Entfaltung des Einzelnen dar, da ihm die Pläne keinen Spielraum für eigene Gedanken lassen. Nicht zuletzt führte die Überlastung der Pläne zur oberflächlichen Durchführung der Aufgaben, zu einer wahren Hetze für den einzelnen und zur Unterschätzung der Rolle der Persönlichkeit. Für das System der SED aber bedeutet die Planung ein wesentliches technisches Mittel zur Erhaltung ihres bürokratischen Apparates.

Das Beschlussprotokoll

Bereits in Punkt 1 des Abschnittes über die Technik wurde in Verbindung mit der Beschlussvorlage die Rolle des Beschlussprotokolls kurz behandelt.

Das Beschlussprotokoll ist ein wesentlicher Bestandteil der Arbeitsorganisation des Politbüros und des Sekretariats des ZK sowie überhaupt aller Leitungen, der SED, ihrer Massenorganisationen und der Verwaltungsköpfe. Das Beschlussprotokoll wird auf den einzelnen Politbüro- und Sekretariatssitzungen geführt. Für dieses Protokoll ist ein besonderer Funktionär verantwortlich, den man in einem bürgerlichen Verein mit einem Schriftleiter gleichsetzen könnte. Beim SED ist dies ein verantwortlicher Funktionär (meist eine weibliche Kraft), die stenografieren kann und die dem Büro des Politbüros bzw. dem Sekretariat angehört. Wie bereits in Punkt 1 erwähnt, werden die einzelnen Vorlagen auf den Sitzungen diskutiert und entsprechende Änderungen beschlossen. Diese Beschlüsse werden unter Nennung der Vorlage mit ihrem Aktenzeichen in das Beschlussprotokolleingetragen. Die Eintragungen werden nach dem Schlusswort des 1. Sekretärs dem Pro-

Protokollführer ins Stenogramm wörtlich diktiert. Ebenfalls werden kürzere Änderungen an den Vorlagen ins Beschlussprotokoll hinein formuliert. (Z.B. "Die Beschlussvorlage Nr... über ... ist mit folgenden Änderungen 1., 2., 3....beschlossen"). Gleichzeitig mit der Formulierung dieses Beschlusses wird im Beschlussprotokoll festgelegt, welche Abteilung, welcher Funktionär für die Durchführung des Beschlusses verantwortlich ist und bis zu welchem Termin der entsprechende Beschluss realisiert sein soll. Handelt es sich um Beschlüsse, deren Erfüllung sich über einen langen Zeitraum von mehreren Monaten erstrecken (z.B. die Entschliessung einer bedeutenden Konferenz, die in der gesamten Partei durchgearbeitet werden soll), so werden Zwischentermine im Beschlussprotokoll festgelegt, an denen über den Stand der Dinge Zwischenberichte entgegengenommen werden sollen.

Es kommt auch häufig vor, dass aus den Reihen des Sekretariats oder des Politbüros zusätzliche Vorschläge zur Kontrolle des Beschlusses gemacht werden, die dann ebenfalls ins Protokoll aufgenommen werden.

Findet eine Vorlage nicht die Billigung der Leitung, so wird im Sekretariatsprotokoll vermerkt, dass sie abgelehnt wurde und gleichzeitig hinzugefügt, bis zu welchem Termin eine neue Ausarbeitung der Vorlage der Leitung vorzuliegen habe.

Es kommt auch vor, dass die Sekretariatsvorlagen nur im Prinzip beschlossen werden, dann aber bestimmte Funktionen der Vorlage vorzunehmen. Dies trifft immer dann ein, wenn die grundsätzliche Linie der Vorlage zwar die Billigung der Leitung findet, trotzdem aber so viele Änderungsvorschläge gemacht werden, dass ihre wörtliche Formulierung ins Beschlussprotokoll während der Sitzung zu viel Zeit in Anspruch nehmen würde. In einem solchen Fall dann wird die Vorlage prinzipiell beschlossen und meist ein Politbüromitglied oder ein Sekretär

mit der Umarbeitung beauftragt, ohne dass die Vorlage dann noch einmal der Leitung vorgelegt zu werden braucht.

Am Kopf eines jeden Protokolls ist die laufende Ziffer der jeweiligen Politbüro- oder Sekretariatsitzung und ihr Datum vermerkt (45. Sitzung des Politbüros vom....)

Bei Beginn einer jeden Politbüro- oder Sekretariatsitzung werden zur Orientierung der Leitungsmitglieder die Protokolle der letzten Sitzung verlesen und evtl. Überschneidungen oder inzwischen erfolgte Änderungen an der Spitze des neuen Protokolls vermerkt. Eine Diskussion aber über die Punkte des letzten Protokolls gibt es nicht mehr.

Die Arbeit des Büros des Politbüros und des Büros des Sekretariats

Zur technischen Vorbereitung seiner Arbeit bedient sich das Politbüro und das Sekretariat des ZK eines Büros. Wie bereits in Punkt 1 und 3 dieses Abschnittes angedeutet, sammelt das Büro die für die jeweiligen Leitungen bestimmten Vorlagen, bereitet unter Anleitung des 1. Sekretärs die Tagesordnung der Sitzung vor und entsendet einen verantwortlichen Vertreter des Büros zur Niederschrift des Beschlussprotokolls.

Nach der Sitzung nun wird das stenografierte Beschlussprotokoll im Büro in mehreren Exemplaren geschrieben und noch einmal im Entwurf dem 1. Sekretär zur Bestätigung vorgelegt, der dann noch kurze Veränderungen vornimmt und mit seiner Unterschrift dem Beschlussprotokoll seine endgültige Wirkung gibt. Danach werden im Büro aufgrund des bestätigten Beschlussprotokolls die einzelnen Beschlüsse getrennt auf Karteikarten festgehalten und in die sog. Beschlusskartei eingetragen. Diese Beschlusskartei wird in doppelter Ausfertigung erstellt, ein Exemplar verbleibt im Büro, ein weiteres, das mit einer noch leeren, perforierten Kartonsel-

te versehen ist, geht an die bestimnte Abteilung, die aufgrund des Beschlusses für seine Durchführung verantwortlich gemacht wurde. Als Anlage wird der Karteikarte die dem Sekretariat oder Politbüro eingereichte Vorlage der Abteilung zurückgesandt. Werden mit der Durchführung eines Beschlusses mehrere Abteilungen beauftragt, so werden mehrere Karteikarten mit den entsprechenden Auszügen hergestellt und den einzelnen Abteilungen zugesandt, wobei jeweils vermerkt ist, welche anderen Abteilungen noch den Beschluss übermittelt bekommen haben.

Auf der Beschlusskarteikarte sind ausser dem Protokollauszug noch der Termin der Durchführung des Beschlusses, diejenigen, die für seine Durchführung verantwortlich sind und alle Berichterstattungs-termini vermerkt.

Die leere perforierte Karteikartenseite, die vorher erwähnt wurde, bleibt so lange bei der entsprechenden Abteilung, bis der jeweilige Beschluss erfüllt ist. Nach Erfüllung des Beschlusses macht die entsprechende Abteilung auf diese Seite ihre jeweiligen Vermerke zur Beschlusserfüllung und sendet die so ausgefüllte Karteikarte wieder an das Büro des Politbüros oder Sekretariats zurück. Die Büros heften diese Erfolgsmeldung zu der entsprechenden Karteikarte, die in der Beschlusskartei des Büros verblieben ist. So hat das Büro einen ständigen Überblick darüber, inwieweit die einzelnen Beschlüsse realisiert sind.

Die Büros führen einen Terminkalender, durch den sie schnell ermitteln können, welche Beschlüsse erfüllt sein müssten, ohne dass die Karteikarten zum Büro zurückkommen. Aufgrund dieses Terminkalenders nehmen die Büros laufende Kontrollen vor und mahnen die Abteilungen, wenn ihre Meldungen nicht rechtzeitig eintreffen. Bei langfristigen Beschlüssen, bei denen Zwischenberichte vorgesehen sind, sind die Abteilungen verpflichtet, dem Büro Zwischen-

berichte zu erstatten. Der 1. Sekretär des ZK nimmt von den Leitern der Büros periodisch Berichte über den Stand der Durchführung der Beschlüsse aufgrund dieser Beschlusskartei entgegen. Tritt der Zustand ein, dass eine Abteilung trotz Mahnung eines Büros keinen Bericht entsendet, oder die Berichte einer Abteilung laufend nichtssagend und formal sind, so informiert der Büroleiter den 1. Sekretär, der sich die Unterlagen besorgt und die Frage auf der nächsten Sitzung zur Diskussion stellt.

Aus dieser Darstellung ist ersichtlich, dass die Büros des Politbüro und des Sekretariats nicht nur die Vorbereitung der Vorlagen und die Aufnahme des Beschlussprotokolls zur Aufgabe haben, sondern dass auch die Beschlussprotokolle aufgrund des geschilderten Kartelsystems zu ihren wichtigsten Aufgaben gehört.

Darüber hinaus werden die Zustellung aller Vorlagen, ihre Verfielfältigung durch die entsprechenden Büros gewährleistet. Da z.B. eine Anzahl Politbüromitglieder und Kandidaten keine direkte Funktion im ZK bekleiden, sondern hauptamtlich in der Regierung oder in den Massenorganisationen tätig sind (Herbert Warnke, Friedrich Ebert usw.) sendet das Büro diesen Mitgliedern und Kandidaten die Vorlagen wenigstens 2 Tage vor der Sitzung durch Kurier zu. Alle Politbüromitglieder besitzen zu diesem Zweck eine ledergebundene Mappe, die zur Aufbewahrung der Vorlagen dient und die sie vom Büro des Politbüros erhalten. Alle Vorlagen, die das Büro des Politbüros zustellt, gelten als geheim und dürfen nur den Politbüromitgliedern und Kandidaten zugänglich gemacht werden.

Darüberhinaus ist es die Aufgabe der Büros, sämtliche Einladungen von aussenstehenden Funktionären zu den einzelnen Sitzungen technisch durchzuführen. Wird z.B. während einer Politbürositzung die Frage des Sports behandelt und werden zu dieser Sitzung die leitenden Kommunisten des staatlichen Komitees für Sport und Körperkultur hinzugezogen, so erfolgt ihre Einladung durch das Büro des

Politbüros. Dort melden sie sich auch zur festgesetzten Zeit und werden vom Leiter des Büros, wenn die Behandlung ihres Tagesordnungspunktes beginnt, der Politbürositzung zugeführt.

Ausserdem hat das Büro des Politbüros eine Anzahl repräsentativer Aufgaben. Alle offiziellen Veranstaltungen des Politbüros, bedeutende Festtage der kommunistischen Bewegung usw. sind in einem Terminkalender des Büros erfasst. Das Büro ist verantwortlich, dass zu all diesen Anlässen die entsprechenden Gäste eingeladen

werden und trägt gegenüber dem Politbüro die Verantwortung für die ordnungsgemässe Durchführung dieser Veranstaltung. Zu diesem Zweck setzt sich das Büro mit den entsprechenden Abteilungen in Verbindung, um den Ablauf der einzelnen Veranstaltungen auszuarbeiten, die Hauptverantwortung aber gegenüber dem Politbüro hat der Leiter des Büros. Für die Einladungen besitzt das Büro Listen, in denen alle in Frage kommenden Personen eingetragen sind. Neben diesen wesentlichen Aufgaben hat das Büro des Politbüros und Sekretariats eine Reihe von Sonderaufgaben. Die Zurverfügungstellung von selbständigen Sekretärinnen für die Mitglieder des Politbüros, besondere materielle Vergünstigungen, für die Politbüromitglieder und Kandidaten, die Zurverfügungstellung besonderer PKW's für die Politbüromitglieder, die Organisation der Mahlzeiten und Erfrischungen während der Politbürositzungen sind ein Teil dieser Aufgaben.

Das Büro des Politbüros und Sekretariats bilden an der Spitze eine Einheit. der dokumententechnische Vorgang aber ist ein getrennter. Im Politbüro werden alle entscheidenden Prinzipiellen Fragen der SED-Politik, alle strategischen Massnahmen der SED und alle Vorlagen behandelt, die grundsätzlich das Leben der SED beeinflussen. Danach richtet sich auch die Tätigkeit des Büros des Politbüros. Im Sekretariat des ZK werden schon viel mehr die taktischen und organisatorischen Fragen, die sich aus den Politbürobeschlüssen

ergeben und zu ihrer Konkretisierung beitragen, beraten.

Durch diese Aufgaben besitzt das Büro des Politbüros und des Sekretariats eine wesentliche Schlüsselstellung zur Kontrolle der gefassten Beschlüsse, zu ihrer Übermittlung an die Abteilungen und zur technischen Vorbereitung der Tätigkeit von Politbüros und Sekretariat. Die Büros sind sozusagen das organisatorisch-technische Rückgrat des ZK, da auch die ZK-Sitzungen, die ja im Politbüro vorbereitet werden, von den Büros technisch und organisatorisch betreut werden.

Die Kontrolle der Abteilungen durch das Sekretariat

Ausser den besprochenen Formen der Kontrolle der Beschlüsse gibt es noch eine Kontrolle der Abteilungen des ZK durch das Sekretariat. Periodisch, meist in einem Abstand von 1 - 2 Monaten, müssen einzelne Abteilungen vor dem Sekretariat über die Erfüllung ihrer Pläne und Beschlüsse berichten. Die Reihenfolge der einzelnen Abteilungen ist meist im Quartalsarbeitsplan festgelegt. Nur wenn besondere Situationen in den einzelnen Abteilungen auftreten, werden noch zusätzlich solche Tagesordnungspunkte eingeschoben.

In solchen Fällen berichtet der Abteilungsleiter vor dem Sekretariat über die Beschlusserfüllung seiner Abteilung in einer bestimmten Periode und wirft ausserdem alle kritischen Fragen der Arbeitsorganisation, des Verhältnisses der einzelnen Mitarbeiter zu einander auf. Vor Behandlung des Tagesordnungspunktes hat das Sekretariat meist einen anderen Sekretär oder in besonders ernsten Fällen eine ganze Kommission beauftragt, sich einen Überblick über die Abteilung zu verschaffen. Dieser Beauftragte oder der Kommissionsleiter gibt dann einen Gegenbericht zu dem des Abteilungsleiters. Daran schliesst sich dann eine Diskussion an, und am Abschluss werden Beschlüsse gefasst, die zur Verbesserung der Tätigkeit der jeweiligen Abteilung beitragen sollen. Bei wichtigen

Fällen werden die Ergebnisse einer solchen Untersuchung in einer Entschliessung festgehalten und im ganzen Apparat des ZK ausgewertet.

Die Arbeitsorganisationen der Abteilungen

Abgesehen von dem normalen Bürobetrieb der Abteilungen des ZK, der sich wahrscheinlich kaum von jeder grossen Verwaltung oder jedem anderen Industriebetrieb unterscheidet, gibt es folgende Besonderheiten in der Arbeitsorganisation der Abteilungen.

Das wesentliche Bindeglied in der Anleitung der einzelnen Mitarbeiter ist die Abteilungsberatung. Je nachdem, ob ein Sekretär oder ein Politbüromitglied einer Abteilung vorsteht, wird nach der entsprechenden Sitzung des Politbüros oder Sekretariats eine mündliche Information durch den entsprechenden Funktionär an die jeweiligen Abteilungen gegeben. Die Form dieser Unterrichtung richtet sich danach, wie viele Abteilungen das einzelne Leitungsmitglied bearbeiten muss, wie unterschiedlich der Charakter dieser Abteilungen ist und wie gross die einzelnen Abteilungen sind. Hat ein Politbüromitglied oder ein Sekretär die Verantwortung für mehrere Abteilungen, die im Charakter unterschiedlich sind, so führt er getrennte Abteilungsberatungen durch. Hat er aber 2 bis 3 Abteilungen, deren Aufgabenbereich ähnlich ist, so fasst er die Leitungen dieser Abteilungen zu einer Gesamtaussprache zusammen. Hat ein leitender Sekretär so viele Abteilungen, dass er Einzelaussprachen mit ihnen führen muss, so fasst er die Abteilungen in kleine Gruppen zusammen, die im Charakter ähnlich sind. Hat er besonders grosse, so fasst er zu den Abteilungsbesprechungen alle leitenden Funktionäre, zumindest bis zum Sektorleiter, zusammen und informiert sie über die Beschlüsse der entsprechenden Leitung. In den meisten Fällen aber unterrichten die Politbüromitglieder und Sekretäre nur die jeweiligen Abteilungsleiter über die beschlossenen Aufgaben. Sie nehmen dann ihrerseits die leitenden Funktionäre ihrer Abteilungen

gen zusammen bis herunter zum Sektorenleiter und unterrichten diese über die beschlossenen Massnahmen. Im Anschluss daran setzen sich die Sektorenleiter mit ihren Mitarbeitern zusammen, um die gefassten Beschlüsse für ihre Verwirklichung bis ins einzelne zu konkretisieren. Auch bei diesen Abteilungs- und Sektorenbesprechungen werden Beschlussprotokolle angelegt.

Wenn aufgrund solcher Beratungen die einzelnen Materialien von den Mitarbeitern erstellt sind, werden sie über die Sektorenleiter den Abteilungsleitern zugeleitet, korrigiert und abgezeichnet. Bei wichtigen Massnahmen reichen die Abteilungsleiter diese Materialien den Sekretären bzw. den Politbüromitgliedern weiter, die dann ihrerseits die letzte Entscheidung treffen.

Kein Mitarbeiter einer Abteilung ist berechtigt, von sich aus mit den Parteileitungen in den Bezirken und Kreisen zu korrespondieren. Nur der Abteilungsleiter bzw. sein beauftragter Stellvertreter ist unterschreibungsberechtigt und nur ein Sektorenleiter darf völlig belanglose technische Mitteilungen an die Parteileitungen unterzeichnen. Keine Abteilung besitzt einen Siegel oder ist berechtigt, von sich aus Rundschreiben und Direktiven an die unteren Parteeinheiten herauszugeben. Hat eine Abteilung eine Direktive ausgearbeitet und ist sie mit Änderungen beschlossen worden, so nimmt die entsprechende Abteilung die Veränderung vor und reicht dann die endgültige Direktive an das Büro des Politbüros oder Sekretariats (je nachdem, welche Leitung den Beschluss gefasst hat) und von dort aus wird dann die Direktive gesiegelt, registriert und an die Bezirksleitungen bzw. Kreisleitungen versandt.

Ähnlich verhält es sich auch mit den Fahrten in die Zone. Kein Mitarbeiter einer Abteilung kann von sich aus Fahrten in die Zone unternehmen. Diese Einsätze geschehen ausschliesslich aufgrund des entsprechenden Abteilungsplanes oder aufgrund ausdrücklicher Anweisungen der Abteilungsleiter.

Den Abteilungen stehen je nach ihrer Grösse ein oder einige Einsatzwagen zur Verfügung, die sie von Zeit zu Zeit schriftlich von der Fahrbereitschaft anfordern müssen. Nur Politbüromitglieder, Sekretäre und ein Teil der Abteilungsleiter besitzen eigene Dienstfahrzeuge. Jede Abteilung verfügt über eine eigene Registratur und Ablage, in der sie die z.Zt. notwendige schriftlichen Materialien aufbewahrt. Im Laufe eines Jahres werden die erledigten Akten dann der zentralen Ablage zugeführt.

Für jede Abteilung gelten je nach ihrer Bedeutung besondere Sicherheitsmassnahmen. Abgesehen von der täglichen Versiegelung der Türen und Stahlschränke müssen alle unbrauchbaren Vorlagen, Durchschläge und Kohlebogen jeden Abend an einer zentralen Stelle abgeliefert werden, wo diese Zerreiß- und Verbrennungsmaschinen überantwortet werden.

Jede Abteilung verfügt über eine Abteilungssekretärin, die für alle erwähnten technischen Arbeiten verantwortlich ist und ausserdem für den Abteilungsleiter arbeitet.

Der Kurierapparat des ZK und das Fernsprechesystem

Das ZK vermeidet in der Regel jeden postalischen Verkehr, wenn es sich um Anweisungen des Apparates der SED handelt, ausserdem die Regierungsstellen und Massenorganisationen. Lediglich Einladungen zu offiziellen Konferenzen, Tagungen und Kundgebungen können mit der Post zugestellt werden.

Im Prinzip verfügt das ZK über 4 verschiedene Kurierdienste. Ein Kurierdienst, der den Politbüromitgliedern und ~~Ministern~~ Sekretären ihre Vorladungen und ihre Post zustellt und ein zweiter Kurierdienst, der die Ministerien und Leitungen der Massenorganisationen mit der entsprechenden Post versorgt, ein dritter, der die Post in die Bezirksleitungen und wenn notwendig, auch Kreisleitungen

- 106 -

befördert. Der vierte Kurierdienst, der von den übrigen getrennt ist, betrifft die schon an anderer Stelle erwähnte Kurierpost in die Bundesrepublik. Entgegen anders lautenden Auffassungen ist es wahrscheinlich, dass dieser Kurierdienst mit den Aufgaben des Büros des Politbüros und des Sekretariats verbunden ist.

Das Büro des Politbüros und Sekretariats ist durch Direktanschluss mit allen Kreisleitungen und Bezirksleitungen verbunden. Hierzu existiert eine besondere Telefonzentrale beim ZK. Dabei handelt es sich um verhältnismäßig alt aussehende Apparate, die mit einer Kurbel versehen sind. Nachdem man die Kurbel bedient hat, meldet sich eine Zentrale, der man die gewünschte Kreis- oder Bezirksleitung mitteilt und die ohne Unterbrechung diese Verbindung herstellt. Darüber hinaus ist die für die Bundesrepublik zuständige Transportabteilungen des ZK an das Basa-Netz angeschlossen. Neben den offiziellen Telefonanschlüssen des ZK haben alle Mitglieder des Politbüros und des Sekretariats Regierungsapparate, mit denen sie nach der Wahl dreistelliger Nummer alle Minister, Staatssekretäre, Hauptverwaltungen der bewaffneten Streitkräfte der Volkspolizei, Sicherheitsorgane, die Bezirksleitung Berlin, den Oberbürgermeister von Berlin und alle anderen leitenden Organe Berlins erreichen können.

Die technischen Mitarbeiter

Ausser den vorhin erwähnten Abteilungsssekretärinnen besitzt das ZK eine grössere Anzahl von Schreibkräften (zwischen 60 und 80). Soweit diese nicht aus Gründen der Sicherheitsaufgaben den einzelnen Abteilungen direkt unterstehen (wie z.B. bei der Abteilung M, der Abteilungen für gesamtdeutsche Fragen usw.) der Fall ist, sind diese im Rahmen von Schreibbüros zusammengefasst. Alle diese Schreibbüros unterstehen vermutlich der Abteilung für innere Verwaltung, andere Auffassungen gehen dahin, dass sich diese Büros

dem Büro des Sekretariats unterstellen. Alle Schreibarbeiten der einzelnen Mitarbeiter der Abteilungen, die nicht von der Abteilungssekretärin bewältigt werden können, müssen handschriftlich in diese Schreibbüros gegeben werden, wo sie dann in der entsprechenden Anzahl mit der Maschine gefertigt werden.

Alle Sekretäre und Politbüromitglieder besitzen ein eigenes Sekretariat. In diesen Sekretariaten arbeitet eine qualifizierte technische Kraft als Sekretärin, die allein dem entsprechenden Funktionär untersteht. Besonders bedeutende Funktionäre, wie z.B.

Walter Ulbricht, Hermann Matern, Karl Schirdewan haben ausser ihren Sekretärinnen noch eine technische Kraft, die die wesentlichen schriftlichen Arbeiten ausführt, da die Sekretärinnen vor allem auch organisatorische Aufgaben zu erfüllen haben.

Die Schreibbüros arbeiten meist für mehrere Abteilungen, da nicht für jede Abteilung ein besonderes Büro zur Verfügung steht. In der Regel ist es ebenso organisiert, dass jeweils 1 Büro für mehreren artverwandte Abteilungen arbeitet.

Ausser den unmittelbaren technischen Kräften, wie Stenotypistinnen und Sekretärinnen verfügt das ZK der SED noch über einen umfangreichen technischen Apparat, der alle übrigen materiellen Belange des ZK sichert. Dazu zählt u.a. eine Grossküche, die im Hause des ZK der SED für Mitarbeiter einen Mittagstisch und auch andere Mahlzeiten herstellt. In dieser Kantine essen alle Mitglieder bis zum Sektorenleiter. Vom Sektorenleiter angefangen besitzen die Funktionäre das Recht, im Gästehaus des ZK zu essen, wo ein wesentlich qualitativ besseres und kultivierteres Essen hergestellt wird.

Zum technischen Apparat gehört ausserdem noch eine Anzahl von Handwerkern, eine umfangreiche Buchhaltungsabteilung, eine Abteilung für Wohnung und Quartiere, die alle Funktionäre, die das ZK nach Berlin beruft, mit Wohnungen und Zimmern versorgt und eine grosse

Versorgungsabteilungen, die viele Versorgungsfragen der Funktionäre regelt, einschl. ihrer Urlaubsbetreuung. Zu diesem Zweck trägt die Abteilung die Verantwortung für die Ausstattung einer Anzahl von Erholungsheimen in der Zone.

Das ZK besitzt weiterhin ein zentrales Archiv und eine ausgebaute Statistik, beide der Abteilung LPMO angeschlossen.

Das Ausweis-, Einlass- und Sicherheitssystem im ZK

Zur Sicherheit der Funktionäre und internen Dokumente hat das ZK eine umfangreiche Ausweis- und Einlassordnung organisiert. Es gibt verschiedene Formen von Ausweisen. Das Haus des ZK und alle ihm gleichgestellten Gebäude können direkt und ohne Passierschein von allen ZK-Mitgliedern, die einen entsprechenden ZK-Ausweis haben, betreten werden.

Darüber hinaus gibt es verschiedene Arten von Hausausweisen, die durch unterschiedliche Farben gekennzeichnet sind. Alle Abteilungsleiter, stellvertretende Abteilungsleiter, Sektorenleiter, haben, wenn sie nicht Mitglieder des ZK sind, einen besonderen Hausausweis mit Lichtbild und Siegel. Die Instrukteure haben wiederum einen anderen Hausausweis, der durch eine andere Farbe gekennzeichnet ist. Die Hausausweise sind nummeriert und in dem üblichen länglichen Klappformat hergestellt. Diese Ausweise gelten bis zum Widerruf und werden eingezogen, wenn die Funktionäre wechseln sollten. Von Zeit zu Zeit werden die Ausweise überprüft und Kontrollvermerke in ihnen vorgenommen. Mit diesen Ausweisen ist es möglich, jede Etage und jede Abteilung des ZK zu betreten. Darüberhinaus gibt es noch Hausausweise für leitende Funktionäre in der Regierung und Massenorganisationen, die weder Mitglied des ZK noch bezahlte Mitarbeiter des ZK sind. Diese Ausweise erhalten jene Funktionäre (Sekretäre der Massenorganisationen, Staatssekre-

täre, Hauptabteilungsleiter usw.) auf Anweisung des Leiters des Büros des Politbüro. Diese Ausweise bestehen aus einer roten, aus gestärkten Leinen hergestellten Karte mit Licht-bild, lfd. Nr., Siegel und einigen Personalangaben. Diese Ausweise sind verlängerungspflichtig und müssen alle Vierteljahre mit einem gesiegelten Gültigkeitsvermerk für das nächste Vierteljahr versehen werden. Auch mit diesen Ausweisen ist der Zutritt in allen den Etagen des ZK möglich, ausgenommen davon sind die 3. Etage, wo der Vorsitzende der SED und die Politbüromitglieder ihren Sitz haben, das Gästehaus des ZK, die Parteihochschule und einige andere interne Objekte der SED.

Alle anderen Besucher des ZK können das Haus des ZK nicht direkt betreten. Sie müssen sich zuerst im Passierscheinbüro, das räumlich ca. 100 m vom Haus des ZK entfernt liegt, anmelden. Auch dann erhalten sie noch keinen Passierschein. Zuerst nehmen die Sicherheitsfunktionäre in der Passierscheinstelle die Personalien auf, ziehen Parteidokumente und Personalausweis ein und telefonieren mit der Abteilung, die der Besucher zu sprechen wünscht. Wenn diese Abteilung dem Besuch zustimmt, wird der Passierschein ausgestellt, indem der Personalausweis einbehalten wird. Bei Nichtparteimitgliedern ist es häufig so, dass der Besucher nach Betreten des ZK in einen Warteraum geführt wird, wo er von dem Funktionär, den er zu sprechen wünscht oder einem seiner Mitarbeiter abgeholt wird, so dass er kaum Gelegenheit hat, unbeaufsichtigt durch die Gänge des ZK zu gehen. Beim Verlassen des ZK muss er den Passierschein von der Abteilung abgestempelt und unterschrieben wieder vorlegen, die er besucht hat.

Auf jeder Etage des ZK ist ein bewaffneter Wachtdienst postiert, dem eine Liste aller Funktionäre zur Verfügung steht, die auf der entsprechenden Etage ihre Arbeitsräume haben und der ausserdem

ein Telefon zur Verfügung steht, mit dem er alle Zimmer und auch die bewaffnete Sicherheitsbereitschaft erreichen kann. Der Etagendienst besteht in der Regel aus 2 Personen, der Einlasswachdienst beim ZK am Haupteingang aus 4 - 6. Wenn ein Besucher eine Etage betritt, wird er von dem Wachdienst kontrolliert. Besitzt er einen gültigen Dauerausweis, so kann er passieren, besitzt er einen Passierschein und wurde nicht beim Eingang in Empfang genommen, so muss er auf der Etage warten, bis ein zuständiger Funktionär geholt wird. Eine Ausnahme bilden die Büros der Politbüromitglieder und der Sekretäre des ZK. In ihre Büros kann auch ein Inhaber einer Dauerausweises nur dann eintreten, wenn er von der Etagenwache vorher avisiert wurde. Die Wachfunktionäre bilden eine Sicherheitsgruppe des ZK der SED, sie sind Mitglieder der SED, haben eine politische Ausbildung und unterstehen einer besonderen Stelle des SSD. Sie sind wahrscheinlich dem Wachbataillon Berlin angegliedert, unterliegen aber in ihren Anweisungen dem ZK der SED, insbesondere dem Leiter des Büros des Politbüros. Dieser Sicherheitsgruppe ist auch der persönliche Wachdienst des ZK angegliedert. Alle Politbüromitglieder und Kandidaten besitzen einen persönlichen Beschützer. Dieser Funktionär, der sich ständig in der Nähe des leitenden Funktionärs aufhält, gehört ebenfalls dieser Wachgruppe an, sind vom SSD ausgebildet und unterstehen ebenfalls der besonderen Abteilung des MFS Berlin. So stehen die Arbeitsmethoden und die personalpolitische Arbeit der SED nach wie vor im Zeichen stalinistischer Prinzipien. Die Hauptmerkmale der stalinistischen Parteiarbeit auf diesem Gebiet: die straffe zentralistische Führung, die Verurteilung jeder grundsätzlichen politischen Abweichung, die Schaffung eines einheitlichen Funktionärstyps, der als Vorbild hingestellt wird und dem sich jede individualistische und menschliche Regung zu beugen hat,

die bedingungslose Beschlussstreue und vieles andere charakterisieren den Funktionärstyp stalinistischer Prägung, der auch heute noch das Ideal der Kaderarbeit in der SED ist. Eine entstalinisierte Partei könnte nur von neuen Menschen geführt werden, die die Sorge um den Menschen in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellen, die Charaktereigenschaften wie Duldsamkeit, Bescheidenheit, kritisches Denken besitzen.

Solche Menschen sind aber auch heute noch nicht in massgeblichen Funktionen der SED, sie wurden bis heute noch nicht einmal rehabilitiert oder gar in ihre alten Funktionen eingesetzt. Was sich gegenwärtig in der Zone vollzieht, ist eine Umgruppierung der Stalinisten untereinander, die mit einer prinzipiellen Wandlung wenig gemeinsam haben. Erst wenn an Stelle von allgemeinen Reden, formalen Lockerungen und taktischen Schachzügen, durch den Protest der werktätigen Massen die Apparatschiks hinweggefegt werden und neue, vom Vertrauen der Bevölkerung getragene Kräfte die wichtigen Funktionen des öffentlichen Lebens einnehmen, dann kann von Entstalinisierung in der Zone gesprochen werden.